



SÄCHSISCHE
LANDESZENTRALE FÜR
POLITISCHE BILDUNG



zwei tausend 25

Jahresbericht

Inhalt

JAHRESRÜCKBLICK	4	80 JAHRE KRIEGSENDE	
		Der fanatisch verlängerte Krieg	64
CHEMNITZ KULTURHAUPTSTADT		Erinnerungskultur und politische Bildung	68
Das SLpB-Projektbüro zur Europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz25	30	35 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT	
Interview: Zwischen Croissant und Currywurst: Alfons gastiert in Annaberg Buchholz und Plauen	34	Warme Mädchenfreundschaft im Kalten Krieg	70
Stark, sichtbar, vernetzt: Frauen gestalten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft	36	Kein Beitritt auf Augenhöhe	74
Politische Bildung zwischen Krise und Zukunftsvision. Partnerkonferenz	38	MIGRATION	
Jung, wütend, rechts? – Wie Jugendliche sich radikalisierten und was man dagegen tun kann	42	Welches Europa brauchen wir? Plädoyer für eine realistische Europapolitik	78
„Irgendjemand muss es ja machen“	46	„Deutschland ist meine zweite Heimat“. 50 Jahre Deutsch-Vietnamesische Beziehungen	81
Kein garstig Lied, weil ein politisch Lied!	48	Wahrnehmen-Informieren-Begegnen Zur Didaktik der hybriden Ausstellung „Sichtbare Vielfalt. Religionen in Sachsen“	84
EUROPA, AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK		DEMOKRATIE UND UNIFORM	
„So viele Argumente für Europa hatten wir doch noch nie“	52	Interview: Wir haben viel zu wenig Reflexionsräume.“ Warum politische Bildung für die Polizei wichtig ist	88
Interview: „Grönland wird nicht amerikanisch werden, aber es wird weniger dänisch“	54	Kontrolle oder Freiheit – Queere Lebenswege in der DDR	92
Babiš ist zurück an der Macht	57	Impressum	95
Hoffen auf das Ende des Putin-Regimes	60		



Nah dran 2025. Die SLpB in Chemnitz und ganz Sachsen

Von Roland Löffler

Im Jahr 2025 blickte Europa auf Chemnitz. Die Stadt am Fuße des Erzgebirges war bereits 2018 zur Europäischen Kulturhauptstadt gekürt worden – und hatte sich mit einer breiten Beteiligung und Integration der umliegenden Kommunen, der Wirtschaft sowie der Bürgerinnen und Bürger auf den Weg gemacht, ein fulminantes Kulturprogramm anzubieten.

Unter dem Motto „C the Unseen“ spielte die Stadt auf ihr Image als Underdog unter den sächsischen Großstädten an. Sie wollte bisher Ungesehenes und Unentdecktes – seien es Menschen, Orte, Kunst und Kultur - sichtbar machen. Es galt, sich als traditionsreiche Industriestadt der „Macher“, der „Maker Spaces“, aber auch als Ort des gesellschaftlichen Zusammenhalts und eines zusammenwachsenden Europas zu präsentieren. Dieses Ziel hat Chemnitz ohne jeden Zweifel erreicht. Es konnte den Scheinwerfer der medialen Öffentlichkeit auf sich lenken, um der Stadt und auch dem Freistaat Sachsen Auftrieb für die kommenden Jahre zu geben.

Auch für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) spielte das Kulturhauptstadtjahr eine wichtige Rolle. Mit 43 von 454 Veranstaltungen war Chemnitz im Jahr 2025 ein zentraler Veranstaltungsort der SLpB. Wir sind dem Sächsischen Landtag und dem damals für uns zuständigen Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung in Person von Frau Staatsministerin Katja Meier (Bündnis 90/Die Grünen) dankbar für die Eröffnung eines „Projektbüros Chemnitz“. Mit zwei Mitarbeitenden widmet es sich dezidiert der europapolitischen Bildung.

Das Projektbüro Chemnitz war im Kulturhauptstadtjahr unsere Homebase für Planung und Vernetzung, aber auch für Veranstaltungen. Foto: Johanna Baschke



Ausbau europapolitischer und interkultureller Bildung

Unser konzeptioneller Gedanke bestand und besteht für diese erste „Außenstelle“ der SLpB darin, die kultur-, tourismus- und wirtschaftspolitischen Angebote der Kulturhauptstadt GmbH durch europapolitische Bildungsangebote im Kulturhauptstadtjahr zu ergänzen und perspektivisch eine Europäische Akademie als internationalen Lern- und Begegnungsort in Chemnitz zu entwickeln. Dieser Gedanke ist mittlerweile auch in die Europastrategie des Freistaates eingegangen.




Unser Konzept setzen wir nun seit mehr als zwei Jahren um – und freuen uns über die positive Resonanz in Chemnitz und Umgebung. 3.589 Menschen folgten unseren Einladungen im Kulturhauptstadtjahr. Damit stärken wir neben der europapolitischen Bildung auch unsere Präsenz in Westsachsen. Dafür bin ich

dem „Team Chemnitz“ sehr dankbar, dass im Frühjahr 2025 durch die Diplomatin Katrin Buchholz (Auswärtiges Amt) für einige Monate verstärkt wurde. Sie verbrachte ihr Sabbatical in der politischen Bildung und lernte dabei den Osten Deutschlands und insbesondere Chemnitz kennen. Wir sind ihr für diese außergewöhnliche Zusammenarbeit sehr dankbar.

Das vielfältige Veranstaltungsangebot in Chemnitz umfasste 43 Veranstaltungen im Themenbereich Europa, politische Kultur, Interkulturelles, Geschichte und Kultur. Es entstand durch eine großartige Teamleistung der gesamten Belegschaft, die regelmäßig Seminare, Vorträge, Schreibwerkstätten und Debatten von Dresden nach Chemnitz verlegte. Dies soll auch in den kommenden Jahren fortgeführt werden.



slpb
IN
Chemnitz
2025 NAH
DRAN

 **43** Veranstaltungen
 **3.589** Teilnehmende
 **109** Arbeitseinheiten

Top-5-Themen

1 Europa und Welt

2 Kultur und Kunst

3 Politische Kultur

4 Geschichte

5 Interkulturelles

Blick nach Europa. Das große Treffen der politischen Bildung

Zu den Höhepunkten unseres Chemnitz-Angebots gehörte zum Jahresende unsere „Partnerkonferenz“, das große Treffen der politischen Bildung in Sachsen – 2025 natürlich mit zahlreichen europäischen Partnern zu einem Vergleich der politischen Bildung in Europa. Im direkten Anschluss fand am selben Ort die 3. Trinationale Vernetzungstagung statt (in

Kooperation mit der Sächsischen Staatskanzlei). Hierzu kamen Akteure der europapolitischen Bildung aus den Ländern Tschechien, Polen und Deutschland zu einem Fachaustausch zusammen. Dieses Format entwickelt sich langsam, aber sicher zu einem sehr geschätzten Netzwerkpunkt in unserer mittelosteuropäischen Region.



„Jetzt noch deutscherer“

Zu den erfolgreichsten Veranstaltungen unseres europapolitischen Angebots gehörten zweifelsfrei die Theaterabende mit dem Schauspieler und Comedian Alfons, dessen Programm „Jetzt noch deutscherer“ für volle Theater und Schulen in Zwickau, Freiberg, Annaberg-Buchholz und Plauen sorgte. „Alfons“ vermittelte bei seinen Aufführungen anhand der Geschichte seiner Großmutter auf erzählerisch-künstlerische Weise einen Zugang zur deutsch-französischen und deutsch-jüdischen Geschichte, die er an den Folgetagen jeweils mit Schulgesprächen vertiefte.

Weitere europapolitische und internationale Debattenreihen fanden unter anderem zu aktuellen sicherheitspolitischen Fragen in Leipzig (mit dem Europa-haus Leipzig und dem European Council on Foreign

Relations) und zur aktuellen Lage in Syrien (mit der TU Dresden und der Katholischen Akademie Dresden-Meißen) statt, ergänzt durch die sehr erfolgreich und mittlerweile in zwei Ausgaben durchs Land tourende Ausstellung „Sichtbare Vielfalt. Religionen in Sachsen“. Dies sind Beispiele dafür, dass wir unser strategisches Ziel des Ausbaus der europapolitischen und der interkulturellen Bildung konsequent verfolgen.

Gerade die digital-analoge, von Institutionen leihbare Ausstellung samt vertiefender Website, pädagogischem Material, Seminaren und Veranstaltungsprogramm entwickelt sich zu einem neuen Aushängeschild der SLpB – und will über das Thema der Religionsgemeinschaften einen Beitrag zu Integration und interkultureller Kompetenzvermittlung leisten.



Alfons: „Ich bin sozusagen die verkörperte deutsch-französische Freundschaft.“

Foto: Guido Werner

Einschneidende Folgen für Kooperationspartner

Dass europapolitische und internationale Debatten durchaus einschneidende und erschütternde Folgen haben können, erlebten wir im Dezember 2025. Zusammen mit dem Trägerverein der Gedenkstätte Bautzner Straße sowie dem Verein „Russischsprachiger Demokratinnen und Demokraten“ eröffneten wir die Reihe: „Was uns verbindet: Menschenrechte weltweit“. Am 10. Dezember 2025, dem „Internationalen Tag der Menschenrechte“ ging es um die Lage in Russland, die im ehemaligen Festsaal des Stasi-Gefängnisses und Dienstortes stattfand, also in einem Raum, in dem der damalige KGB-Agent und

heutige russische Präsident Wladimir Putin in den 1980er Jahren regelmäßig zu Gast war. Wenige Tage später stufte die Russische Generalstaatsanwaltschaft Moskau mit Verweis auf diese Veranstaltung unsere exilrussische Partnerorganisation als „unerwünschte Organisation“ ein, was einem Betätigungs- und Kontaktverbot in Russland gleichkommt. Das sorgte für eine bundesweite Berichterstattung, in der wir uns unmissverständlich auf die Seite der „Russischsprachigen Demokratinnen und Demokraten“ stellten und unsere Solidarität und weitere Kooperationsbereitschaft bekundeten.



Europa und die Welt waren 2025 zentrale Themen bei den Angeboten der SLpB. Im März wechselten Schülerinnen und Schüler für einen Tag in die Rolle von EU-Abgeordnete. Im Chemnitzer Rathaus wurde viel diskutiert und um Kompromisse gerungen. In dem Planspiel erlebten die Jugendlichen aus Sachsen, wie Gesetze im Parlament entstehen. Fotos: Corinna Mehl

Vorläufige Haushaltsführung

Im ersten Halbjahr 2025 galt es auch, mit gewissen Hindernissen umzugehen. Die Haushaltsverhandlungen der neuen sächsischen Staatsregierung zogen sich bis in den Frühsommer hin, so dass der Freistaat mit einer vom Finanzministerium verordneten „vorläufigen Haushaltsführung“ und folglich mit gewissen Restriktionen operieren musste. Diese Konstellation bremste unsere Ambitionen an mancher Stelle leider aus und

spiegelt sich in einzelnen Statistiken wider. Es sei zudem an dieser Stelle erwähnt, dass wir 2024 aufgrund des Super-Wahljahrs sehr große Reichweiten erzielten – von den vom Wahl-O-Mat und digitalen Informationsangeboten getriebenen Klickzahlen auf unserer Website und unseren Social-Media-Kanälen bis zur Abgabe von Publikationen, was beides zu Allzeithochs der SLpB geführt hatte. Diese Zahlen konnten wir 2025 nicht erreichen.



www.europedirect.europa.eu
1800 67 89 10 11

WIRTSCHAFTSBEREICH
SLO

WIRTSCHAFTSBEREICH
SLO

slpb
Chemnitz
2025

MARKO
KAMNAR

sozialpolitik
publikation

SLpB-Veranstaltungen in Kooperation



331 Veranstaltungen / 72,9 %
wurden mit Kooperationspartnerinnen
und -partnern durchgeführt
(307 Veranstaltungen / 72,6 %)

63 Veranstaltungen / 13,9 %
wurden durch das Info-Mobil
oder Infostände begleitet.
(116 Veranstaltungen)

Die SLpB kooperierte 2025 mit 163 Partnerinnen und Partnern (130):

- // Across Nations Filmverleih
- // Afropa e. V. – Weltclub Dresden
- // Alter Gasometer e. V.
- // Akademie für Politische Bildung Tutzing
- // Beratungs- und Begegnungszentrum für Seniorinnen und Senioren Dresden-Neustadt Bibliothek Weinböhla
- // Brigitte-Reimann-Stadtbibliothek, Hoyerswerda
- // Brücke/Most-Stiftung
- // Bundespolizei
- // Bundeszentrale für politische Bildung
- // BuntmacherInnen e. V.
- // Cellex Stiftung
- // Denk Mal Fort! e. V. Die Erinnerungswerkstatt Dresden
- // Deutsche Gesellschaft e. V.
- // Deutsche Kinder- und Jugendstiftung Sachsen
- // Deutsches Hygiene-Museum Dresden
- // DGB Seniorenarbeitskreis Sachsen
- // Diakonische Akademie für Fort- und Weiterbildung e. V.
- // Dresdener Forschungswerk
- // DUALE HOCHSCHULE SACHSEN
- // Erinnerungsort Torgau
- // Europa Direkt Institut für interkulturelle und europäische Studien
- // Europa-Haus Leipzig e. V.
- // Europa Union Sachsen
- // EUROPE DIRECT Dresden
- // EUROPE DIRECT Erzgebirge
- // EUROPE DIRECT Guben
- // EUROPE DIRECT Karlovy Vary
- // EUROPE DIRECT Liberec
- // EUROPE DIRECT Vogtland
- // European Council on Foreign Relations (ECFR)
- // Europäische Akademie Otzenhausen
- // Europäische Bewegung Sachsen e.V.
- // Europäisch-Humanistische Bildungsstiftung Waldenburg
- // Euroregion EGRENSIS
- // Euroregion Erzgebirge/Krušnohoří
- // Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Limbach-Oberfrohna
- // Evangelische Akademie Sachsen
- // Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen
- // Evangelische Hochschule Dresden
- // Evangelische Jugendbildung Wintergrüne e. V.
- // Filmverband Sachsen e. V.
- // Fit4EU, Goethe-Universität Frankfurt/Main
- // Freundeskreis Dresdner Synagoge e. V.
- // Frauen aufs Podium e. V.
- // Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden
- // Gemeinnützige Hertie-Stiftung
- // Gewandhaus Leipzig
- // „Goldne Sonne“ Bergstadt Schneeberg
- // Görlitzer Sammlungen für Geschichte und Kultur
- // Gunzenhauser Museum
- // Handwerkskammer Dresden
- // Hatikva e. V.
- // Hauptzollamt Dresden
- // Henry van de Velde Gesellschaft Sachsen e. V.
- // Hessische Landeszentrale für politische Bildung
- // Hillersche Villa gGmbH, Zittau
- // Hole of Fame e. V.
- // Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal
- // Johannstädter Kulturtreff e. V.
- // Journalismus macht Schule
- // Jüdische Gemeinde Chemnitz
- // Jüdische Gemeinde Dresden
- // Junge Europäische Föderalisten Sachsen
- // Kathedralforum Dresden
- // Katholische Akademie des Bistums Dresden-Meißen
- // Kommunaler Integrationskoordinator der Stadt Heidenau
- // Kompetenzzentrum für Gemeinwesen und Engagement e. V.
- // Koordinierungsstelle Medienbildung
- // Kosmos Festival Chemnitz
- // Kreisjugendring Erzgebirge e. V.
- // Kulturhauptstadt Europas Chemnitz 2025 gGmbH
- // Kulturinitiative Zwenkau e. V.
- // Kultur.Palais.Lichtenstein
- // Kulturkino Zwenkau
- // Kunstsammlungen Chemnitz
- // Landesfrauenrat Sachsen e. V.
- // Landeshauptstadt Dresden
- // Landespolizei Sachsen
- // Landesverband Soziokultur Sachsen e. V.
- // Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- // Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes
- // Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen
- // Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
- // Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt
- // Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
- // Lie Detectors
- // LÖBAULEBT e. V.
- // Martin-Luther-King-Zentrum Werdau
- // Medienkulturzentrum Dresden
- // Netzwerk für Kultur- & Jugendarbeit e. V. Chemnitz
- // Netzwerk Medienpädagogik
- // Offener Prozess – Ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex
- // Ökumenische Diakonie-Sozialstation Dresden-BÜ-LOWH gGmbH
- // Partnerschaft für Demokratie Meerane
- // Planpolitik
- // Pöge-Haus e. V.
- // Pulsnitz – Miteinander – Füreinander: Forum für Demokratie
- // RAA Hoyerswerda/Ostsachsen
- // Radkultur-Zentrum Vogtland e. V.
- // Russischsprachige Demokratinnen und Demokraten Sachsen e. V.
- // Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- // Sächsische Staatskanzlei
- // Sächsischer Ausländerbeauftragter
- // Sächsisches Staatsministerium der Justiz
- // Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- // Sächsischer Volkshochschulverband
- // Second Attempt e. V.
- // Seniorenkolleg Plauen
- // Sorbisches Institut
- // Sorbische Zeitung
- // Soziokulturelles Zentrum Alte Brauerei Annaberg e. V.
- // Soziokulturelles Zentrum KuHstall e. V.
- // Soziokulturelles Zentrum Malzhaus e. V.
- // Staatliche Kunstsammlungen Dresden
- // Stadt Chemnitz
- // Stadt Görlitz
- // Stadt Heidenau
- // Stadt Leipzig
- // Stadt Rodewisch
- // Stadtbibliothek Zwickau
- // Stadt- und Kreisbibliothek Glauchau
- // Stadtwerkstatt-Bürgerwiese e. V. Kamenz
- // Steinhaus Bautzen
- // Stiftung für das Sorbische Volk
- // Stiftung Völkerschlachtdenkmal Leipzig
- // Stiftung Wissenschaft und Demokratie
- // Tage der jüdischen Kultur in Chemnitz e. V.
- // Technische Universität Bergakademie Freiberg
- // Technische Universität Chemnitz
- // Technische Universität Dresden
- // Technisches Hilfswerk (THW)
- // Telux SKZ
- // Theodor-Litt-Gesellschaft e. V.
- // Thalia – Haus des Buches
- // Theologisch-Pädagogisches Institut der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens
- // Treibhaus e.V. Döbeln
- // Université de Montréal
- // Verbindungsbüro Prag
- // Verein(t) für Wittichenau e. V.
- // Villa Esche/C³
- // Vietnamesisch-Buddhistische Gemeinschaft Bad Gottleuba-Berggießhübel
- // Volkshochschule Bautzen
- // Volkshochschule Chemnitz
- // Volkshochschule Dreiländereck
- // Volkshochschule Dresden
- // Volkshochschule Erzgebirgskreis
- // Volkshochschule Görlitz
- // Volkshochschule Hoyerswerda
- // Volkshochschule Landkreis Leipzig
- // Volkshochschule Leipzig
- // Volkshochschule Meißen
- // Volkshochschule Mittelsachsen
- // Volkshochschule Nordsachsen
- // Volkshochschule Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
- // Volkshochschule Vogtland
- // Volkshochschule Zwickau
- // Westsächsische Hochschule Zwickau
- // Willkommen im Hochland e.V.
- // Willkommen in Bautzen e. V.
- // Zeitgeschichtliches Forum Leipzig
- // Zentralwerk e. V.
- // Zentrum selbstbestimmt Leben in Sachsen e. V.



Kontrovers vor Ort: Zwickaus Oberbürgermeisterin Constance Arndt und Ex-Landrat Dirk Neubauer diskutieren mit Moderator Oliver Reinhard über den Zustand der Demokratie.

„Kontrovers vor Ort“ steht für Regionalisierung

Auch 2025 konnten wir bei Veranstaltungen unser landesweites Angebot ausbauen. Dafür steht vor allem unser Projekt „Kontrovers vor Ort“ (KvO) – in Kooperation mit dem Sächsischen Volkshochschulverband und dem Landesverband Soziokultur Sachsen. KvO verfolgt das Ziel, Angebote der politischen Bildung dank der breit aufgestellten Partner in alle Landesteile und speziell in den ländlichen Raum zu bringen. Mit 217 Veranstaltungen gab es 2025 einen Zuwachs, ebenso bei 4.500 Teilnehmenden. Besonders erwähnenswert ist, dass KvO dank einer jahrelangen Aufbauarbeit eine breite regionale Streuung von Annaberg bis Zittau erzielt.

Inhaltlich umfasst das Projekt eine große Themenpalette von historischen Betrachtungen wie etwa zum „Queeren Leben in der DDR“, über aktuelle außenpolitische Fragestellungen, innenpolitische, frauenpolitische und digitalpolitische Kontroversen, Fragen der politischen Kultur, der Extremismusprävention, aber auch der Zukunft der Kommunen und des ländlichen Raums. Namhafte Referentinnen und Referenten touren en bloc mehrere Tage durch Sachsen und stellen

ihre Erkenntnisse vor, lokale Expertinnen und Experten oder Vertreter des politischen Lebens diskutieren aktuelle Themen.

Das Projekt „Kontrovers vor Ort“ entwickelt sich ständig innovativ weiter. Zum einen erhielt es öffentliche Anerkennung, als es 2025 für den Deutschen Erwachsenenbildungspreis nominiert wurde. Zum anderen hat sich dank einer intensiven Zusammenarbeit mit der Landes- und Bundespolizei, der Justiz, dem Zoll und dem THW eine eigene Projektschiene entwickelt, die wir unter der neuen Marke „Demokratie und Uniform“ zusammenfassen. Hier können wir eine sehr spezifische Zielgruppe des öffentlichen Dienstes konkret ansprechen und weiterbilden.

2025 gelang es mit einem Fokus auf Südwestsachsen, regionale Angebotsdifferenzen weiter auszugleichen. Dazu trug auch das relative Abschmelzen der Angebotskonzentration im Raum Dresden und Ostsachsen bei. Nacharbeiten müssen wir noch im Leipziger Umland, um eine gleichmäßige Angebotsverteilung zu erreichen.

Kontrovers vor Ort

Stationen in ganz Sachsen

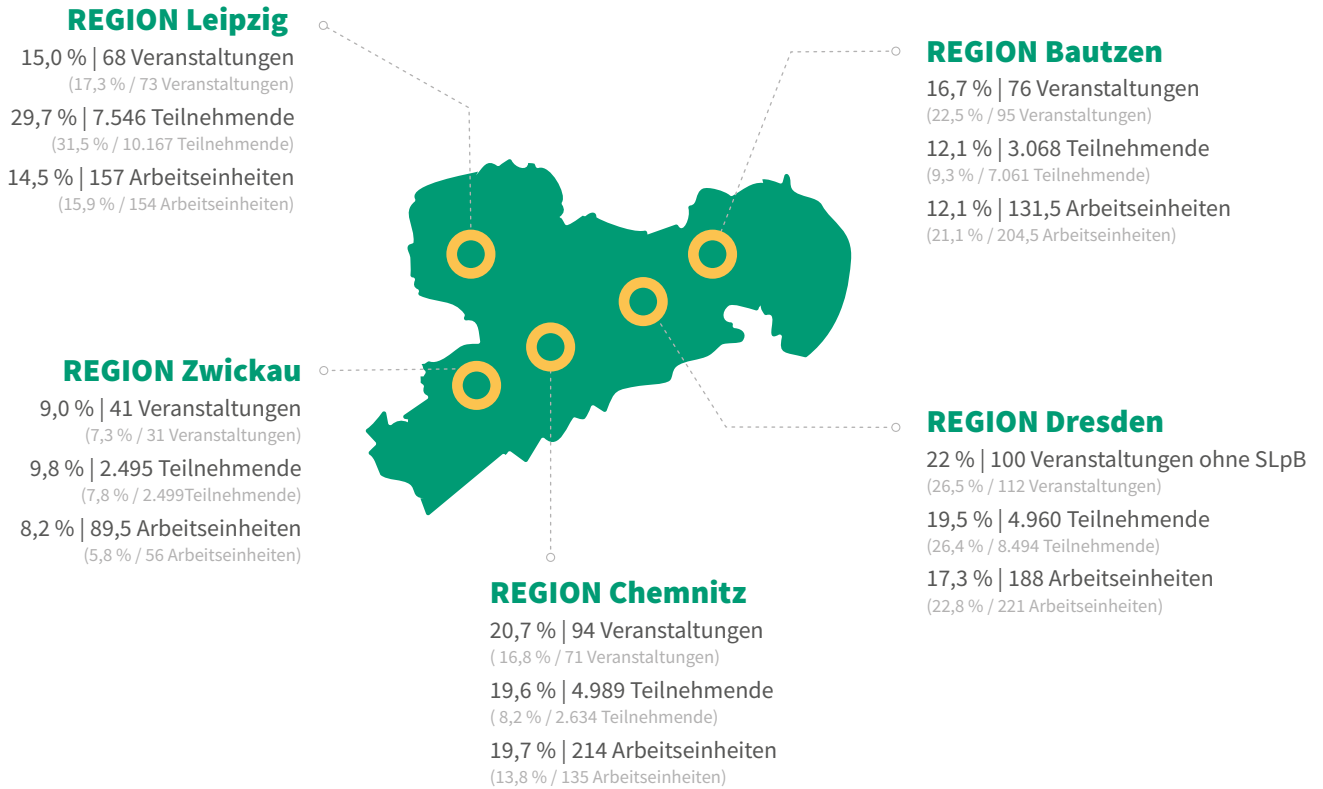


Kooperationsprojekt „Kontrovers vor Ort“

 217 Veranstaltungen (201)

 4.469 Teilnehmende (4.013)

Regionale Verteilung der Veranstaltungen



SLpB

5,9 % | 27 Veranstaltungen
 (4,5 % / 19 Veranstaltungen)
 2,8 % | 700 Teilnehmende
 (2,3 % / 740 Teilnehmende)
 4,9 % | 53,5 Arbeitseinheiten
 (9,8 % / 95 Arbeitseinheiten)



Deutschland

3,5 % | 16 Veranstaltung
 (1,2 % / 5 Veranstaltung)
 2,1 % | 532 Teilnehmende
 (0,6 % / 204 Teilnehmende)
 3,0 % | 33 Arbeitseinheiten
 (4,1 % / 39,5 Arbeitseinheiten)



EU + Israel

0,4 % | 2 Veranstaltungen
 (0 % / 0 Veranstaltungen)
 0,3 % | 89 Teilnehmende
 (0 % / 0 Teilnehmende)
 2,2 % | 23,5 Arbeitseinheiten
 (0 % / 0 Arbeitseinheiten)



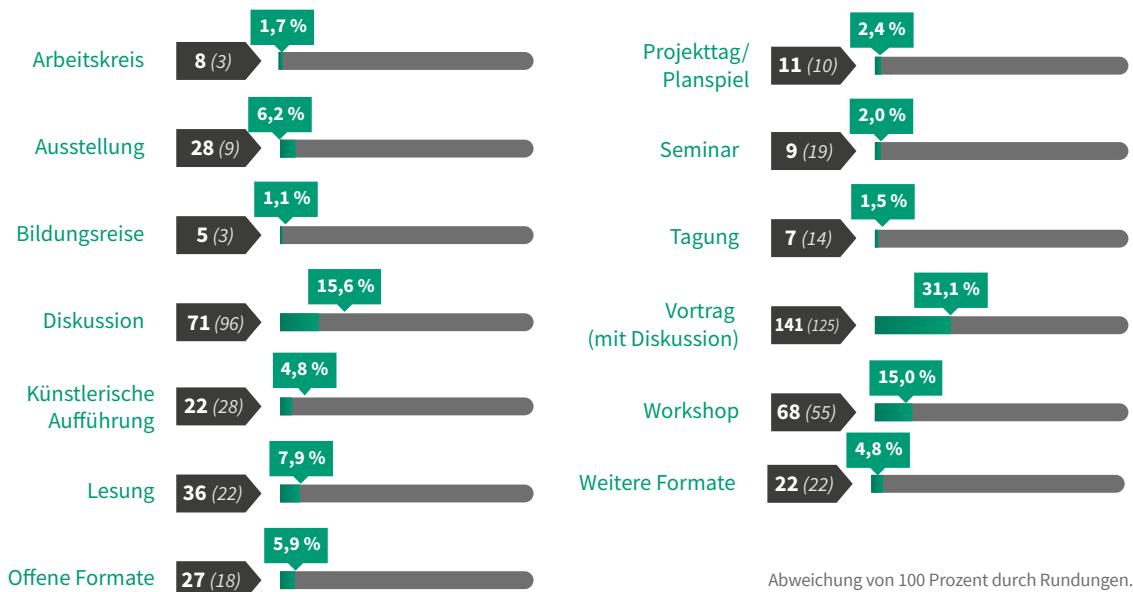
Online

6,6 % | 30 Veranstaltungen
 (4,0 % / 17 Veranstaltungen)

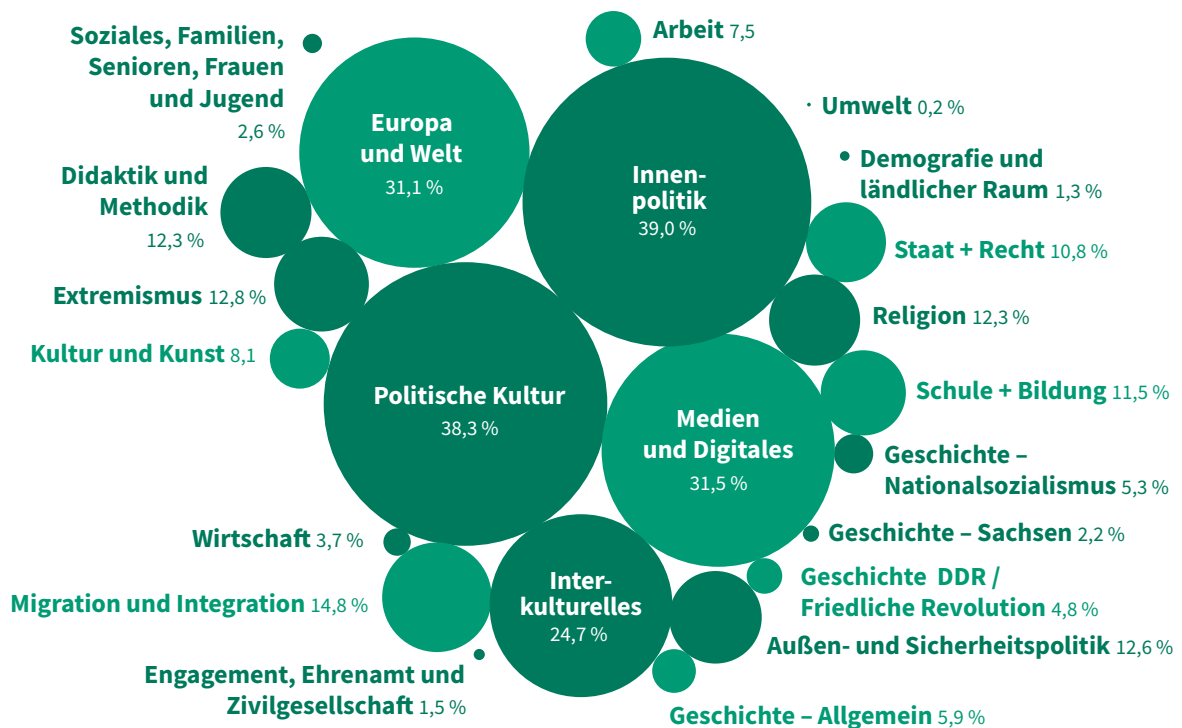
4,1 % | 1.047 Teilnehmende
 (1,3 % / 429 Teilnehmende)

18,1 % | 196,5 Arbeitseinheiten
 (2,8 % / 27 Arbeitseinheiten)

Veranstaltungsformen



Veranstaltungsthemen



Die Grafik zeigt den Anteil der Veranstaltungen, welche sich mit dem jeweiligen Thema befassen. Zahlreiche Veranstaltungen behandelten überschneidenden Themen, wodurch es Mehrfachnennungen gab und die Summe aller Prozentwerte über 100 Prozent liegt.

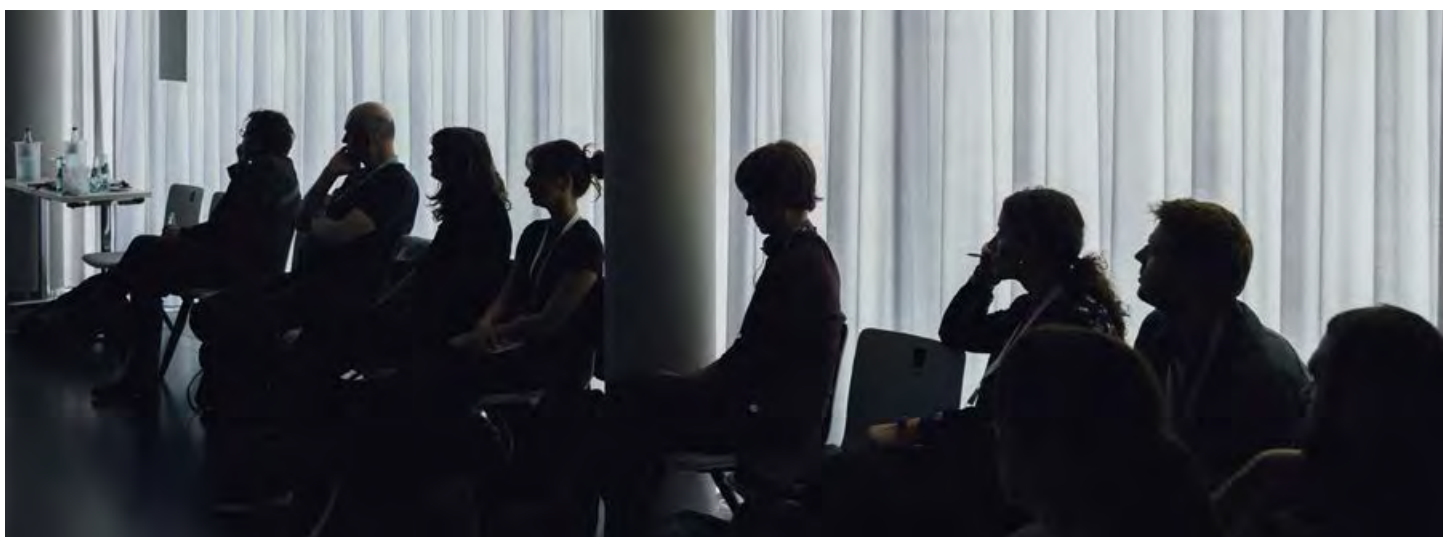


Digitale Angebote in die analoge Welt bringen: Mit dem Wahl-O-Mat zum Aufkleben in der Centrum-Galerie Dresden. Fotos: Oliver Killig

Thematische und methodische Vielfalt

Wie in den letzten Jahren gestaltete sich das Angebot der SLpB in bekannter Breite und in Orientierung an den SLpB-Entwicklungszielen, die eine thematische Konzentration auf die Bereiche Innen- und Engagementpolitik, Europa und Internationales, Geschichte, politische Medienbildung und interkulturelle Bildung beschreiben. Nicht jedes Thema passt in einen Vortrag und nicht jede Zielgruppe mag Vorträge. So be-

wegten sich die 454 Veranstaltungen des Jahres 2025 in einem weiten methodischen Spektrum zwischen Arbeitskreisen, Ausstellungen, Bildungsreisen, Diskussion, Planspielen, künstlerische Aufführung, offenen Formaten sowie klassischen Tagung und Vorträgen. Diese aber immer mit Beteiligungselementen, denn wir verstehen Partizipation als Mittel und Ziel der politischen Bildung.



Vorgezogene Bundestagswahl

Eine große Herausforderung am Jahreswechsel 2024/25 war die vorgezogene Bundestagswahl 2025. Wir hatten uns auf eine Wahl im Herbst 2025 eingestellt, Mittel, Planungen und Organisation entsprechend ausgerichtet. Doch das Ende der Ampel-Koalition schrieb eine eigene Geschichte. Überparteiliche, wahlkreisspezifische Wahlforen in Zusammenarbeit mit den großen sächsischen Tageszeitungen – unser Markenzeichen – ließen sich mit einem derart verkürzten Zeitvorlauf nicht so realisieren, wie wir sie uns vorgestellt hatten. Wir wichen deshalb auf sechs thematische Wahlforen aus, die wir als Online-Debatten anboten.

Zudem holten wir den „Wahl-O-Mat“ zum Aufkleben nach Sachen und tourten in der winterlichen Vorwahlzeit durch Einkaufsgalerien und Museen. Unser FSJler Mathis Strobel machte bei der Organisation dieses

anspruchsvollen und kurzfristigen Vorhabens einen tollen Job. Ebenso sei die sehr gute Zusammenarbeit mit einer Reihe anderer Landeszentralen im digitalen Raum erwähnt, die uns großzügig erlaubten, ihre Wahl-Informationsangebote zu teilen und damit Reichweite zu erzielen.

Beim Litt-Symposium 2025 in Leipzig, gemeinsam veranstaltet mit der Theodor-Litt-Gesellschaft, der Stadt Leipzig und der Deutschen Gesellschaft e. V., haben wir am Jahresende über die Zukunft der Parteien nachgedacht – und damit im Grunde auch in gewisser Hinsicht eine Nachwahlanalyse der Veränderungen durch die Bundestagswahl vorgenommen. Ein ähnliches Thema gehörte auch zum „KvO-Angebot“, so dass „Wahlen und Parteien“ – neben der Europäischen Kulturhauptstadt – das Jahr 2025 in gewisser Hinsicht gerahmt haben.



Austausch mit Wissenschaftlern und Kollegen aus NRW über Bevölkerungsbefragungen zu politischen Einstellungen.

Bundesweite Vernetzung

Überhaupt war es für die SLpB ein Jahr der bundesweiten Kooperation und Vernetzung. Alle deutschen Landeszentralen sowie die Bundeszentrale für politische Bildung arbeiten in unterschiedlichen Arbeitsgruppen intensiv und regelmäßig zusammen – auf Leitungsebene, im Bereich Online und bei den Publikationen.

2025 durften wir zu unserer großen Freude sowohl Kolleginnen und Kollegen der Landeszentrale Nordrhein-Westfalen als auch der Landeszentrale Baden-Württemberg in der Schützenhofstraße 36 in Dresden begrüßen. Mit den NRW-Kollegen sowie Forschern verschiedener

Universitäten tauschten wir uns intensiv über die Methodik und die Ergebnisse des Sachsen-Monitors und des ähnlich gelagerten NRW-Demokratieberichts aus.

Dank einer Kollegin aus dem Bundeskanzleramt konnten wir auch Ergebnisse des Deutschland-Monitors diskutieren. Prof. Dr. Hans Vorländer (TU Dresden) gab zudem Einblicke in seine ähnlich gelagerte Arbeit im MIDEM-Institut Dresden. Wir analysierten also Befragungsinstrumente zu demokratie- und allgemeinpolitischen Einstellungen der Bevölkerung und prüften Ähnlichkeiten und Unterschiede.

Wiederbelebter Austausch mit Baden-Württemberg

Mit der Landeszentrale Baden-Württemberg (LpB BW) verbindet uns eine lange Geschichte. Ohne die Kolleginnen und Kollegen aus Stuttgart wären die Anfangsjahre der SLpB sicher sehr viel schwieriger verlaufen. Die LpB BW ist unsere Gründungsmutter. Nachdem es in den 1990er Jahren einen regelmäßigen Austausch zwischen beiden Landeszentralen gegeben hatte, schlief dieser im Laufe der Jahre etwas ein. Meine Direktoren-Kollegin Sybille Thelen und ich beschlossen deshalb, diesen Austausch wiederzubeleben.

Im Jahre 2023 besuchte eine sächsische Delegation die Tagungsstätte der LpB BW, das „Haus Auf der Alb“ in Bad Urach zu einem ersten gemeinsamen Seminar. 2025 erfolgte nun der Gegenbesuch, der uns sehr freute. Wichtig war und ist uns der gegenseitige Erfahrungsaustausch, ein besseres Verständnis des anderen Bundeslandes – und damit ein besseres Verstehen von ost- und westdeutschen Rahmenbedingungen politischer Bildungsarbeit. Aus diesen Zusammentreffen erwächst gerade eine spannende Zusammenarbeit im Bereich der Lehrkräftefortbildung, zu der wir rund um den 3. Oktober 2025 im Projektbüro Chemnitz eine erste Gruppe südwestdeutscher Lehrerinnen und Lehrer begrüßen durften.

Ähnliches gilt auch für die ebenfalls reaktivierte und sich sehr positiv entwickelnde Zusammenarbeit mit der renommierten „Akademie für politische Bildung“ in Tutzing unter der Leitung von Prof. Dr. Ursula Münch. Es

war eine Idee der bereits erwähnten, dort ebenfalls für einige Monate tätigen Katrin Buchholz, eine gemeinsame Tagung auszurichten unter dem Motto „Vorreiter Sachsen? Was wir von Ostdeutschland lernen können“, auf der es um gesellschaftliche Polarisierung, Rechtsextremismus-Prävention auf juristischem, pädagogischem, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet ging – stets mit sächsischen und bayerischen Gästen im fachlichen Dialog.

Den Reigen der Landeszentralen-Kooperationen vervollständigte die gemeinsame Ausrichtung eines Standes auf der Leipziger Buchmesse mit den Landeszentralen-Kollegen aus Sachsen-Anhalt sowie eine Zusammenarbeit bei einem Sommer-Kino-Projekt im Grenzgebiet von Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen.



Digitalpolitik und Medienkompetenz

Wie in Gesellschaft und Wirtschaft insgesamt, so ist auch in der politischen Bildung die Digitalpolitik bzw. die Medienpädagogik zu einem sehr gewichtigen Thema geworden.

Mit dem „Digital Fight Club“, einer weiteren Kooperation mehrerer Landeszentralen – konkret aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Hessen und Sachsen sowie dem Medienkulturzentrum und der VHS Dresden –, den „Aktionstagen Netzpolitik und Demokratie“ sowie einer großen Big Tech Tagung versuchen wir aktuelle Trends aufzunehmen und mit hochkarätigen Experten zur Diskussion zu stellen.

Der Erklärvideo-Wettbewerb um den Goldenen Erklärbären hat sich mittlerweile zu einem etablierten medienpädagogischen Angebot für Jugendliche entwickelt, um digitale Kompetenzen zu erwerben und die inhaltliche Auseinandersetzung zu aktuellen Fragen durch die Produktion spannender Kurzfilme anzuregen.

Seminare und Workshops zu medienpädagogischen oder medienpolitischen Fragen – nicht zuletzt rund um den Tag der Pressefreiheit – runden das Portfolio auf diesem Arbeitsfeld ab, das ebenfalls zu den strategischen Entwicklungszielen der SLpB zählt.

SLpB-online

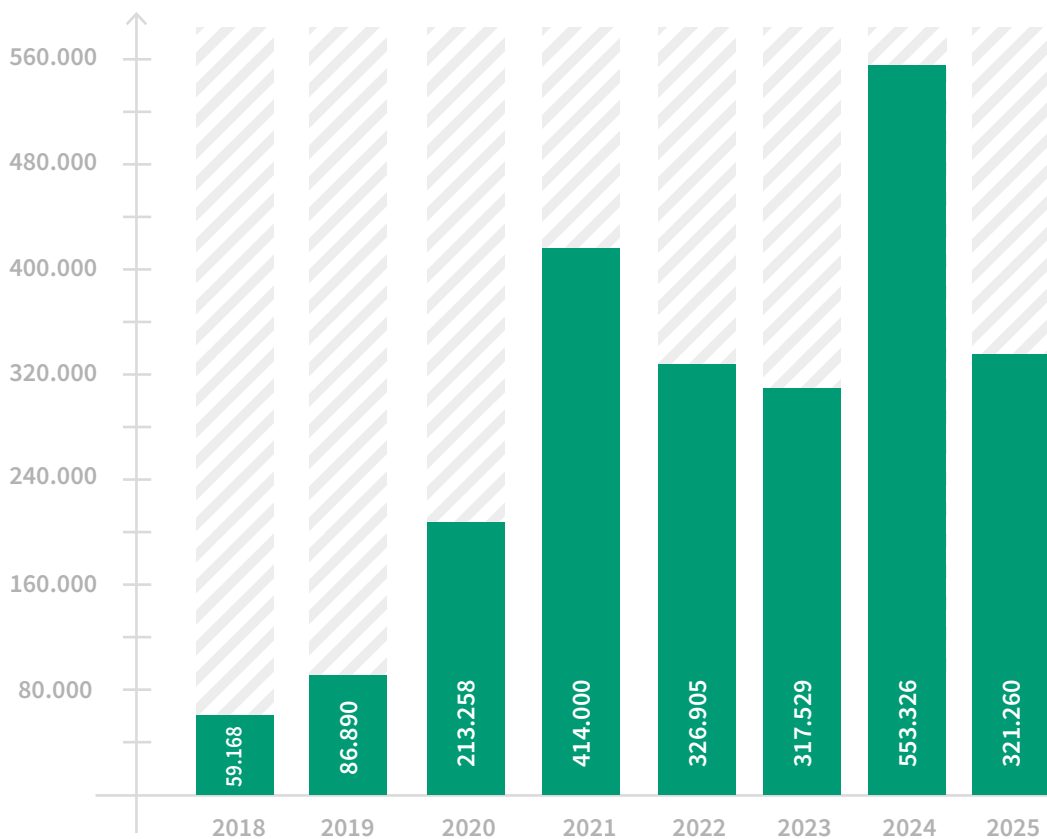
Unsere Website, die wir dank intensiver Arbeit im Hintergrund mit einigen technischen Neuerungen ausstatten konnten, bleibt unser großer Informationshafen und die zentrale Anlaufstelle im Netz. Im Jahr 2025 verzeichneten wir insgesamt 321.260 Besuche. Auch wenn die Zahlen, wie bereits dargelegt, im Nachwahljahr etwas zurückgegangen sind, bewegen sie sich auf dem hohen Niveau der Vorjahre.

Die Bundestagswahl zu Jahresbeginn war in der monatlichen Verteilung deutlich sichtbar und sorgte für erhöhte Aufmerksamkeit im ersten Quartal. Im Jahresverlauf zeigte sich eine breitere Verteilung der Nutzung über die verschiedenen Angebotsbereiche. Neben aktuellen Themen fanden insbesondere Publikationen und

Veranstaltungsangebote kontinuierlich Zuspruch. Der Publikationsbereich entwickelte sich dabei besonders dynamisch und konnte in absoluten Zahlen zulegen.

Der gestiegene Anteil direkter Besuche weist auf eine gefestigte Bekanntheit der Website und eine wiederkehrende Nutzung hin. Zugleich zeigen sich erste Anzeichen eines sich ändernden Such- und Nutzungsverhaltens im Internet. Inhalte und Themen der SLpB werden zunehmend über KI-gestützte Systeme rezipiert und verbreitet, was sich perspektivisch auf die Zugriffe aus Suchmaschinen auswirken kann. Die Website bleibt der zentrale digitale Anlaufpunkt für vertiefende Informationen, Materialien und Veranstaltungen der politischen Bildung in Sachsen.

Besuche auf slpb.de



Plattformspezifische Entwicklungen bei Social Media

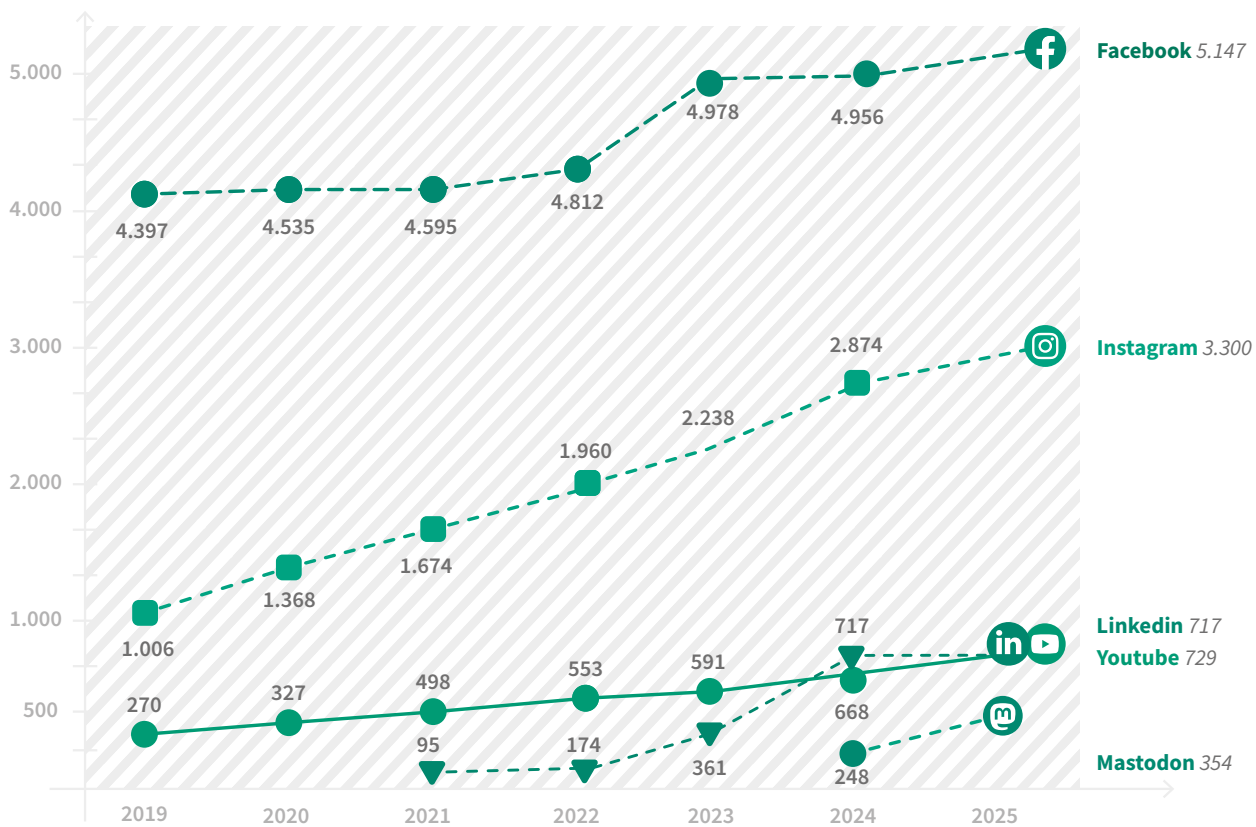
Die Social-Media-Kanäle der SLpB wurden 2025 gezielt genutzt, um aktuelle Themen, Angebote und regionale Schwerpunkte sichtbar zu machen. Neben der Bundestagswahl prägten insbesondere Beiträge rund um Chemnitz als Kulturhauptstadt Europas 2025 sowie europäische und medienbildnerische Themen die digitale Kommunikation.

Bei Instagram setzte die SLpB ihr Wachstum fort und erreichte 3.300 Follower. Mit umfangreichen Kampagnenformaten – unter anderem zur Bundestagswahl und zu Erklärvideo-Themen – blieb der Kanal ein zentraler Ort für dialogorientierte und visuell klar strukturierte Informationsangebote. Besonders Wahlformate erzielten gute organische Reichweiten.

Der YouTube-Kanal wuchs auf 729 Abos. Mit 40 veröffentlichten Videos, darunter Veranstaltungsdokumentationen, Erklärformate, Podcasts und neue Videoreihen, blieb die Plattform ein wichtiger Baustein für vertiefende Inhalte. LinkedIn entwickelte sich ebenfalls positiv und erreichte 947 Followerinnen. Mastodon verzeichnete einen deutlichen Zuwachs, während Facebook sich auf konstantem Niveau bewegte.

Insgesamt zeigt sich eine differenzierte, plattformspezifische Entwicklung. Die digitalen Kanäle tragen weiterhin zur Sichtbarkeit der Projekte und Veranstaltungen bei und begleiten zentrale Themen der politischen Bildung auch im digitalen Raum.

Follower auf Social Media



Fünf Jahre „Was.Schule.Bewegt“

Auf mittlerweile fünf Jahre blickt unser digitales Format „Was.Schule.Bewegt“ zurück - ein lebendiges Dialogforum für Lehrkräfte, Schulleitungen, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Eltern und Projektpartner zu aktuellen Fragen rund um Schule. 60 Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Teilnehmenden zeigen den Bedarf an einem gut moderierten, schulfachlichen Austausch.

Dass Lehrerinnen und Lehrer zu unseren wichtigsten Zielgruppen gehören, für die wir unterschiedlichste Fortbildungen anbieten, soll an dieser Stelle noch einmal betont werden. Durch die Rückgliederung ins SMK haben wir die Zusammenarbeit auch mit dem Landesamt für Schule und Bildung ausgebaut, um zum Beispiel die Lehrerfortbildung im Bereich der politischen Bildung zu unterstützen.

Mit Sorben für Sorben auf Sorbisch

Zur Realisierung der zweiten Staffel der „Serbska Debata“ kooperierten wir wieder mit der Stiftung für das sorbische Volk und mit der Sorbischen Zeitung. Uns ist es wichtig, mit Sorben für Sorben und auf Sorbisch über aktuelle gesellschaftspolitische Fragen zu diskutieren. Dies ist ein neues wichtiges Format der SLpB, da wir bisher Angebote für das sorbische Volk in zu geringem Maße entwickelt haben – und wir unserem Bildungsauf-

trag in diesem Kontext besser nachkommen wollen. Als Team lernen wir dazu, werden sensibilisiert für sorbische Entwicklungen, Gruppen, Persönlichkeiten. So hat sich eine gewinnbringende Partnerschaft in beide Richtungen entwickelt, die auch 2026 fortgeführt wird. Die Debattenabende füllen eine Lücke, werden gut angenommen und lassen sich auf den Youtube-Kanälen der SLpB und der Stiftung für das sorbische Volk nachschauen.

80 Jahre Kriegsende und Untergang der nationalsozialistischen Diktatur

Bedeutsam im Berichtsjahr waren auch die zahlreichen Veranstaltungen zur historischen Bildung, die wir ständig im Angebot haben, die aber aus Anlass des 80. Jahrestages des Kriegsendes und damit auch des Untergangs der nationalsozialistischen Diktatur nochmals intensiviert wurden. Neben einem eigenen Seminar zum Thema Kriegsende sei vor allem eine Kooperation mit den Görlitzer Sammlungen erwähnt, die eine sehr fokussierte, weit rezipierte lokalgeschichtliche Ausstellung zum Thema „Nationalsozialismus in Görlitz“ organisierten. Wir kooperierten bei einer Reihe von gut besuchten Podiumsdiskussionen zu verwandten Themen. Erwähnt werden soll auch die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hygiene-

Museum Dresden und der Evangelischen Hochschule zu einem Abendgespräch über „Biopolitik in der NS-Zeit. Wie stand die Evangelische Kirche zu Eugenik, Zwangssterilisation und Krankenmord?“ Zu diesem dunklen Kapitel deutscher Geschichte hatten der Marburger Kirchenhistoriker Prof. Dr. Jochen-Christoph Kaiser und der Berliner Historiker Dr. Uwe Kaminsky eine Quellenedition über die Innere Mission in der Zeit von 1931 bis 1938 herausgegeben, die sie in Dresden vorstellten. Es zeigten sich frappierende Gemeinsamkeiten in der Befürwortung der Eugenik durch Kirche/Diakonie und Deutschem Hygiene-Museum Dresden als Orte rassenhygienischen Denkens in den 1920er und 1930er Jahren.

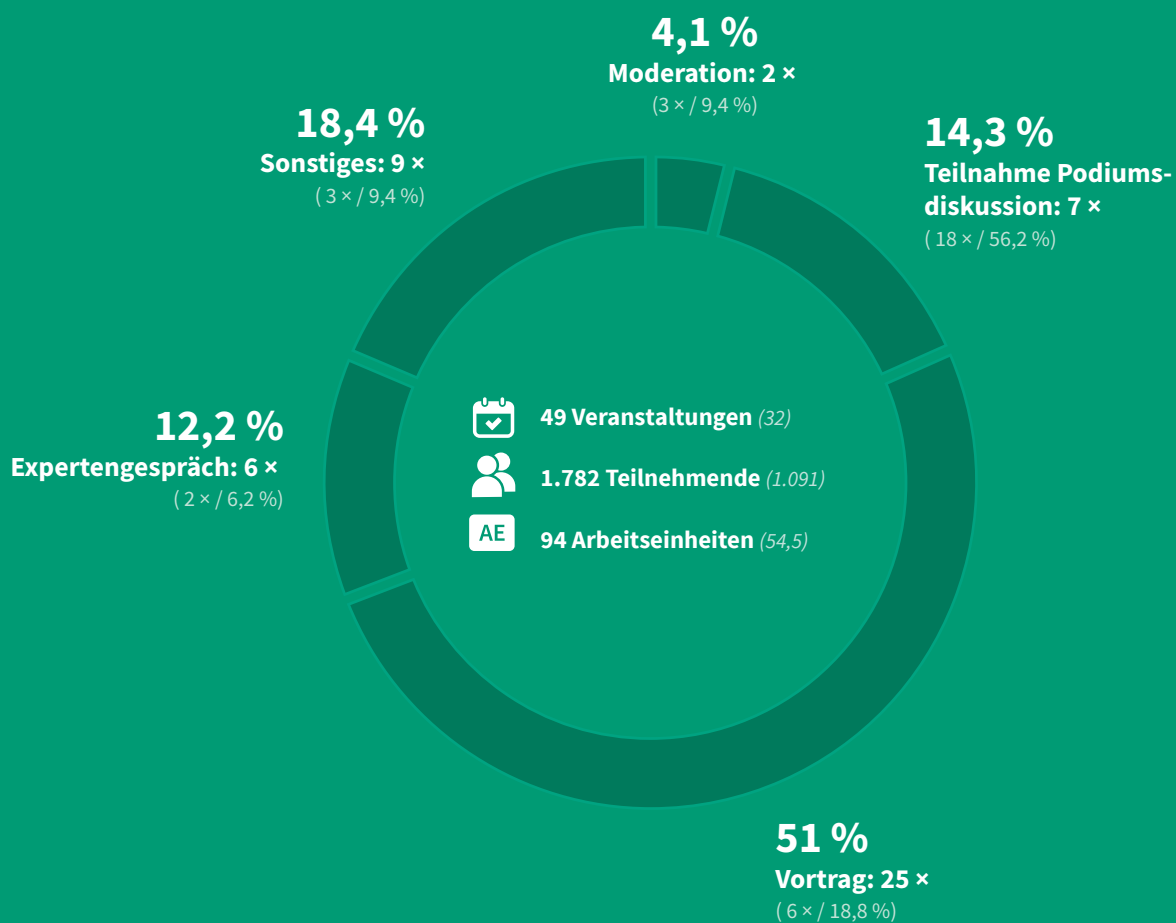
Inklusive politische Bildung

Ein weiteres Gebiet, auf dem sich die SLpB in den kommenden Jahren weiterentwickeln will, ist die inklusive politische Bildung. Neben verschiedenen Veranstaltungen mit alten und neuen Partnerinnen und Partnern bieten wir seit letztem Jahr auch eine sächsische Landeskunde in Leichter Sprache an, die unsere

bisherigen Bücher auf diesem Gebiet ergänzt. Intensiv genutzt wurde unser Angebot von Internet-Sprechstunden in Leichter und Einfacher Sprache im Vorfeld der Bundestagswahl. Auf Basis dieser Erfahrungen werden wir in 2026 ein Konzeptpapier zur Verbesserung der inklusiven politischen Bildung erarbeiten.

Beteiligung an Fremd-Veranstaltungen

Veranstaltungen, die nicht von oder mit der SLpB organisiert wurden, zu denen SLpB-Personal eingeladen war, Programmpunkte zu gestalten.



Kooperation mit Bibliotheken

Im Bereich der Publikationen entwickelt sich das Kooperationsprojekt „Lesen-Verstehen-Handeln“ mit der Sächsischen Landesfachstelle für Bibliotheken erfreulich weiter. Wir stellen einer wachsenden Zahl öffentlicher Bibliotheken Sachbuchpakete für die Leserschaft zur Verfügung und präsentieren in Seminaren und Onlinefortbildungen unser Buchangebot.

Überhaupt gibt es im Bereich der Bibliotheken bundesweit interessante Entwicklungen zu verzeichnen. Bibliotheken verstehen sich heute als „Dritte Orte“ der Zivilgesellschaft, also jenseits von Privatsphäre und

Beruf, die sich öffentlichen Debatten zu gesellschaftlichen und politischen Fragen stellen, aber auch schlicht Treffpunkte für Gruppen und Kreise sein können. Hier bieten sich Anknüpfungspunkte für die politische Bildung. Mustergültig leben das die Städtischen Bibliotheken Dresden vor, eine langjährige Partnerin unseres Hauses, die 2025 dank ihres breiten, klugen, dialogorientierten Angebots zur „Bibliothek des Jahres“ in Deutschland gekürt wurden – übrigens als einzige Bibliothek in Deutschland bereits zum zweiten Mal – unser Respekt gilt dem Kollegium rund um Direktorin Marit Kunis.



Allgemeines Angebot

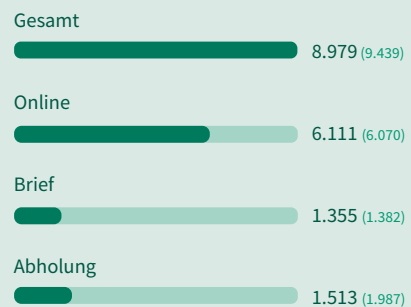
Beliebteste Bücher 2025



Publikationen



Einzelbestellungen von Publikationen



Öffentlichkeitsarbeit



Bücher und Podcasts

Der Publikationsbereich hat sich nach einem Allzeithoch im Wahljahr 2024 auf gutem Niveau mit 9.000 Bestellungen stabilisiert. Insgesamt wurden 99.000 Publikationen abgegeben und 113 Veranstaltungen mit Büchertischen ausgestattet.

Im Publikationsbereich ragen eine ganze Reihe an Büchern mit Sachsen-Bezug hervor: eines zu „Transformationen einer Polizei. Das Landeskriminalamt Sachsen im 20. Jahrhundert“; natürlich ein Band zum gesellschaftlichen Kontext der „Kulturhauptstadt Chemnitz. Sozialräumliche Erkundungen“ – unser Bestseller 2025 – und das aus einem Schreibwettbewerb entstandene Buch „Mut machen“ zum bürgerschaft-

lichen Engagement in Sachsen. Verwiesen sei auch auf die deutsch-sorbische Ausgabe der Sächsischen Landesverfassung oder die Neuerscheinung „Sachsen und Preußen. Nachbarn und Rivalen 1410–1871“.

Aktuell haben wir zudem drei Podcasts im Angebot: Zusammen mit Radio Prag International produzieren wir „Sechsmal Tschechien“, ein Podcast, der bereits zweimal für den deutsch-tschechischen Journalistenpreis nominiert wurde. Ein Hausprojekt ist der Podcast unserer Kollegin Dr. Eva-Maria Zehrer mit dem preisgekrönten Schriftsteller Marko Martin „Marko Martin, einmal klingeln“, der die Erinnerungen an den Osten neu erzählt und analysiert.

„Aufsichtsrat“ und „best friend“

Von grundlegender Bedeutung für die Arbeit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung ist die verwaltungsrechtliche Anbindung. Nach der jüngsten Landtagswahl ist die SLpB wieder in den Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus unter der Leitung von Staatsminister Conrad Clemens (CDU) gewechselt. Die vorhergehenden fünf Jahre waren wir dem Sächsischen Ministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zugeordnet. Daneben gibt es ein 21-köpfiges Kuratorium, das aus 11 Vertreterinnen und Vertretern des Landtags (entsprechend der parlamentarischen Sitzverteilung) sowie zehn Fachexpertinnen und -experten besteht, die das Staatsministerium beruft.

Diesem Kuratorium ist der Direktor und damit die SLpB rechenschaftspflichtig, besitzt in ihr, wie der neue und alte Kuratoriumsvorsitzende Oliver Fritzsche (CDU) gerne sagt, eine Mischung aus „Aufsichtsrat“ und „best friend“, also einen guten Ratgeber. Das Gremium konstituierte sich im August 2025 in Chemnitz neu in Anwesenheit von Staatsminister Clemens. Damit sind die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Landeszentrale in der aktuellen Legislatur festgelegt. Der Koalitionsvertrag sieht eine Stärkung der Landeszentrale im Kontext eines Gesamtkonzepts der politischen Bildung vor, an der wir intensiv mitarbeiten.



Das 8. Kuratorium der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung hat sich am 14. August 2025 in Chemnitz konstituiert. Berufen wurden die Kuratorinnen und Kuratoren vom Staatsminister für Kultus, Conrad Clemens.



Der SLpB-Teamausflug führte 2025 natürlich nach Chemnitz.

Vielfältig, aktuell, professionell

Ein arbeits- und ertragreiches Jahr liegt hinter der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Wir haben versucht, ein breites, aktuelles und qualitativ hochwertiges Programm in den Bereichen anzubieten, die zu unseren thematischen und strategischen Kompetenzgebieten zählen. Unser Jahresbericht bietet Ihnen einerseits Zahlen, Daten, Fakten unseres „Output“, andererseits aber auch eine Fülle an Berichten, die ein Bild von der Lebendigkeit politischer Bildungsarbeit in Sachsen zeigen zollen.

Am Ende gilt mein Dank unserem SLpB-Kollegium für eine intensive Arbeit im Jahr 2025 und den 163 Partnerorganisationen für eine sehr angenehme, professionelle und kollegial-verbindliche Zusammenarbeit.



Berichte



Die Landes- zentrale im Kultur- hauptstadt- jahr

Ein persönlicher Rückblick aus dem SLpB-Projektbüro Chemnitz

Von Christine von Brühl, Leiterin des Projektbüros Chemnitz der SLpB

Die Landeszentrale betrat mit ihrem neuen Projektbüro Chemnitz absolutes Neuland. Werden wir mithelfen können, das Europäische Kulturhauptstadtjahr 2025 in Chemnitz zum Erfolg zu führen? Können wir beitragen, dem europäischen Gedanken und das damit verbundene Freiheitsversprechen überzeugend zu vermitteln?

Wir hatten ein Konzept: Mit dem ersten Büro jenseits der Landeshauptstadt eröffnet sich der SLpB die große Chance, stärker als bislang gerade in Chemnitz und im Südwesten Sachsens Angebote zu unterbreiten und das Projektbüro zur Ideenwerkstatt und Vernetzungspartner zu machen. Unser strategischer Ansatz im Kulturhauptstadtjahr: Das Projektbüro Chemnitz widmet sich der europapolitischen und internationalen Bildung. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa – mit Vorträgen, Gesprächsreihen, Workshops und Konferenzen.

Hintergrundgespräch im Chemnitzer Projektbüro der Landeszentrale. Im März sprachen Politiker, Unternehmer und Engagierte aus der Region mit dem Europa-Politiker Elmar Brok über Chancen und Risiken der EU. Fotos: Corinna Mehl

Offener Dialog, gegenseitiges Lernen und gemeinsame Lösungen

In Europas Kulturhauptstadt 2025 wollten wir in einer Zeit, in der der Zusammenhalt der Europäischen Union immer wieder auf die Probe gestellt wird, Räume für offenen Dialog, gegenseitiges Lernen und gemeinsame Lösungsfindung schaffen: Wofür steht Europa? Wie ist die Europäische Union entstanden, was prägte sie und was zeichnet sie besonders aus? Was wissen wir über unsere Nachbarn? Und wie gewinnen wir und unsere

Nachbarn gemeinsam durch ein enges Miteinander? Aus unseren Hoffnungen wurde im Laufe des Jahres Gewissheiten: Wir können mit Offenheit und interessanten Angeboten Bürgermut stärken und neue Freunde gewinnen. Wir können Intoleranz und Vorbehalten gegenüber demokratischen Prinzipien unsere Überzeugungen einer offenen Bürgergesellschaft entgegensetzen.

Interesse und Zuspruch

Heute wissen wir, das Kulturhauptstadtjahr war für Chemnitz und sein weiteres Umland ein großer Erfolg. Auch unser Konzept für das SLpB-Projektbüro ist voll aufgegangen. 43 Veranstaltungen konnten wir anbieten und dabei 3.589 Menschen begrüßen. Das waren knapp 10 Prozent aller Veranstaltungen und 14 Prozent aller Teilnehmenden des SLpB-Jahres 2025! Chemnitz, die Stadtgesellschaft und die Stadtspitze haben sich durchweg positiv auf unsere Angebote eingelassen und

waren im ganzen Kulturhauptstadtjahr unsere engen Partner. Die Stadt hat den grauen Mantel, der ihr von außen zugeschrieben wird, abgeworfen.

Bereits zum eindrucksvollen Eröffnungsfest waren weite Teile der Chemnitzer Innenstadt voller feiernder Menschen. Freude und Stolz der Bevölkerung, Gastgeber für dieses einmalige Festjahr der Begegnung zu sein, waren sofort und deutlich zu spüren.

Europa historisch und aktuell

Als Leiterin unseres Projektbüros Chemnitz möchte ich einige unserer Highlights 2025 hervorheben: In der durch das Projektbüro eigens konzipierten Veranstaltungsreihe „Europa braucht Dialog!“ haben wir über „Sachsen in Europa“ diskutiert. Historisch und aktuell. Über den engen Austausch mit unseren unmittelbaren Nachbarn in Tschechien und in Polen. Aber auch über weitere Regionen Europas, mit engsten Verbindungen zu Sachsen und Deutschland, beispielsweise Ungarn oder die Baltischen Staaten.

Und wir konnten etwas Einzigartiges präsentieren: Die Geschichte des jüdischen Ritualbades Mikwe, eine 2022 bei Bauarbeiten entdeckte Badanlage, die einzige ihrer Art in Sachsen! Sie stammt aus einer Zeit, in der die Ansiedlung von Juden in Sachsen nicht gestattet war. Sie wurde wohl lediglich für Durchreisende aus Südeuropa gebaut, die höchstwahrscheinlich auf dem Weg zu den Messen in Leipzig waren.

Zu unseren besonderen Angeboten gehörte der Abend „Verspielt Europa nicht!“ mit Elmar Brok, einem Urgestein des Europäischen Parlaments, in einer

Partnerveranstaltung mit der Europäischen Bewegung Sachsen und der Europa-Union Landesverband Sachsen e.V..

Gleichfalls zu Gast waren eine Besuchergruppe der Konrad Adenauer Stiftung, Vertreter der Europa Union Hummelburg aus Bayern oder auch Studierende aus Montreal, die an der jährlichen Summerschool Montreal in Leipzig teilnehmen.

Unter der Schlagzeile „Frauen. Gestalten. Sachsen.“ luden Landesfrauenrat, „Frauen aufs Podium“ und Landeszentrale im September 2025 zu Austausch und Ermutigung ins Projektbüro Chemnitz ein – auch dies ein Höhepunkt unseres Festjahres. Ob in Politik oder Wirtschaft – in leitenden Positionen von Unternehmen, Verbänden und kulturellen Einrichtungen bleiben weibliche Kräfte in der Minderheit. Um das zu verändern, braucht es Stärkung und Ermutigung.

So war das Echo auf unsere Einladung beachtlich: Vierzig Gäste waren gekommen, aus Görlitz und Brandenburg, Leipzig, Dresden und dem Erzgebirge.



Unser Projektbüro in Chemnitz: Mit Offenheit und interessanten Angeboten für eine offene Bürgergesellschaft.

Ostflimmern und Weimarer Dreieck

Unter den vielen maßgeblichen politischen Bildungsveranstaltungen im Jahr 2025 seien zwei noch besonders hervorgehoben: der „Tag des Weimarer Dreiecks“ sowie die Buchvorstellung „Ostflimmern“. Beim „Dreieckstag“ im Oktober war die Landeszentrale mit Büchertisch, Gästebetreuung, Moderation und einem Vortrag zur Entwicklung einer Europäischen Akademie in Chemnitz im Einsatz. Ein intensives Gespräch mit einer Gruppe von Jugendbetreuern aus der französischen Region Okzitanien zur Arbeit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung schloss sich dem Vortrag an.

Neben dem „Markt der Möglichkeiten“, bei dem die Netzwerkpartner an einzelnen Ständen ihre Arbeit präsentierten, führte ein vielseitiges Programm die Gäste durch den Tag, von Workshops und Sprachanimationen für Kinder und Jugendliche bis zur Präsentation der kulturellen, wirtschaftlichen und historischen Aspekte des Weimarer Dreiecks. Organisiert hatte den Tag ein umfangreiches, sachsenweit agierendes Netzwerk, das sich seit 2020 für eine Vernetzung europäischer Akteure in Sachsen und für eine bessere Sichtbarkeit deutsch-

polnischer, deutsch-französischer und europäischer Initiativen einsetzt. Die Aufmerksamkeit war groß – es kamen rund 230 Besucherinnen und Besucher!

Schließlich präsentierten Annekathrin Kohout und Philipp Baumgarten am 26. November 2025 im Projektbüro Chemnitz ihren Sammelband „Ostflimmern. Wir Wende-Millennials“. Den beim Mitteldeutschen Verlag erschienenen und über das SLPB-Publikationsangebot erhältlichen Band illustrieren zahlreiche Fotografien von Philipp Baumgarten mit Motiven der unmittelbaren Nachwendezeit. Namhafte Autorinnen und Autoren haben Beiträge beigesteuert.

So endete ein großes und glänzendes Kulturhauptstadtjahr und öffnete die Tore für neue Visionen und Inspirationen. „Der Titel bleibt uns erhalten“, sagte Oberbürgermeister Sven Schulze beim Finale und ertete langen Applaus. Uns freut besonders: Das Projektbüro Chemnitz soll ebenfalls erhalten bleiben. 2025 hat gezeigt: Ja, wir können beitragen, den europäischen Gedanken zu vermitteln. Unsere Arbeit für Sachsen in Europa trägt Früchte. Der Einsatz heute und in Zukunft lohnt sich.

Zwischen Croissant und Currywurst

Alfons gastiert in Annaberg-Buchholz und Plauen

Interview Roland Löffler

Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung und die Cellex-Stiftung veranstalten im September zwei Aufführungen des Programms „Jetzt noch deutscher“ des Kabarettisten Alfons. Der Träger des Deutschen Kleinkunstpreis 2020 trat in Annaberg-Buchholzer Eduard-Winterstein-Theater sowie im Plauener Vogtlandtheater auf. Damit verbunden waren Diskussionsangebote für Schulen. Im Interview mit der SLpB erzählt Alfons, der Kabarettist mit der doppelten Staatsbürgerschaft, von seinem Programm, seiner Großmutter und seinem Engagement für die Demokratie.

Alfons, man kennt Sie als den ironisch fragenden, französischen Reporter des deutschen Fernsehens mit oranger Sportjacke und Puschel-Mikrofon. Haben Sie jetzt aufgehört Franzose zu sein – oder worauf bezieht sich Ihr Programm „Jetzt noch deutscher“?

Alfons: Ganz im Gegenteil. Ich bin jetzt den ganzen Tag beschäftigt Franzose und Deutscher zu sein, denn ich habe eine doppelte Staatsbürgerschaft. Ich bin sozusagen die verkörperte deutsch-französische Freundschaft. Ich dachte, das passt ganz gut zu jemanden, der Currywurst und Croissant als ausgewogene Ernährung ansieht. Mit dem Puschel-Mikro stelle ich übrigens nur noch selten meine Fragen. Meistens stehe ich im Theater auf der Bühne und erzähle meine Geschichten wie eben in „Alfons – jetzt noch deutscher“.

Ihr Programm erzählt zwar die Geschichte Ihrer doppelten Staatsangehörigkeit. Im Grunde ist es aber ein Stück, eine Hommage an Ihre Großmutter, die den Holocaust überlebt und sich im Laufe ihres Lebens für die deutsch-französische Aussöhnung eingesetzt hat.

Wie kamen Sie auf diese Idee, die ja sehr persönliche Aspekte Ihrer Familiengeschichte aufgreift?

Alfons: Sehr persönlich, aber eben auch sehr prägend und für mich sehr präsent. Natürlich stellt sich der Enkel einer Holocaust-Überlebenden die Frage, ob er überhaupt Deutscher werden sollte und was seine Großmutter dazu gesagt hätte. Ich habe meine Großmutter immer gefragt, Grand-mère, hasst Du die Deutschen? Und sie hat immer geantwortet: „Nein, ich hasse sie nicht. Ich will niemanden hassen. Ich will nur, dass sich so etwas niemals wiederholt.“ Diese Menschlichkeit und die Entscheidung, sich auf das Positive im Leben zu fokussieren, hat mich sehr geprägt. Und daran musste ich natürlich auch denken, als es um meine Einbürgerung ging. Und das alles, erzähle ich auf der Bühne. In einer Geschichte, in der es ernste Momente gibt, aber auch viel zu lachen. Dass das Programm nebenbei zu einem kleinen Denkmal für Grand-mère geworden ist, freut mich sehr.

Sie waren bereits im Frühjahr in Sachsen – zu zwei Bühnenabenden in Sachsen – im Kontext der Europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz 2025. Welche Eindrücke haben Sie mitgenommen? Wie reagierte das Publikum auf Ihr Stück über die deutsch-französische Beziehung, die ja im Osten weniger ein Thema ist als im Westen.

Alfons: In Sachsen habe ich ein sehr warmherziges, interessiertes Publikum erlebt, das meine deutsch-französischen Geschichten gerne gehört hat. Die deutsch-französische Freundschaft ist ja eng verbunden mit dem Europäischen Gedanken, und somit auch mit unseren demokratischen Grundwerten. Und die sind in unseren heutigen Zeiten ein sehr wichtiges Thema, welches uns alle angeht. Dass es hier und da jemanden gibt, der vielleicht nicht meiner Meinung ist ... das ist ja normal. Auch das ist Demokratie. Gut unterhalten

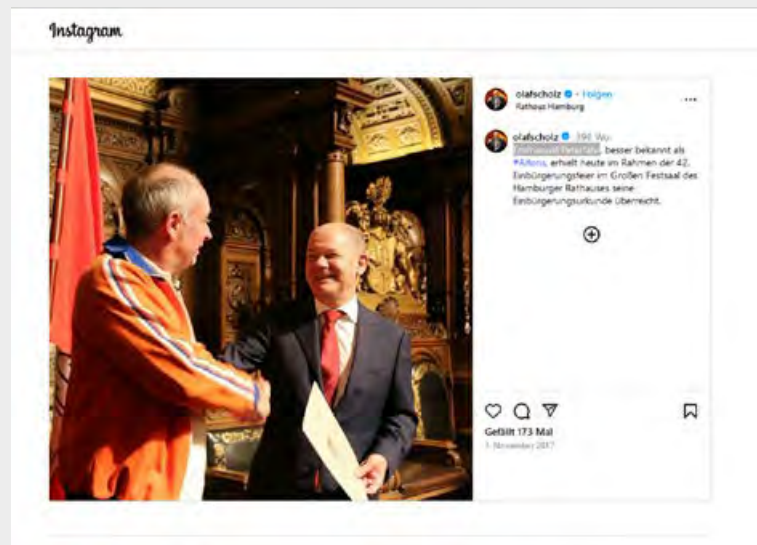
sind hoffentlich alle in meinen Programmen. Ich freue mich auf jeden Fall schon auf meine nächsten Auftritte in Sachsen.

Sie verbanden Ihre Theater-Auftritte in Zwickau und Freiberg mit Diskussionen in Schulen. Was haben Sie dort erlebt, welche Eindrücke haben sie aus sächsischen Schulen mitgenommen und welche Fragen treiben die Schüler um?

Alfons: Das mache ich sehr gerne in Verbindung mit meinem Programm „Jetzt noch deutscher“. In den Tagen nach dem Theaterbesuch gehe ich in die Schulen und spreche mit den Jugendlichen. Nicht nur über das Stück, sondern vor allem eben über die demokratischen Werte und was man machen kann, um diese zu verteidigen, wenn sie wie momentan in Gefahr sind. Ich habe sehr spannende Diskussionen erlebt. Die Jugendlichen machen sich natürlich Sorgen, um ihre Zukunft ... aber sie haben den Eindruck, sie werden nicht gehört. Sie sehen, dass die Umwelt kaputtgeht, Schulen, Schwimmbäder und andere Einrichtungen im schlechten Zustand sind, und dass viele Deutsche nur noch wütend sind. Viele fragen sich, kann ich etwas dagegen tun? In den Gesprächen versuche ich, den Jugendlichen zuzuhören. Und ihnen zu vermitteln, ja, ihr könnt etwas machen. Viele sagen, aber ich bin doch nur eine einzelne Person, ich bin klein ... Auch die können aktiv werden. Der Dalai Lama hat mal gesagt: Wer denkt, er sei allein und zu klein um etwas zu verändern, der hat noch nie versucht, in einem Zimmer zu schlafen, in dem es eine Mücke gibt.

Die deutsch-französischen Beziehungen sind ein wichtiges Stück Zeitgeschichte. Heute erlahmen oft Städtepartnerschaften, Schüleraustauschprogramme oder auch das Engagement deutsch-französischer Vereine. Sind die Beziehungen zwischen unseren Ländern nur ein Produkt von ein oder zwei Generationen? Wie stärken wir sie für die Zukunft?

Alfons: Es ist so wichtig, über die Grenzen hinauszuschauen und Andere kennenzulernen! Denn, egal wo wir leben, wir sind alles Menschen. Es gibt das wunderbare Chanson von Barbara, „Göttingen“, in dem es heißt „Frankreich, Deutschland, egal ... die Kinder sind überall die Gleichen“. Wir sehen, dass Spaltung ganz schlecht ist für uns Menschen. Je mehr wir gemeinsam angehen, auch über Grenzen hinweg, umso besser – gerade für die zukünftigen Generationen. Ich hoffe, wir können bei den Jugendlichen, den Sinn dafür fördern, so dass sie solche Partnerschaften oder Austauschprogramme auch von sich aus einfordern.



Sie wollen neben Ihrer künstlerischen Arbeit nun auch eine Stiftung aufbauen, die sich um Bildungsfragen kümmern wird. Wie kamen Sie auf die Idee, was haben Sie vor – und werden Sie auch in Sachsen aktiv werden?

Alfons: Die Stiftung wurde bereits Anfang 2025 gegründet, und wir sind im Team gerade dabei, alles so aufzubauen, dass wir damit verstärkt an die Öffentlichkeit treten können. Die Idee wurde aus meinem Schulprojekt geboren. Die Diskussionen und Workshops an Schulen im Zusammenhang mit meinem Programm „Alfons – jetzt noch deutscher“ kamen so gut an und wurden so stark nachgefragt, dass ich gesagt habe, ok, das muss auf vernünftigen Beinen stehen; daher die Stiftung. Die Idee ist an die Schulen zu gehen, und mit den Jugendlichen über unsere Grundwerte zu sprechen. Ich mache das ehrenamtlich, aber die Idee geht weiter. Es sollen andere Workshops von anderen gemacht werden, so dass wir Klassen eine Art Demokratie-Stipendien anbieten und so viele wichtige Themen für die Demokratie ansprechen. Wie kann man im Dialog bleiben auch wenn man anderer Meinung ist zum Beispiel. Oder wie erkenne ich fake News und was ist der Unterschied zwischen einem Journalisten und einem Influencer? Und so weiter und so fort. Übrigens, eins habe ich noch gar nicht verraten: die Stiftung heißt in Gedenken an meine Großmutter „Grand-mère Stiftung“.

Der damalige Erste Bürgermeister von Hamburg, Olaf Scholz, überreicht Emmanuel Peterfalvi alias Alfons feierlich die Einbürgerungsurkunde – ein symbolträchtiger Moment deutsch-französischer Verbundenheit. (Screenshot von Instagram)

Stark, sichtbar, vernetzt

Frauen gestalten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Von Christine von Brühl und Justyna David

Zusammen mit dem Sächsischen Landesfrauenrat e. V. und dem Verein „Frauen aufs Podium“ lud die SLpB am 5. September 2025 zu „Frauen. Gestalten. Sachsen.“ ins Chemnitzer Projektbüro zu einem Abend für Austausch und Ermutigung ein.

Freitagabend im Projektbüro Chemnitz: Die Kulturhauptstadt glänzt in spätsommerlichem Abendlicht. Die drei einladenden Organisationen eint dasselbe Ziel: Frauen dürfen und sollen in Führung gehen. Ob in der Politik oder Wirtschaft – in leitenden Positionen von Unternehmen, Verbänden und kulturellen Einrichtungen bleiben weibliche Kräfte in der Minderheit. Um das zu verändern, braucht es Stärkung und Ermutigung.

Bei der Veranstaltung im Projektbüro „Frauen.Gestalten.Sachsen.“ sind die Zahlen genau umgekehrt. Vierzig Gäste sind gekommen – aus Görlitz und Brandenburg, Leipzig, Dresden und dem Erzgebirge –, darunter lediglich ein Mann. Sein Interesse und seine aktive Beteiligung finden Anerkennung. Gleichzeitig wird an diesem Abend mehrfach betont, dass die Gleichstellung nicht allein Aufgabe der Frauen ist, sondern gemeinsames Engagement über Geschlechtergrenzen hinweg erfordert.

Schon vom ersten Moment an mangelt es im Projektbüro nicht an Gesprächsstoff. Vielleicht liegt es aber auch an der freudigen Erwartung. Constance Arndt, Oberbürgermeisterin von Zwickau, wurde angekündigt, dazu Annegret Haas, Geschäftsführerin der Chemnitzer Firma Railbeton Haas. Die Moderation übernimmt Katja Hilbert aus Dresden.

Zunächst nimmt Paulina Maloy auf dem breiten Sofa Platz. Sie leitet das gemeinsame Sekretariat im INTERREG Polen-Sachsen und ist eigens aus Wrocław angereist. Mit bewegenden Worten beschreibt sie das Engagement der Frauen in Polen für Demokratie und Gleichberechtigung. Zu Tausenden seien sie 2023 auf die Straßen gegangen, als es galt, gegen das restriktive Abtreibungsgesetz zu demonstrieren – darunter Frauen jeder Altersgruppe und unterschiedlichster sozialer Zugehörigkeit. Sie fühlten sich von der damaligen PiS-geführten Regierung nicht mehr gesehen. 2025 wehrten sie sich erneut kollektiv. Diesmal waren es die Ukrainerinnen in ihrem Land, für die sie demonstrierten. Ein überwältigendes Zeichen von Frauensolidarität.



Gesprächsstoff gibt es genug und die Frauen sind sofort im Austausch. Fotos: Johanna Baschke



Die Veranstaltung bot Raum für Vernetzung, Austausch und gegenseitige Ermutigung.

Oberbürgermeisterin Arndt zeigt Anerkennung für das Engagement der Polinnen. Dem sei von sächsischer Seite nicht viel hinzuzufügen. In einem geeinten Europa lasse sich die Situation in den unterschiedlichen EU-Ländern gut miteinander vergleichen. Frauen gestalten das Land auf allen Ebenen – in Politik, in Wirtschaft, in sozialen Verbänden und in der Kultur. Sie übernehmen Verantwortung, entwickeln Ideen, führen Organisationen und ganze Unternehmen. Doch ihr Engagement ist oft weniger sichtbar, als es ihrer Leistung entspricht. Constanze Arndt ermutigt Frauen, Verantwortung zu übernehmen, zugleich aber auch, sich selbstbewusst zu präsentieren und männliche Kollegen und Geschäftspartner für mehr Parität zu gewinnen.

Auch Geschäftsführerin Haas bestätigt, sie habe die Leitung von Railbeton nicht übernommen, weil sie der Meinung war, eine Frau müsste das Unternehmen leiten. Als gelernte Bauingenieurin habe sie einfach die perfekte Ausbildung dafür gehabt. Ihr Vater hat sie als Nachfolgerin gewählt. „Vielleicht hätte er es lieber gehabt, wenn ich ein Sohn geworden wäre“, sagt sie mit ironischem Augenzwinkern. Obwohl sie selbst keine Erfahrungen mit Diskriminierung gemacht hat, legt sie Wert darauf, in ihren zahlreichen Engagements gerade in männlich dominierten Gremien vertreten zu sein. In ihrer Firma präsentiert sie den Schülerinnen weibliche Vorbilder in den Führungspositionen und motiviert sie, sich für ein MINT-Studium oder eine MINT-Ausbildung zu entscheiden.

In der anschließenden Diskussion werden ganz unterschiedliche Missstände aufgezeigt, strukturelle Gründe und Ehegatten-Splitting thematisiert. Offenherzig schildern einige Anwesende ihre jeweils persönliche Situation und machen deutlich, woher die Zurückhaltung einer Frau im Einzelnen rühren kann. Aber auch positive Erfahrungen werden geteilt – Frauen, die Karriere machen, Hauptverdienerinnen in der Familie sind, und solche, die als Mütter mehrerer Kinder stets berufstätig waren.

Den Frauen fehlt nicht am nötigen Verantwortungsbewusstsein für ihre Familie oder Gemeinde, ihren Arbeitsort oder auch ganz allgemein die Geschicke ihres Landes, den Fortbestand der Demokratie. Was sie sich wünschen, ist Zuspruch und Stärkung – in der Familie, im Arbeitsumfeld und in ihren Kontakten mit anderen Frauen.

Das letzte Drittel der Veranstaltung dient der Vernetzung. Wieder machen die Gäste intensiv von diesem Angebot Gebrauch – Visitenkarten werden emsig getauscht, Mailadressen notiert und Telefonnummern ins Handy getippt. Die Frauen bedanken sich beim Abschied für den gemeinsamen Abend.

Aus dem gegenseitigen Austausch schöpfen sie Mut und Kraft und möchten die Kontakte zu engagierten und selbstbewussten Frauen weiter ausbauen und pflegen. Für die Veranstalterinnen eine tolle Motivation, an weiteren Vernetzungsformaten zu arbeiten.



Thesen, Zitate, Fragen
eine Einladung zum Gespräch

Theses, quotes, questions
an invitation to conversation

slob



Politische Bildung zwischen Krise und Zukunftsvision

Von Doreen Reinhard

Bei der Partnerkonferenz der SLpB in Chemnitz diskutierten 140 Akteure der politischen Bildungsarbeit aus ganz Europa. Und haben festgestellt: Die Lage ist in vielen Ländern ähnlich schwierig. Bei der Tagung in Chemnitz ging es auch darum, sich über erfolgreiche Methoden in der Praxis auszutauschen.

Demokratien sind in Gefahr, auch in Europa. Diese Entwicklung ist ein Kernthema bei der Partnerkonferenz der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung am 5. November in Chemnitz. Und diese Wahrnehmung wird sofort bestätigt, als bei der ersten Podiumsdiskussion Expertinnen und Experten, die in verschiedenen europäischen Ländern im Bereich der politischen Bildung arbeiten, von ihren Eindrücken berichten. Einhellige Wahrnehmung: Überall verstärken sich rechtspopulistische Bewegungen. Sie beobachtet in ihrem Heimatland Tschechien „Angriffe auf die Zivilgesellschaft“, sagt Alena Reslová, Projektmanagerin bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag. Es werde vor allem von Rechtspopulisten Stimmung gegen Institutionen und die Zivilgesellschaft geschürt. Auch in Frankreich gibt es seit einigen Jahren einen Rechtsruck, mit vergleichbaren Entwicklungen, bestätigt Michael Stange, der das Europa-Haus in Nîmes

leitet. Dabei sei politische Bildung wichtig, gerade in solchen Zeiten „unverzichtbar“, sagt er. Ähnlich ist die Lage in den Niederlanden. Dort arbeitet Eric Stokkink bei Pro Demos, einer Einrichtung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. „Demokratie ist plötzlich nicht mehr die Norm in der Welt“, sagt er. Immer mehr Länder haben autokratische Züge. „Wir sollten Demokratie verteidigen, wir alle“, fordert Stokkink.

Das ist zugleich Anspruch und Fragestellung bei dieser Konferenz: Wie kann das gelingen? Welche Rolle kann politische Bildung in diesen Zeiten spielen? „Es gibt nicht nur ein Problem, sondern viele“, sagt Roland Löffler, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, zur Begrüßung. Da sind: der Rechtsruck in vielen Ländern, der russische Angriffskrieg in der Ukraine und akuter werdende Bedrohungen auch in der EU. „Wir haben den Umgang mit Digitalisierung, mit Fake News, mit Manipulationen“, zählt Löffler weiter auf. Man könne an diesem Tag hoffentlich auch voneinander lernen, um neue Methoden der Bildung zu finden. Die Perspektiven aus den Ländern sollen helfen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu erkennen, sagen Heike Nothnagel und Ivo Vacík von der Landeszentrale, die die Veranstaltung inhaltlich konzipiert und die Teilnehmenden durch den Tag begleitet haben.

Links: Etwa 140 Menschen aus politischen, historischen und kulturellen Bildungseinrichtungen, Lehrkräfte, Engagierte aus Vereinen und Bündnissen trafen sich zur SLpB-Partnerkonferenz im Chemnitzer Carlowitz Congresscenter. Fotos: Oliver Killig

Vielfalt der politischen Bildungslandschaft in Europa

Patricia Hladschik (links), Geschäftsführerin polis, berichtet über veränderte Rahmenbedingungen für politische Bildung in Österreich: „Wir treffen inzwischen auf mehr Kinder mit Fluchterfahrungen, die aus Ländern mit weniger Demokratieerfahrungen kommen.“ Für den Umgang damit bräuchten Pädagogen spezifische Kompetenzen.

Die Partnerkonferenz ist ein Höhepunkt in der Arbeit der SLpB, das jährliche Treffen der politischen Bildung in Sachsen und ein Vernetzungspunkt für Akteure. Etwa 140 Menschen nehmen an der Konferenz im Chemnitzer Carlowitz Congresscenter teil, Mitarbeitende aus politischen, historischen und kulturellen Bildungseinrichtungen, Lehrkräfte, Engagierte aus Vereinen und Bündnissen. Der Tagungsort ist bewusst gewählt, Chemnitz ist 2025 Kulturhauptstadt, die Landeszentrale hat dieses Jahr viele Veranstaltungen in der Stadt gemacht. Bei der Konferenz gibt es mehrere Panels und Workshops von früh bis abends, die Stimmung ist lebhaft, es gibt viele Gespräche während der Programmpunkte und in den Pausen auf den Fluren.

Eine Erkenntnis: Die politische Bildungslandschaft in Europa ist unterschiedlich gestaltet. In Deutschland hat politische Bildung einen vergleichsweise hohen Stellenwert, Einrichtungen wie die Sächsische Landeszentrale werden staatlich gefördert. Anders ist die Situation zum Beispiel in Schweden. Dort ist Mariam Mobiny Vorsitzende der Organisation Demokratibygg, die im Bereich der politischen Bildung arbeitet, Projekte an Schulen durchführt. Staatliche Unterstützung sei geringer, man müsse mit anderen Einrichtungen um sinkende Fördergelder konkurrieren, das sei schwierig, sagt Mobiny. „Früher waren wir mehr in Kooperation mit anderen Organisationen, inzwischen gibt es mehr Konkurrenz.“ Das sei auch in Frankreich so, erklärt Michael Stange vom Europa-Haus Nîmes. Politische Bildung ist vor allem über Schulen organisiert. Unterstützung gebe es zum Beispiel durch Fördergelder der EU.



Auch das Verständnis, was politische Bildung bedeutet, ist in den Ländern unterschiedlich. „Politische Bildung wird oft mit Demokratie verbunden, das Demokratieverständnis ist aber verschieden und auch durch die jeweilige Geschichte der Länder entstanden“, sagt Michael Stange. In Frankreich sei der Begriff der Demokratie vor allem durch die Überwindung der Ständegesellschaft, durch das Prinzip der Gleichheit geprägt, sagt er, „in Deutschland eher durch die Überwindung des Totalitarismus“.

Politische Bildung heißt: Gehirn anschalten und miteinander diskutieren

Auch durch Migration in europäische Länder werde man mit verschiedenen Prägungen konfrontiert, darauf macht Patricia Hladschik aus Österreich aufmerksam. Sie ist Geschäftsführerin der Organisation „polis“, die ebenfalls Projekte für politische Bildung in Schulen anbietet. „Wir treffen inzwischen auf mehr Kinder mit Fluchterfahrungen, die aus Ländern mit weniger Demokratieerfahrungen kommen. Das beschäftigt uns sehr.“ Für den Umgang damit bräuchten Pädagogen Erfahrungen und Wissen. Hilfreich sei, so Hladschik, wenn man Schulen zu Orten mache, „wo Demokratieerfahrungen und Selbstwirksamkeit möglich sind“.

In post-kommunistischen Ländern wiederum gibt es auch die Erfahrung, dass politische Bildung von einigen als „Indoktrination“ verstanden werde. Davon berichtet Alena Reslová aus Tschechien. Ein Teilnehmer aus Sachsen meldet sich und erzählt, dass er solche Assoziationen auch aus dem eigenen Umfeld kenne, etwa wenn politische Bildung mit SED-Indoktrinationen in der DDR verglichen werde. Wie kann man darauf reagieren, will er wissen. „Man muss klarmachen, wo der Unterschied liegt“, antwortet Reslová. „Indoktrination heißt: Gehirn ausschalten. Politische Bildung heißt: Gehirn anschalten und miteinander diskutieren. Das ist ein wesentlicher Unterschied.“

Hoffnungsvolle Resilienz trainieren

Im Laufe des Konferenztages wird deutlich: Auch wenn die Länder verschiedene Prägungen haben, die Erfahrungen mit politischen Entwicklungen und zunehmenden Bedrohungen ähneln sich stark. Bei Debatten auf der Tagungsbühne und in Workshops werden Impulse und Ideen ausgetauscht, Erfahrungen aus der Praxis. „Wir gehen alle durch dasselbe in den Ländern“, sagt Mariam Mobiny aus Schweden. „Voranschreitenden Rechtspopulismus erleben wir auch in Schweden. Das war vorher schon so in anderen Ländern, Schweden war nur ein bisschen später dran.“ Ihr Ansatz: „hoffnungsvolle Resilienz trainieren“. Ihre Organisation organisiert Projekte in Schulen, dabei erlebe sie auch aufgewühlte Debatten, über Themen wie Sicherheit, Migration, zum Krieg im Nahen Osten. Das kennen viele Tagungsteilnehmer, sie wollen wissen, welche Regeln Mobiny wichtig findet. Gute Vorbereitung sei für solche Diskussionen essentiell, sagt sie. Außerdem: Geschützte Räume schaffen und Regeln für die Debatten festlegen. Aber auch: Kontroversen aushalten.

In einem weiteren Workshop geht es um die Digitalisierung in der politischen Bildungslandschaft und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Das Interesse ist

groß. Alena Reslová, die den Workshop leitet, fragt, wer schon KI bei der Arbeit einsetze – viele melden sich. Eine Teilnehmerin, die bei einer Einrichtung für Gleichstellung arbeitet, sagt, KI helfe, Dokumente in Leichte Sprache zu übersetzen. Eine andere Teilnehmerin berichtet von Bildungsarbeit mit Schülern mit Migrationshintergrund, bei der ein KI-Instrument für schnellere Übersetzungen eingesetzt wird. Andere erstellen Präsentationen mit KI oder lassen sich bei der Büroarbeit unterstützen. Sich mit der Technik vertraut zu machen, sei wichtig, sagt Reslová. „Wir müssen uns mit KI beschäftigen und sie so schnell wie möglich integrieren. Denn auch die Gefahren steigen, politische Manipulationen werden mit KI einfacher.“

Voneinander lernen

Nach einem intensiven Tag sind viele Erkenntnisse geteilt. „Ich glaube, wir haben alle das Gefühl, wir sitzen in einem Boot“, sagt Roland Löffler, Direktor der Sächsischen Landeszentrale, in der Abschlussrunde. So verschieden die europäischen Länder sind, es gebe dennoch viele Gemeinsamkeiten, auch bei den Methoden politischer Bildung. „Ich würde mich freuen, wenn alle ein paar Impulse mitnehmen, auch Kontakte und Austausch“, sagt Löffler. „Man kann voneinander lernen. Wenn das der heutige Tag erreicht hat, sind wir zufrieden.“



Die Teilnehmenden schätzen besonders die vielfältigen Möglichkeiten zum Austausch, ganz gleich ob Panel oder Pause.



Roland Löffler (Mitte): „Ich würde mich freuen, wenn alle ein paar Impulse mitnehmen. Man kann voneinander lernen. Wenn das der heutige Tag erreicht hat, sind wir zufrieden.“



Jung, wütend, rechts?

Wie Jugendliche sich radikalisiert und was man dagegen tun kann

Von Gesine Großert

Im Mai 2024 wurde der SPD-Politiker Matthias Ecke beim Plakate-Aufhängen in Dresden zusammengeschlagen, ein halbes Jahr später griffen Rechtsextreme eine Görlitzer Kommunalpolitikerin an, die rechte Gruppierung „Sächsische Separatisten“ steht unter Terrorverdacht und beim Christopher Street Day 2024 in Bautzen nahmen über 700 Personen an einer rechtsextremen Gegendemo statt. Diese Ereignisse haben eine Gemeinsamkeit: Viele Täter und Mitglieder der Gruppen sind junge Menschen, nicht wenige sogar minderjährig. In diesem Kontext diskutierten Expertinnen und Experten im November 2025 in Chemnitz bei der Veranstaltung „Jung, wütend, rechts? – Extrem rechte Radikalisierung bei Jugendlichen in Sachsen“ mit dem Publikum über Ursachen, eigene Erfahrungen und Lösungen dieses Problems.

Die Veranstaltung fand im Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex „Offener Prozess“ statt. Im Mittelpunkt steht eine Ausstellung zum NSU-Komplex. Darüber hinaus ist das Zentrum auch Archiv sowie Begegnungs- und Bildungseinrichtung.

Zum Einstieg in das Thema hält Gideon Wetzel einen Impulsvortrag, in dem er vor allem die aktuelle Lage in Sachsen beleuchtete. Wetzel forscht am Else-Frenkel-Brunswick-Institut Leipzig zu Phänomenen der extremen Rechten in Sachsen, mit einem Fokus auf Entwicklungen im digitalen Bereich, insbesondere den Sozialen Medien.

Links: Teilnehmende der Veranstaltung „Jung, wütend, rechts? Extrem rechte Radikalisierung bei Jugendlichen in Sachsen“ im Gespräch: Die Runde diskutiert aktuelle Forschungsergebnisse und Erfahrungen aus der Praxis. Fotos: Corinna Mehl





Friedemann Brause, Referent Innenpolitik und Zivilgesellschaftliches Engagement bei der SLpB, eröffnet gemeinsam mit dem Team von „Offener Prozess“ die Veranstaltung.

Wetzel erklärt, dass die Rekrutierung der rechten Szene heute hauptsächlich auf TikTok stattfände. Der Algorithmus der Plattform mache es sehr leicht, große Reichweiten zu erzielen und zeige die Inhalte auch Nutzenden an, die nicht aktiv danach suchten. Dazu zeigt er Beispiele: ein junger Mann, der seine Springerstiefel mit weißen Schnürsenkeln stolz der Kamera präsentiert oder verummte Gruppen, die Deutschlandflaggen schwingen, ergänzt von dem Schriftzug „Deutsche Jugend voran!“.

Das Mobilisierungspotential, welches auch durch solche Videos verstärkt wird, zeigte sich in den letzten zwei Jahren deutlich durch die Gegendemos zu den sächsischen CSDs. Für großes Aufsehen sorgte der CSD in Bautzen im August 2024 mit fast 700 Gegendemonstranten – unter ihnen vor allem junge Männer.

Abschließend informiert Wetzel zu aktiven rechten Gruppierungen in Sachsen. Die Identitäre Bewegung bilde das politische Vorfeld und versuche, Begriffe und Themen in der öffentlichen Debatte zu prägen. Platziert werde etwa die Neudeutung von „Remigration“ oder der „Stolzmonat“ – ein rechter Gegenentwurf zum „Pride Month“. Gruppen wie die Jungen Nationalisten, die Nationalrevolutionäre Jugend oder Urbs Turrium aus Bautzen mobilisieren vor allem junge Menschen durch Angebote wie Camps, Wanderungen oder Kampfsport. Ergänzend dazu sammeln sich immer mehr junge Leute

lose auf digitalen Plattformen, finden dort Gleichgesinnte und verbreiten extrem rechte Ideologien.

Anschließend an Wetzels Vortrag findet eine Podiumsdiskussion statt. Auf dem Podium vertreten waren neben Gideon Wetzel auch Ines Vorsatz, welche die Geschäftsstelle des Kriminalpräventiven Rats der Stadt Chemnitz leitet, und Christian Lieberwirth, Referent für politische Bildung beim Landesamt für Schule und Bildung im Standort Zwickau.

Ausgehend von Wetzels Vortrag drängt sich vor allem eine Frage zu Beginn auf: Sind die „Baseballschläger-Jahre“ wieder da? Oder waren sie vielleicht nie weg? Ines Vorsatz meint, rechtes Gedankengut erlebe nicht direkt ein Revival. Es fasse strukturell in der Bevölkerung wieder Fuß, sei aber an sich nie weg gewesen. Wetzel ergänzt, die Qualität rechter Gewalt der 90er sei nicht erreicht, deutlich sei aber, dass alte Strukturen sich neuer Mittel bedienen, zum Beispiel Sozialer Medien für die Mobilisierung. Lieberwirth erklärt, die Zahlen rechter Vorfälle in sächsischen Schulen stiegen an, Hakenkreuzschmierereien oder Hitlergrüße seien keine Seltenheit mehr. Seiner Meinung nach seien diese Jugendlichen aber keine gefestigten Extremisten. „Führungspersonen“ rechter Jugendgruppen würden sich in Schulen hingegen eher unauffällig verhalten. Aber was kann getan werden? Wie kann man verhindern, dass immer mehr junge Menschen in Sachsen

sich radikalieren, gewaltbereit und demokratiefeindlich werden? Vorsatz findet eine deutliche Antwort: „Genau das machen, was die Nazis auch machen, nämlich Raum zu nehmen.“ Junge Menschen bräuchten demokratische und vielfältige Orte und Angebote für ihre Freizeit. Außerdem appelliert sie an die Zuversicht: „Wer denkt, dass man nichts tun kann, der hat schon verloren.“ Wetzels betont, dass vor allem den Betroffenen rechter Diskriminierung und Gewalt Raum und Schutz gegeben werden müsse. Auch er sehe darüber hinaus großen Bedarf in der politischen Bildung, insbesondere aber in der Medienbildung.

Auch das Publikum nimmt rege an der Diskussion teil und nimmt Platz auf dem freien Stuhl neben den Podiumsgästen, um Fragen zu stellen, über eigene Erfahrungen zu berichten oder sich zu positionieren.

Ein Teilnehmer fragt, ob nicht gerade die hohe Diversität der jungen Generation ein Vorteil in der Präventionsarbeit wäre. Vor allem in Schulen würden sehr verschiedene Kinder und Jugendliche aufeinandertreffen, wodurch sich Vorurteile abbauen könnten.

Lieberwirth berichtet aus dem Schulalltag. Zwar sei die Diversität in sächsischen Klassenzimmern im Bundesvergleich nicht so hoch, jedoch kann Schule trotzdem ein Ort der Begegnung sein. Vorurteile könnten in der Schule so aufgebrochen und dieser Prozess von Lehrkräften begleitet werden. Vorsatz widerspricht ihm in dieser Position. Ihrer Erfahrung nach würden in Klassen häufig Gruppen mit bereits sehr gefestigten, teilweise extremen Meinungen aufeinandertreffen. Lehrkräfte seien überfordert und die Konflikte würden über das Klassenzimmer hinaus zwischen den Peer-Groups ausgetragen.

Ein anderer Teilnehmer, der selbst Projekte mit Jugendlichen macht, erzählt, dass es ihm schwerfalle, die Jugendlichen für das Angebot zu begeistern. Wie kann Präventionsarbeit zum Thema Extremismus interessant für junge Menschen sein? Hier ist sich das Podium einig. Die Jugendlichen sollten Selbstwirksamkeit erfahren, statt nur Informationen vermittelt zu bekommen. Wetzels merkt an, es gehe viel um Identitätsbildung – ähnlich wie auch rechte Gruppen Mitglieder für sich gewinnen. Ines Vorsatz sieht noch eine weitere Hürde bei der Prävention: In Schulen würde Prävention immer häufiger als Makel gesehen, als Eingeständnis, die Schule hätte ein Problem mit Rechtsextremismus. Zuletzt wird die Frage aufgeworfen, wer für Präventionsarbeit zuständig sei. Die Angebote der freien Träger seien überlastet, eine einmalige Intervention helfe nicht nachhaltig. Vorsatz plädiert dafür, sowohl die „Profistrukturen“ zu stärken, als auch Personen

vor Ort zu befähigen, langfristig wirksam zu bleiben. Auch in der Schule sei Prävention nicht nur Aufgabe der Lehrkräfte, sondern funktioniere nur gemeinsam mit den Eltern, ergänzt Lieberwirth.

Abschließend können die Podiumsgäste Wünsche äußern, wie aus ihrer Sicht die extrem rechte Radikalisierung bestmöglich eingedämmt werden kann. Christian Lieberwirth wünscht sich zum einen mehr Medienbildung, zum anderen langfristige und verstetigte Präventionsangebote. Ines Vorsatz und Gideon Wetzels ergänzen, aus ihrer Sicht brauche es dringend mehr finanzielle Mittel und bessere Bedingungen für die Jugendarbeit und die Forschung zum Thema. Die Politik müsse die Prioritäten entsprechend setzen, beispielsweise in der Haushaltsplanung.

Diese unterschiedlichen Perspektiven verdeutlichen noch einmal, wie komplex die Aufgabe ist und wie wichtig es bleibt, Jugendliche selbst stärker einzubeziehen. Denn auch wenn auf dem Podium keine junge Person vertreten war, wurde deutlich, dass nachhaltige Präventionsarbeit nur gelingt, wenn Jugendliche aktiv mitgestalten können. So lautet das gemeinsame Fazit des Abends: Es sollte mehr mit Jugendlichen statt über sie gesprochen werden.

Der abschließende Appell ans Publikum greift diesen Gedanken noch einmal auf: „Fragt doch einfach mal die Jugendlichen!“



Zum Abschluss seines Vortrags verdeutlicht Gideon Wetzels, wie verschiedene rechte Strukturen ineinandergreifen und voneinander abhängig sind.

„Irgendjemand muss es ja machen“

Von Yannic Walther

Wie berichten Journalistinnen aus Kriegen – und wie verändert das ihr Leben? Davon erzählt Lotta Pommerien in ihrem Dokumentarfilm „Was bleibt? Journalistinnen in Krisenregionen“. Bei einer Filmvorführung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung sprach die Filmemacherin in Chemnitz mit dem Publikum über den Wert unabhängiger Berichterstattung.

Es ist eine eindrückliche Szene: Bewaffnete Männer halten ein Auto an. „Kamera wegpacken!“, ruft jemand. Die Passagiere mit ihren Westen, auf denen „Presse“ steht, müssen aussteigen, die Hände auf das Auto legen. Dann geht alles ganz schnell – Schüsse fallen, Menschen rennen.

Die Szene, die Pommerien gleich zu Beginn ihres Films zeigt, ist eine Übung – ein Training, das Journalistinnen und Journalisten auf den Ernstfall vorbereitet. Doch wie real diese Gefahr ist, wird im weiteren Verlauf des Films deutlich. Auf Einladung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung zeigte Pommerien „Was bleibt? Journalistinnen in Krisenregionen“ Mitte Oktober in Chemnitz.



Lotta Pommerien berichtet auch von ihrer persönlichen Perspektive.
Fotos: Clemens Lotze

Der Film begleitet drei deutsche Journalistinnen, die unter unterschiedlichen Bedingungen für verschiedene Medien aus Afrika, Asien und der Ukraine berichten. Pommerien zeigt dabei nicht nur ihre alltägliche Arbeit zwischen Schreibtisch und Einsatzgebiet, sondern auch, wie diese Arbeit ihr privates Leben prägt.

Sie folgt der taz-Korrespondentin Simone Schlindwein, reist nach Neu-Delhi zur damaligen ARD-Korrespondentin Silke Diettrich, die über Südasien von Afghanistan bis Indien berichtet, und begleitet Juliane Tutein, die als freie Journalistin aus Osteuropa filmt.

„Mir war wichtig, unterschiedliche Medien zu porträtieren“, sagt Pommerien in der Diskussion nach der Vorführung. Denn die Arbeitsbedingungen, unter denen Journalistinnen aus Krisenregionen berichten, beeinflussen auch ihre Sicherheit. „Ich habe einen Vorteil gegenüber Freelancern“, erklärt Diettrich im Film. Sie verweist auf die Sicherheitsexperten der ARD, die die Korrespondentinnen im Auslandseinsatz unterstützen – ein Sicherheitsnetz, das freie Journalistinnen nicht haben.

Doch auch als ARD-Korrespondentin sei man in Krisengebieten gefährdet. So erzählt Diettrich, wie sie nach dem Dreh einer Demonstration von Frauenrechtsaktivistinnen in Afghanistan kurzzeitig inhaftiert wurde. Von brenzligen Situationen können alle drei porträtierten Reporterinnen berichten. Pommerien gelingt es, diese Gefahren nicht nur abstrakt nachzeichnen zu lassen, sondern zu zeigen, wie sie den Alltag bestimmen.

Als Simone Schlindwein die Regisseurin im Auto mit zu ihrem Haus in Uganda nimmt, bittet sie, die Anfahrt nicht zu filmen. Sie erzählt, wie sie 2016 in ihrer damaligen Wohnung vom Geheimdienst überfallen wurde, der alle Unterlagen beschlagnahmte. „In Uganda haben die Straßen immer noch keine Namen. Die Regierung würde mich nie finden. Damals wussten sie, wo ich wohne. Das würde ich jetzt gern vermeiden – auch wegen meines Kindes“, sagt sie, während sich das große Tor zu ihrem Haus öffnet.



Mitten in der Diskussion – Gäste kommen mit Regisseurin Lotta Pommerien ins Gespräch.

Die taz-Korrespondentin beschreibt im Film, wie sich ihre Arbeit verändert hat, seit sie Mutter ist. Pommerien begleitet sie wie sie mit ihrem Kind privat unterwegs ist und dennoch immer wieder auf ihr Smartphone schaut, weil es im Nachbarland gerade eine Entwicklung gibt, über die sie berichten muss.

Früher berichtete sie immer direkt aus vor Ort Konfliktgebieten, erklärt Schindwein. Heute wäge sie genauer ab, in welche Regionen sie sich selbst begeben. „Ich dachte immer, ich bekomme keine Kinder, weil der Job es nicht zulässt. Jetzt umgehe ich Themen, bei denen ich weiß, das wird brenzlich. Irgendeinen Kompromiss muss ich ja machen – im Spagat zwischen meinem Job und meinem Kind.“

Einen besonderen Fokus legt Pommerien dadurch, dass sie bewusst drei Frauen begleitet. So zeigt sie Diettrich, wie sie vor ihrer Reise nach Afghanistan verschiedene Verschleierungen anprobiert. Seit der Machtübernahme der Taliban können westliche Journalistinnen dort nicht mehr arbeiten, ohne sich den islamischen Kleidungsvorschriften zu unterwerfen – eine Einschränkung, die männliche Kollegen nicht betrifft.

„Ich finde es manchmal gut, einen Taliban als Frau zu interviewen, weil davon sind die wirklich genervt“, sagt Diettrich. Als Frau zu berichten, habe auch Vorteile, meint sie. Ihre männlichen Kollegen kämen oft ohne O-Töne von Frauen zurück, weil diese in Afghanistan versteckt würden, sobald ein anderer Mann ein Haus betritt.

Auch Juliane Tutein, die aus der Ukraine berichtet, spricht im Film über Vor- und Nachteile als Reporterin unterwegs zu sein. „Es ist schwierig – man wird von Männern manchmal nicht ernst genommen. Manche erzählen aber auch offener, wenn sie von einer Frau interviewt werden“, sagt sie.

Thematisch widmet sich der Film, der ohne Erzähler auskommt und allein entlang der Beschreibungen der Protagonistinnen erzählt, auch der Gratwanderung, die



Der Dokumentarfilm von Lotta Pommerien in den Räumen der VHS Chemnitz.

Journalismus in Krisenregionen bedeutet. Pommerien begleitet Tutein, wie sie in Deutschland Spenden sammelt, Lebensmittel kauft und sie selbst in die Ukraine bringt. Diettrich reflektiert: „Ich habe früher gedacht, mit der Arbeit etwas zu verändern.“ Ihre Aufgabe sei es aber vor allem, sauber darzulegen, was passiert. Ob sich etwas durch ihre Arbeit verändert, wisse sie nicht. „Was passiert, würde nicht gezeigt werden, wenn niemand diese Arbeit macht“, sagt sie. Das, was in Afghanistan geschehe, lasse sie jedoch nicht kalt. „Gerade bei jungen Frauen bricht es mir das Herz“, sagt Diettrich über die vielen Menschen vor Ort, die sie bitten, ihnen aus dem Land heraus zu helfen. Auch Journalistinnen blieben davon nicht unberührt. Als die Taliban 2021 die Macht übernahmen und die Bilder vom Flughafen Kabul um die Welt gingen, wäre sie wie gelähmt gewesen und hätte nicht arbeiten können, erzählt sie im Film.

Die Besucherinnen und Besucher der Veranstaltung in Chemnitz interessierten sich nach der Vorführung nicht nur für die Details und Abläufe journalistischer Arbeit. Sie wollen auch Pommeriens persönliche Perspektive hören.

Die Regisseurin berichtet, wie sie beim Dreh selbst gespürt habe, in welchem adrenalingeladenen Zustand die Journalistinnen arbeiten. „Ich habe lange gebraucht, um das zu verarbeiten“, sagt sie. Für sich persönlich habe sie aber entschieden, dass diese Form des Arbeitens nichts sei. „Ich habe nicht den Mut dieser Frauen.“

Kein garstig Lied, weil ein politisch Lied!

Von Michael Bartsch

🗨️ **Anders als Brander in Goethes Faust I singt die Landeszentrale in Chemnitz ein Lob auf das politische Lied und seine Wirkung auf Politik und Geschichte.**

Die Landeszentrale für politische Bildung könnte sich ebenso passend in LandesDEzentrale umbenennen. Seit dem März des Vorjahres betreibt sie nämlich auch in der europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz ein Projektbüro, unmittelbar hinter dem Karl-Marx-„Nüschel“ auf der Brückenstraße gelegen. Christine von Brühl leitet es. Der Veranstaltungsraum hinter der Glasfront zur Straße bietet etwa 40 Personen Platz. Im hinteren Teil übernimmt eine Küche einfache Verpflegungsaufgaben. Dort gelangt man zur Toilette und in Abstellräume.

Am 28. August 2025 zeigte zum Auftakt des Herbstprogramms der kleine Veranstaltungsort, dass er ideal für innovative Formate im Geiste der Kulturhauptstadtbewerbung geeignet ist. Ein Hauch von Woodstock, von Friedensbewegung, von Weltverbesserungsromantik zog durch den Raum. Weniger

Talkin´ als Singin´ about a revolution. Denn Landeszentralen-Mitarbeiter Joachim Amm, Jahrgang 1963 und eigentlich für Publikationen zuständig, erwies sich als Multitalent und animierte singend zur Gitarre die leider nur 18 Gäste mindestens zum Mitsummen. Es ging nicht nur um Protestlieder im engeren Sinn, sondern um den Einfluss populärer Musik allgemein auf Politik und Gesellschaft.

Lecture Performance wird neudeutsch dieses Format genannt. Für das Performative sorgten neben dem Hobbybarden aus der Landeszentrale auch vier LED-Strahler mit wechselnden Farben. Auf jedem Platz lag ein umfangreiches Songbook-Handout mit den Texten zahlreicher Ohrwürmer zum Mitsingen. Auch gut für den Haus- oder Lagerfeuergebrauch, wenn die Harmonien beispielsweise von „Child of the universe“ von Barclay James Harvest unklar sein sollten. Im Umfang nur drei Doppelseiten schmal, dafür nach anspruchsvollem Inhalt nicht spontan während der Veranstaltung zu studieren, hatte der „Star“ des Abends außerdem Kernfragen und Essentials zum politischen Lied nochmals komprimiert zusammengefasst. Denn „das ist ein Workshop, kein Konzert“, betonte Joachim Amm gleich zu Beginn.

Links: Das Projektbüro Chemnitz, ideal für innovative Formate im Geiste der Kulturhauptstadtbewerbung. Mitsingen, Diskutieren, Abstimmen – nicht nur Joachim Amm, auch das Publikum war gefordert und machte munter mit. Fotos: Clemens Lotze

Beschwörung scheinbar vergangener Ideale

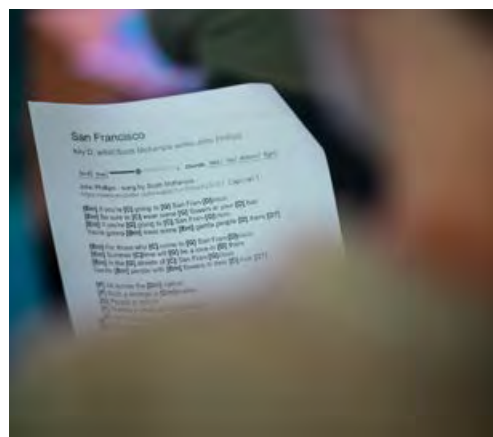
Aber er musste gar nicht viel erklären oder gar dozieren. Die Leidenschaft, das Leiden an Zuständen erschloss sich durch die deutschen oder englischen Texte, mehr noch durch den Gestus der Melodien und den durch sie geweckten Kontext des jeweiligen Zeitgeistes. Der fiel für manche Hörer mit Erinnerungen an ihre Tanzstundenzeit zusammen. Aber auch ein junges Pfadfinderpärchen beherrschte offensichtlich einen Großteil des Repertoires und sang mit. Sogar sie schien ein Hauch von „Damals war’s“ zu ergreifen. Denn der Zweistundenabend musste nahezu ausschließlich retrospektiv erscheinen. Wem fiel schon ein populäres Protestlied, gar ein Revolutionsgesang aus den vergangenen 35 Jahren ein?

Joachim Amm nahm für sein Programm den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes zum Maßstab und gliederte die erste Stunde nach dessen ersten Artikeln. Voran den Gleichheitsgrundsatz nach Artikel drei. Im Kontext damals viel gelesener dystopischer Romane wie Huxleys „Schöne neue Welt“ ist Peter Maffays „Denn die Liebe wird verboten“ von 1980 zu sehen. Wohl jeder kennt bis heute Reinhard Mey’s Bürokratie-Satire „Antrag auf Erteilung eines Antragsformulars“ von 1977. Zeitlich dazwischen liegt Georg Danzers Drogen-Abzählvers „Zehn kleine Fixer“. Danzer war beim Freiheitsartikel zwei des Grundgesetzes gleich noch

einmal dran. Im Mittelpunkt stand hier der „Redemption Song“ von Manfred Mann oder in der Reggae-Version von Bob Marley. Der erste Vers dieses „Erlösungsliedes“ beginnt mit der Zeile „Emancipate yourselves from mental slavery“. Aber wie?

Anlass für den Gastgeber, hier erstmals ins Publikum nach der Wirkung politischer Lieder zu fragen. Also nach ihren persönlichen Erfahrungen. Damit waren sowohl die Altersspanne der Gäste als auch ein weiterer historischer Zeitraum aufgerufen. Das Pfadfinderpärchen kennt Lagerfeuerromantik bis heute, lernt dabei auch Lieder der Romantik oder der Revolution 1848 kennen. Noch relativ frisch sind die Erinnerungen von DDR-Bürgern an einen auch durch die gemeinsame Oppositionshaltung gegen den SED-Staat gestützten Zusammenhalt. Nicht nur in Kirche und Untergrund, auch beim Trampen nach Bulgarien hing oft eine Gitarre auf dem Rücken. Die so formulierten Sehnsüchte entluden sich dann beispielsweise Silvester 1989 bei David Haselhoff’s „Looking for freedom“ auf der Berliner Mauer.

Anlass für den singenden Referenten, die Gäste um ihre Antwortkarten auf die zentrale Frage zu bitten, ob ihrer Meinung nach politische Lieder auf die Politik einwirken können. Man hätte die Frage gern vorbehaltlos bejaht, war zu spüren, aber viele zögerten.



Wer wollte, konnte mitsingen. Viele benötigten keine Texthilfe.

Links: „Das ist ein Workshop, kein Konzert.“ Es ging nicht um Protestlieder im engeren Sinn, sondern um den Einfluss populärer Musik allgemein auf Politik und Gesellschaft.

Wellenbewegungen von Aufbruch und Resignation

Eindeutige Gefühlslagen löste dann der vielzitierte Artikel eins des Grundgesetzes unter dem Aspekt von Krieg und Frieden aus. John Lennon und die Beatles voran. Viele benötigten keine Texthilfe für die deutsche Marlene-Dietrich-Version von Pete Seegers „Sag mir wo die Blumen sind“. Noch erschütternder klingt bis heute Hannes Waders „Es ist an der Zeit“, während Nenas „99 Luftballons“ 1982 doch eher locker auf der Neuen Deutschen Welle schwammen.

Ausläufer der bis heute unerreichten letzten, an die schönsten menschlichen Grundwerte mahnenden weltweiten Erneuerungsbewegung von 1968. Sie müssen auch den damals erst fünf Lebensjahre jungen Joachim Amm geprägt haben, denn er widmete der Flower-Power-Ära ein breites Kapitel. Genauer ihr und den darauffolgenden Kapiteln von Desillusionierung und neu erwachender Hoffnung. Es blieb halt Scott McKenzies Träumen von San Francisco nicht viel.

Der Barde aus der Landeszentrale erinnerte aber auch an neue Hoffnungen durch die wiedererstehende Friedensbewegung Ende der 1970-er Jahre. Fleetwood Macs „Dont stop“ oder Patti Smiths Emanzipationslied „People have the power“ stehen dafür. Sogar ein sich verändernder US-Präsident Ronald Reagan und erst recht Michail Gorbatschow ab 1985

in der Sowjetunion indizieren jenen „Wind of change“ der Scorpions. Eingebettet in die deutsch-deutsche Entkrampfung war der Besuch Udo Lindbergs in der DDR mit seinem Gitarren-Gastgeschenk an Staatschef Erich Honecker und dem berühmten „Sonderzug nach Pankow“.



Joachim Amm präsentierte ein Programm nach dem Grundrechtskatalog des Grundgesetzes.

Nur ein Ausschnitt aus einem breiten Genre

Gegen Ende näherte sich Joachim Amm den bereits in seinem Handout ausgelegten Gliederungen, Thesen und Grundfragen. Eingeleitet durch die erneut von den Gästen zu beantwortende Frage, ob die Effekte politischen Liedgutes messbar seien. Hier überwogen eindeutig Zweifel oder Unentschlossenheit. Was der singende Referent auch plausibel fand, denn Musik sei nur ein möglicher Einflussfaktor auf Veränderungsprozesse, die von einem Motivations- oder Bewusstseinswandel gespeist werden.

Im Handout nachlesen musste man die Relativierungen, die er selber vornahm. Er habe nur einen „winzigen Bruchteil“ politischer Lieder vorstellen können, die sich durch alle musikalischen Stilrichtungen zögen. Die aber bei weitem nicht alle die Popularität der ausgewählten 27 Beispiele erreichen, ließe sich hinzufügen. Vorgetragen übrigens ohne jede virtuose Attitüde oder Selbstinszenierung.

Joachim Amm schränkte auch ein, dass die Vorstellung von Beispielen aus dem Hard Rock oder elektronischer Musik in diesem Rahmen nicht möglich sei. Ohne es zu ahnen, beantwortete er damit eine sich zunehmend aufdrängende Frage nach dem Rechtsrock. Denn wenn auch in den jüngsten Jahrzehnten kaum noch ein progressiver populärer Song entstand, mobilisierten doch Nazikonzerte mit von Hass, Hetze und Rassismus geprägten Titeln Tausende, etwa im thüringischen Themar oder in Ostritz an der Neiße.

Ein Beispiel aus der US-amerikanischen Countryszene aber hatte Amm denn doch noch parat, bevor er mit der Einsamkeitsklage von Simon&Garfunkels „The Boxer“ schloss. Willie Nelsons „Beer for my horses“ ist eine ziemlich üble Aufforderung zur Selbstjustiz in einem vermeintlich überforderten Rechtsstaat. Es passt genau zu jenem Ungeist, der die gewesene westliche Führungsmacht schon seit längerem deformiert.

„So viele Argumente für Europa hatten wir doch noch nie“



20 Menschen aus Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft erhofften sich gute Argumente für Europa. Diese bekamen sie zahlreich. Fotos: Corinna Mehl

Von Doreen Reinhard

Im Chemnitzer Büro der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung diskutierten im März Politiker, Unternehmer und Engagierte aus der Region mit dem Europa-Politiker Elmar Brok (CDU) über Chancen und Risiken der EU. Europa sei wichtiger denn je, fanden viele. Aber gesucht wurden auch: Argumente, wie man Europa am Stammtisch verteidigen kann.

Europa ist besser als sein Ruf. Darüber sind sich die meisten einig, die in Chemnitz zum Gespräch zusam-

mengekommen sind. Die Kommunikation sei nicht gut über das, was in der EU passiert und, welche Vorteile der Staatenbund für die Menschen hat, sagt ein Mann. „Für viele ist die Arbeit nicht greifbar“, sagt ein anderer. „Und wenn es nicht greifbar ist, ist es schnell angreifbar von Populisten.“ In der aktuellen Lage geopolitischer Unruhen und Bedrohungen gewinnt das Thema Europa wieder stärker an Bedeutung. Auch darüber will man in Chemnitz diskutieren.

Zur Debatte am 25. März hat die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung geladen, die seit einem Jahr in Chemnitz ein Projektbüro betreibt. Die Räume befinden sich in einer Häuserzeile direkt hinter dem Karl-Marx-Kopf im Stadtzentrum, man kann sich hier Bücher und Informationen abholen, aber eben auch diskutieren. Die Veranstaltung ist eine Kooperation mit Europa-Initiativen in Sachsen wie den Jungen Europäischen Föderalist:innen, der Europa-Union und der Europäischen Bewegung. Diese und weitere Debatten und Workshops sind auch als Beiträge zum Kulturhauptstadtjahr in Chemnitz gedacht.

Die Runde ist ein lockerer Austausch, zwei Stunden Debatte am Nachmittag. Mit einem Gast: dem langjährigen Europa-Politiker Elmar Brok. Knapp 20 Interessierte sind gekommen, Politiker und Politikerinnen verschiedener Parteien, Unternehmer und Engagierte aus der Stadt und der Region. Zunächst soll gesammelt werden: Was sind Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken der EU? Als positiv wird genannt: Freies Reisen ist möglich, es gibt nahezu offene Grenzen. „Wir haben ein gemeinsames europäisches Parlament mit regionalen Vertretern“, sagt jemand. „Auch in Chemnitz sieht man Projekte, die von der EU gefördert werden.“ Bei den negativen Aspekten wird aufgeführt: Die EU werde als „überreguliert“ wahrgenommen. Und als „schlecht vermarktet“. Obwohl es EU-Abgeordnete aus den Regionen gibt, sei in der Bevölkerung das Gefühl verbreitet, man wisse zu wenig über die EU, wird angemerkt.

Ein leidenschaftlicher Europäer

Elmar Brok tritt als leidenschaftlicher Europäer auf. Der CDU-Politiker war fast 40 Jahre Mitglied des Europäischen Parlaments und unter anderem Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten. Mit 78 Jahren lässt ihn das Thema noch immer nicht los. 2024 hat Brok das Buch „Verspielt Europa nicht!“ veröffentlicht, aus dem er am Abend in der Chemnitzer Universitätsbibliothek lesen wird. Vorher, bei der Debatte im Büro der Landeszentrale, ist Brok schnell bei den akuten Bedrohungen auf der Welt – und der Rolle der EU. Er habe den Eindruck, „dass der Nutzen und die Notwendigkeit Europas“ in vielen deutschen Debatten zu wenig stattfindet. „Die EU wird als selbstverständlich hingenommen und, wenn dann wird sie als Bürokratiemonster dargestellt, mal vereinfacht dargestellt“, das störe ihn. Dabei sei die EU wichtiger denn je, angesichts der Bedrohung durch autoritäre Bestrebungen wie von Donald Trump in den USA, Wladimir Putin in Russland und Xi Jinping in China. Diese Mächte wollen „die EU zerschlagen“, sagt Brok. „Wir haben nur Gewicht, wenn wir die Summe Europas nehmen und nicht die einzelnen Teile.“

Es geht auch um die mögliche Abwehr von Gefahren, um die Verteidigung von Europa und die Kapazitäten dafür. Eine Schwäche sei, dass es zu wenig starke Europa-Politiker gebe, sagt ein Mann. „Ich habe aktuell vor der Weltlage Angst. Es kommt bei den Menschen nicht an, wofür Europa steht. Wir denken an die Gurke, an Überregulierung, aber nicht an Verteidigung.“ Das bemängelt auch Brok und sieht Aufgaben für den Staatenbund. Bei diversen Themen würden viele Länder noch zu sehr an ihre eigenen Interessen denken.

Stichwort Verteidigung: „Wir haben 160 Waffensysteme in der EU, die Amerikaner haben 30“, sagt er. Das laufe zu ineffizient, stattdessen sollte man solche Dinge in der EU einheitlicher regeln, auch um Geld zu sparen. Ein anderer Punkt: Steuersysteme. „Man muss nicht alles harmonisieren in der EU“, findet Brok, aber es brauche Regeln, um Steuerschlupflöcher in EU-Ländern wie Irland abzuschaffen. Oasen, die auch Tech-Oligarchen aus den USA und anderen Ländern für ihre Unternehmen nutzen.

Argumente für den nächsten Stammtisch

Zum Schluss wird um Diskussionshilfen in Sachen Europa gebeten. Er würde gern einige Argumente bekommen, die er beim nächsten Stammtisch anbringen könne, um Europa zu verteidigen, sagt ein Unternehmer aus dem Erzgebirge. In seiner Region seien viele Menschen anti-europäisch eingestellt, er brauche Hilfe beim Debattieren. Er fordert: einige knapp formulierte „Argumente, die jeder versteht, damit Europa nicht kaputtgemacht wird“.

Elmar Brok zählt auf: Da sei der Wert des europäischen Binnenmarkts. Europa sei nicht besonders reich an Rohstoffen, aber immer noch eine starke Handelsmacht. „Wenn man aus dem europäischen Binnenmarkt herausgeht, wäre das das Ende“, sagt er. Es gebe viele Projekte, die von der EU finanziell gefördert werden, auch in Chemnitz und im Erzgebirge. Man sollte daran denken, was passiert, wenn ein Land die EU verlässt wie Großbritannien vor einigen Jahren. Die Lage habe sich dort nicht verbessert, sagt Brok, laut aktuellen Umfragen im Land stehe die Mehrheit nicht mehr hinter dem Brexit.

Er betont noch ein Argument: Europa als Friedensprojekt. „Meine Generation ist die glücklichste seit



Hermann dem Cherusker“, sagt Elmar Brok. Die Menschen in Ostdeutschland seien „ein bisschen später drangekommen“, erst nach dem Mauerfall, aber im Großen und Ganzen sollte man die aktuelle Lage mehr wertschätzen. „Wir haben eine Situation, die wenig vergleichbar ist mit anderen Epochen, wenn man an Wohlstand und Frieden denkt.“ Man müsse kämpfen für Demokratie. „Wir sind in einer völlig neuen Zeitrechnung seit Trumps Antritt im Januar.“

Die aktuellen Bedrohungen müssten auch als Wendepunkt für Europa begriffen werden. „So viele Argumente für Europa hatten wir doch noch nie“, sagt Brok.

Es gibt viele Argumente für die EU, aber das wichtigste für Elmar Brok ist Europa als Friedensprojekt: „Meine Generation ist die glücklichste seit Hermann dem Cherusker.“



„Grönland wird nicht amerikanisch werden, aber es wird weniger dänisch“

Interview Yannic Walther

Für manche mag Grönland nur ein weißer Fleck auf der Landkarte sein – nicht für Donald Trump. Im Februar sagte der US-Präsident, früher oder später werde Grönland Teil der USA werden. Grönland-Expertin Birgit Stöber von der Business & Law School in Berlin erklärte im SLpB-Blog und bei acht Veranstaltungen, wie ernst Trumps Drohung zu nehmen ist, und wie die Bevölkerung ihrem Wunsch nach Unabhängigkeit näher kommen kann.

Frau Stöber, warum ist Grönland für die USA von strategischer Bedeutung?

Birgit Stöber: Grönland liegt zentral zwischen Nordamerika sowie dem russischen und chinesischen Einflussraum. Das ist eine wichtige strategische Position, die Grönland bereits im Zweiten Weltkrieg für die USA hatte. Hinzu kommt der Rohstoffreichtum des Landes. Es wird von großen und vielfältigen Vorkommen ausgegangen. Besonders die seltenen Erden stehen derzeit im Fokus, da viele Staaten unabhängiger von China werden wollen. Es geht also sowohl um eine geostrategische Position als auch um Rohstoffe.

Norwegens Militärführung sagte, Trumps Ansprüche seien reine Rhetorik. Zugleich berichtete der dänische Rundfunk Ende August von verdeckten US-Operationen, die die Beziehung zu Dänemark schwächen sollen. Wie ernst meint es Trump?

Man sollte Trumps Ansprüche nicht herunterspielen. Er handelt oft erratisch, die verdeckten Operationen sind aber eine hässliche Form der Einflussnahme – und nicht die erste. Schon länger kursieren Gerüchte über Strohmänner, die in der Hauptstadt Nuuk Immobilien kaufen. Trump ignoriert, dass in Grönland 56.000 Menschen leben, die keine Schachfiguren, sondern stolze Grönländerinnen und Grönländer sind.

Wie reagieren die Grönländer auf Trump?

Die vorgezogenen grönländischen Parlamentswahlen im März waren ein klares Signal: Die Grönländer wollten zeigen, dass sie sich politisch selbst äußern können. Viele betonen, dass sie nach dem Prozess der Loslösung von Dänemark keinesfalls bereit sind, sich erneut einer anderen Macht unterzuordnen.

Panoramablick auf die grönländische Hauptstadt Nuuk. Die wirtschaftliche Zukunft und Unabhängigkeit des Landes sieht man in der Förderung wertvoller Rohstoffe. Foto: IMAGO / imagebroker

Wie verhält sich Dänemark als einstige Kolonialmacht Grönlands?

Einige in Grönland sagen, dass die amerikanische Rhetorik das Gute hat, dass Dänemark sich nun seiner Verantwortung stärker bewusst wird. Jahrzehntlang hat Dänemark eine Aufarbeitung der dänisch-grönländischen Vergangenheit versäumt. Jetzt, unter Premierministerin Mette Frederiksen, nimmt Dänemark eine deutlich aktivere Haltung in der Aussöhnung mit den Grönländern ein.

Was heißt das konkret?

Ein besonders dunkles Kapitel sind die Zwangssterilisationen: In den 1960er- und 70er-Jahren erhielten mehrere Tausend Frauen ohne ihr Wissen unter dänischer Verantwortung Spiralen eingesetzt, um Schwangerschaften zu verhindern. Diese Praxis endete nicht einmal, als das Gesundheitswesen in grönländische Verantwortung übergang. Ende August entschuldigte sich die dänische Premierministerin erstmals offiziell. Viele Betroffene sagen, eine Entschuldigung reicht nicht. Sie fordern auch Entschädigungen.

Der neue grönländische Ministerpräsident Jens-Frederik Nielsen will die Beziehungen zu Dänemark zunächst ausbauen. Trumps Ansprüche weist er zurück. Langfristig setzt er sich aber für die Souveränität Grönlands ein. Wie realistisch ist dieser Weg?

Der Weg zur vollständigen Souveränität ist noch weit und mit vielen Hürden verbunden. Über die Jahr-

zehnte wurden zwar immer mehr Kompetenzen auf die grönländische Regierung übertragen. Außenpolitik, Polizei und Justiz liegen aber weiterhin bei Dänemark. Gerade im Rechtswesen könnte es künftig mehr Eigenständigkeit geben. Dafür braucht es jedoch gut ausgebildete Grönländerinnen und Grönländer. Die fehlen auch in anderen Bereichen. In der Stadt Sisimiut, in der ich kürzlich war, gibt es keine Anästhesisten, sodass größere Operationen nach Nuuk oder Dänemark verlegt werden müssen. Das zeigt, dass Grönland noch lange Unterstützung braucht, bevor es auf eigenen Beinen stehen kann.

Kann Grönland ökonomisch überhaupt auf eigenen Beinen stehen?

Grönland erhält jährlich rund 550 Millionen Euro aus Dänemark. Eigene Rohstoffe könnten Unabhängigkeit bringen, doch bislang blockieren das Eis und die fehlende Infrastruktur den Abbau. Zwar nimmt die Zahl der Touristen zu, doch sind die Kapazitäten im Hotelwesen und Flugverkehr trotz Neueröffnung des Flughafens in Nuuk begrenzt. Flughäfen funktionieren teils schlecht, das liegt zum einen am Wetter, zum anderen aber auch an den Grönländern selbst.

Inwiefern?

Gerade der Flughafen in der Hauptstadt hat hart zu kämpfen mit der Personalsituation. Obwohl die Beschäftigten einen Vertrag haben, erscheinen sie manchmal einfach nicht. Viele in Grönland räumen selbst ein, dass an einigen Stellen die

Die 56.000 Grönländerinnen und Grönländer sind keine Schachfiguren. Über 1.000 von ihnen protestierten am 15. März 2025 in Nuuk gegen Trumps Übernahmepläne.
Foto: IMAGO / Anadolu Agency





Aktuell basiert die grönländische Wirtschaft auf dem Fischfang, der über 95 % der Exporte ausmacht. Foto: IMAGO / TT

Arbeitsmotivation angepasst werden müsste, um bestimmte grönländische Wünsche auch selbst umsetzen zu können.

Gibt es innerhalb Grönlands auch unterschiedliche Visionen für die Zukunft des Landes?

Eine zentrale Frage im Land ist: Wer darf sich Grönländer nennen? Manche wachsen hier auf, ohne Grönländisch zu lernen, andere weigern sich konsequent, Dänisch zu sprechen, was ihnen wiederum den Weg zu höherer Bildung erschwert. Diese Sprach- und Identitätspolitik reibt das Land gerade ziemlich auf.

Was denken Sie, was kann sich realistisch in den nächsten Jahrzehnten in Grönland verändern?

Wahrscheinlich wird Grönland künftig weniger Eis haben, was neue Möglichkeiten eröffnet, etwa in der Landwirtschaft oder beim Aufbau stabilerer Infrastrukturen. Zudem wird die Gesellschaft vielfältiger: Schon jetzt arbeiten viele Filipinos in unterschiedlichen Funktionen, was die Gemeinschaft verändert. Auch

Englisch gewinnt an Bedeutung, nicht durch amerikanischen Einfluss, sondern weil mehr Nicht-Dänen und Nicht-Grönländer hinzukommen.

Und außenpolitisch?

Ich bin mir sicher, Grönland wird nicht amerikanisch, aber es wird wohl etwas weniger dänisch. Diesen Weg wünsche ich auch der grönländischen Bevölkerung. Gleichzeitig gibt es noch viele Hürden und Einflüsse, durch die sie sich bis dahin navigieren müssen.

Birgit Stöber kennt Dänemarks Verhältnis zu Grönland aus jahrelanger Tätigkeit in Wissenschaft, Journalismus und Diplomatie. Heute lehrt sie als Professorin an der Business & Law School in Berlin. Zuvor berichtete sie unter anderem für die Berliner Zeitung aus Kopenhagen, promovierte über dänisch-schwedische Medienkooperationen an der Universität Kopenhagen, lehrte an der Copenhagen Business School und verantwortete die Pressearbeit der Königlich Dänischen Botschaft in Berlin.

Babiš zurück an der Macht

Von Yannic Walther

Nach der tschechischen Parlamentswahl Anfang Oktober 2025 konnte der umstrittene Unternehmer und ANO-Politiker Andrej Babiš eine neue Regierung im Nachbarland bilden. Wenige Tage nach der Wahl diskutierten Tschechien-Experten bei einer Podiumsdiskussion in Dresden die Folgen des Wahlergebnisses für das Land und die internationale Zusammenarbeit.

Die Parlamentswahlen am ersten Oktoberwochenende haben das politische Kräfteverhältnis in Tschechien deutlich verschoben. Babiš' Partei ANO (deutsch: ja) ging mit rund 35 Prozent der Stimmen als klare Siegerin hervor und dürfte gemeinsam mit den beiden rechten Parteien Svoboda a přímá demokracie (SPD, deutsch: Freiheit und direkte Demokratie) und Motoristé sobě (AUTO, deutsch: Autofahrer unter sich) die bisherige liberale Regierung von Petr Fiala ablösen. Überraschend kam der Erfolg nicht. „Den Sieg von Babiš hat man schon vor vier Jahren erwartet“, sagte die Prager Politikwissenschaftlerin Zuzana Lizcová bei einer Podiumsdiskussion der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

Petr Kolář, stellvertretender Chefredakteur der MF Dnes, erklärte den erneuten Erfolg mit Babiš' Fähigkeit, Wähler aus unterschiedlichen Lagern zu mobilisieren. Sowohl Sozialdemokraten als auch die rechte SPD hätten Stimmen verloren, während das liberal-konservative Bündnis Spolu unter Ministerpräsident Petr Fiala rund vier Prozentpunkte einbüßte – und damit auch die Chance, erneut eine Regierung zu bilden.

„Babiš hat allen alles versprochen“

Inflation, Corona-Pandemie und die Energiekrise: Die amtierende Regierung Fiala stand vor ähnlichen Herausforderungen wie die deutsche Ampelkoalition,

sagte Maik Herold, Politikwissenschaftler an der TU Dresden. „Der Unterschied ist: In Tschechien ist es immerhin gelungen, die Regierung bis zum Ende zusammenzuhalten.“

Doch der Rückhalt reichte nicht. Ob Renten, Energiepreise oder Steuern – viele Themen boten Babiš im Wahlkampf Angriffsfläche. Fiala hatte vor der Wahl 2021 Steuersenkungen versprochen, am Ende aber die Grundstückssteuer erhöht und sich lange gegen einen Preisdeckel für Energie gewehrt. Babiš hingegen habe „allen alles versprochen, wie immer“, so Journalist Kolář.

Ob das Populismus ist, blieb auf dem Podium der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung umstritten. Lizcová sah in der stark auf Babiš zugeschnittenen ANO-Partei typische populistische Züge. Patrik Eichler, Direktor der Masaryk-Demokratischen Akademie, warnte hingegen vor einer Spaltung in ein demokratisches und populistisches Lager. Eine solche Einteilung erschwere den politischen Diskurs, sagte er. Zumal der Wahlkampf ohnehin stark emotionalisiert gewesen sei.

Ein junges Parteiensystem

Nachdem bereits 2021 keine linke Partei ins Parlament eingezogen war, scheiterten linke Parteien auch bei der diesjährigen Wahl. In den Zuschauerfragen der Podiumsdiskussion ging es auch um die Bedeutung dieses Fehlens für den politischen Diskurs in Tschechien. Eichler sprach von einer „Erschöpfung“ linker Themen seit dem Ende des Sozialismus. Ohne linke Parteien im Parlament würden sozialpolitische Konflikte aber ausgespart bleiben.

Journalist Kolář widersprach: Auch ANO vertrete klassische linke Positionen, und mit den Piraten hätte eine grün-linke Kraft seit der vergangenen Wahl noch einmal Stimmen zulegen können. „Die alte Aufteilung in links

und rechts, wie wir sie in den 90er-Jahren kannten, ist heute verschwunden. Heute dominieren kulturelle Themen die Debatte“, sagte er.

Die tschechische Parteienlandschaft hat sich seit der Samtenen Revolution 1989 stark verändert. Nur zwei der heutigen Parlamentsparteien wurden vor 2004 gegründet. Auch Babiš' oft als populistisch beschriebene ANO entstand erst 2012 aus einer Bürgerbewegung gegen Korruption und die „politische Elite“. Nach einer ersten Regierungsbeteiligung 2013 mit Babiš als Finanzminister führte sie nach der Wahl 2017 bereits einmal die Regierung an. Die Partei ist dabei eng mit ihrem Gründer verknüpft. Der Milliardär Babiš, einer der reichsten Tschechen, hat im Agrar- und Chemie-sektor ein Firmenimperium aufgebaut. Gegen ihn läuft derzeit ein Ermittlungsverfahren wegen Betrugs mit EU-Subventionen für ein Ferienresort.

Koalition mit den Rechten

Auch um eine Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität zu verhindern, sei Babiš auf eine Koalition mit der rechtsextremen SPD und der AUTO-Partei angewiesen, sagte Lizcová. Die AUTO-Partei ist erstmals in das Parlament eingezogen. Sie vertritt wirtschaftsliberale und wertkonservative Inhalte und versteht sich als Stimme der Autofahrer. Bereits am Wahlabend hatte Babiš angekündigt, mit beiden Parteien verhandeln zu wollen. Eine Woche später kursierten erste Namen für Ministerposten.

Für Aufsehen sorgte die mögliche Nominierung des ehemaligen Rennfahrers und Ehrenvorsitzender der AUTO-Partei, Filip Turek, als Außenminister. In Beiträgen in sozialen Medien, die ihm zugeschrieben werden, soll er sich rassistisch und sexistisch geäußert haben. Unter anderem soll Turek den ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama mit dem N-Wort bezeichnet haben. „Turek wird auf keinen Fall Außenminister sein“, ist sich die Politikwissenschaftlerin Lizcová sicher. Wahrscheinlicher sei ein anderer Posten, etwa als stellvertretender Parlamentsvorsitzender.

Auch rechtsextreme Minister aus der SPD werden voraussichtlich nicht der neuen tschechischen Regierung angehören. Die SPD wolle auf eigene Minister verzichten und Fachleute vorschlagen. Diese würden letztlich von Babiš ausgewählt werden, erklärte Journalist Kolář. „Das ist der SPD ganz recht – so kann sie sich weiter als Opposition inszenieren.“



Begrüßt wurden die Gäste von Tobias Kley, Brücke/Most-Stiftung und Nora Sandner, EUROPE DIRECT Dresden.

Fotos: Peter R. Fischer



Die Moderation der Veranstaltung übernahm Josefina Ofner, Leiterin des Verbindungsbüros Prag sowie Ivo Vacík, Referent für Europa und Internationales, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (jeweils ganz außen).

„Tschechien wird nicht die EU oder NATO verlassen“

Nicht nur personell, auch inhaltlich dürfte Babiš die Kontrolle behalten. Zwar forderten SPD und AUTO-Partei im Wahlkampf ein EU-Austrittsreferendum und stellten die Unterstützung für die Ukraine infrage. Doch Kolář zeigte sich überzeugt: „Tschechien wird nicht die EU oder NATO verlassen. Es wird kein Referendum geben – das wird Babiš nicht zulassen.“ Babiš verstehe sich als Europäer. Kolář rechnet aber damit, dass Babiš die Visegrád-Gruppe wiederbeleben werde. Ein Bündnis aus Polen, der Slowakei, Ungarn und Tschechien, das laut Kolář unter Premier Fiala an Bedeutung verloren hat.

Auch in Deutschland werde man genau hinsehen, wie die Zusammenarbeit der neuen Regierung in Tschechien nun verlaufe, sagte der Dresdner Politikwissenschaftler Maik Herold. „Eine Regierung zusammen mit Rechtspopulisten ist auch etwas, das in Ostdeutschland bevorstehen könnte.“

Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Prag, der Brücke/Most-Stiftung und EUROPE DIRECT Dresden durchgeführt.



Hoffen auf das Ende des Putin-Regimes

Von Doreen Reinhard

In Russland verschärfen sich die Repressionen gegen Oppositionelle und Minderheiten immer mehr. Über die Lage im Land ging es am 10. Dezember bei der neuen Reihe: „Was uns verbindet: Menschenrechte weltweit.“ Die Veranstaltung war an einem besonderen Ort, in der Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden. Wo Wladimir Putin früher als KGB-Agent gefeiert hat und später das Ende der DDR miterlebt hat. Zu Gast waren auch Oppositionelle aus Russland, die hoffen, dass eines Tages auch das System Putin zusammenbricht.

Der 10. Dezember ist ein besonderer Tag: „Internationaler Tag der Menschenrechte“. Die Vereinten Nationen erinnern an diesem Tag an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und daran, dass diese Rechte weltweit verletzt werden. Zu diesem Anlass gebe es auch in Russland Veranstaltungen, aber derartige Inszenierungen könne man längst nicht mehr ernst nehmen, sagt die Politikwissenschaftlerin

Ekaterina Schulman. Zu verlogen seien die beteiligten Gremien in Russland heute, besetzt seien sie vor allem mit „Denunzianten“. „Man kann sich das nicht mehr anschauen, ohne angewidert zu sein“, sagt Schulman. Sie kommt aus Russland, inzwischen lebt sie in Deutschland. Ihre Heimat hat sie verlassen, wie viele andere Menschen, die unter dem Regime von Wladimir Putin nicht mehr sicher leben und arbeiten können.

Sie sei froh, an diesem Tag in Dresden sprechen zu können, sagt Ekaterina Schulman, über die aktuelle Lage in Russland und die Verletzung von Menschenrechten dort. Die Veranstaltung ist Auftakt der Reihe: „Was uns verbindet: Menschenrechte weltweit“. Beim ersten Teil liegt der Fokus auf Russland. Veranstaltungen zu weiteren Ländern, in denen Menschenrechte verletzt werden, sollen folgen. Der Abend ist eine Kooperation der Landeszentrale für politische Bildung, der Gedenkstätte Bautzner Straße und des Vereins Russischsprachige Demokratinnen und Demokraten Sachsen.

Links oben: „Das Regime in Russland stützt sich auf Persönlichkeiten und Verbindungen. ... Aber die Erfahrung aus der Geschichte ist, dass solche Regimes selten ihre Anführer überleben.“ sagt Ekaterina Schulman (re.) zur Zukunft Russlands. Links Olga Romanowa und Moderator Alexander Thamm. Fotos: Oliver Killig

Links unten: Im Festsaal der Dresdner Stasi-Gedenkstätte feierten KGB- und Stasi-Funktionäre, unter ihnen in denn 1980er Jahren KGB-Agent Putin. Heute sprechen hier russische Menschenrechtlerinnen.

Putin ist quasi mit im Raum

„In den 90er-Jahren war Aufbruchstimmung. Man dachte, es wird besser, was die Einhaltung der Menschenrechte angeht“, sagt Henry Krause, Vorsitzender des Trägervereins der Gedenkstätte Bautzner Straße zur Begrüßung. „Aber nach der Jahrtausendwende änderte sich das. Man hörte zunehmend von Menschenrechtsverletzungen aus vielen Ländern.“ In den vergangenen Jahren habe sich das stetig verschärft. „Die drei Kooperationspartner empfinden eine besondere Verantwortung für die Menschenrechte, für die Freiheit“, sagt Krause, deshalb habe man diesen Abend organisiert.

Die Diskussion findet an einem ebenfalls besonderen Ort statt: im Festsaal der Dresdner Stasi-Gedenkstätte. Wladimir Putin ist quasi mit im Raum. Von 1985 bis 1990 hat er in Dresden als KGB-Agent gearbeitet, in einer Villa gegenüber auf der anderen Straßenseite. Putin war damals auch in diesem Saal, KGB-Agenten und Stasi-Funktionäre haben hier 1987 beim „Ball der Waffenbrüderschaft“ zusammen gefeiert. Putin bekam damals sogar einen Orden überreicht. Fotos und Dokumente aus dieser Zeit sind auf einem Tisch

im Saal ausgestellt, Erinnerungen an die Allianzen früher. Und daran, wo die Karriere des Machthabers Putin begonnen hat. An diesem Ort hat Putin aber auch eine der größten politischen Niederlagen seines Lebens miterlebt: den Zusammenbruch der DDR. Menschen aus Zivilgesellschaft und Bürgerrechtsbewegungen haben 1989 dieses Haus, die damalige Dresdner Stasi-Zentrale, gestürmt. Es ist unklar, ob Putin selbst in jenem Moment in der Menschenmenge war. Aber sicher ist, beim Zusammenbruch der DDR war er dabei. Es gehört zu den Erfahrungen, die ihn ebenfalls geprägt haben: Dass Menschen ein System auch stürzen können.

An diesem Abend hoffen in dem Dresdner Saal viele, dass das Regime von Putin in Russland eines Tages zusammenbrechen wird. Das Interesse an der Veranstaltung ist groß, über 120 Menschen sind gekommen. Im Publikum sind interessierte Zuhörer aus Sachsen. Auch Menschen aus Russland sind darunter, teils leben sie schon lange in Dresden und Umgebung, teils sind sie nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine aus Russland geflohen.

Oppositionelle und Minderheiten als Feindbilder

In einem Impulsreferat analysiert die Politikwissenschaftlerin Ekaterina Schulman die aktuelle Lage aus ihrer Sicht. Russland sei noch keine totalitäre Diktatur, sondern bewege sich im Spektrum eines autoritären Staats, wenn es um die Einhaltung von Menschenrechten geht, so schätzt sie es ein. „Der Hauptunterschied ist, dass es in totalitären Regimen Repressionen für etwas gibt, was Menschen sind. In autoritären Regimes für etwas, was Menschen tun.“ In Russland seien aktuell vor allem Oppositionelle und Minderheiten Feindbilder. Und: „Die Repressionen nehmen zu.“ Der russische Machtapparat habe im Land Gesetze geschaffen, in diesem Spektrum bewege sich das Regime größtenteils. „Aber es gibt Ausnahmen: Das betrifft die von Russland okkupierten Gebiete in der Ukraine und die Aktivitäten des russischen Geheimdienstes FSB“, sagt Schulman. „Das sind Zonen, wo Menschen spurlos verschwinden.“ Da gebe es keine Einhaltung von Rechten.

Auf dem Podium sitzt auch Olga Romanowa. Sie ist Journalistin und Leiterin der NGO Russland hinter Gittern, die Organisation engagiert sich für Häftlinge, darunter politische Gefangene in russischen Haft-

anstalten und Straflagern. Auch Romanowa ist nach Deutschland emigriert und arbeitet seither mit weiteren Helfern von hier. Wie würde sie das Lebensgefühl in Russland gerade beschreiben, fragt sie Moderator Alexander Thamm. „Das erste Wort, das mir einfällt, ist: Angst, sogar Panik, wenn ich mir die Nachrichten von Helfern anschau, die Gefangene unterstützen“, antwortet sie, so schlimm seien die Schicksale vieler Gefangener, die Zustände in Lagern. In Russland wurde die NGO als „unerwünschte Organisation“ eingestuft, die Bedingungen ihrer Arbeit seien sehr schwierig. Es müsse viel auf die Sicherheit von Beteiligten geachtet werden. Aber: Die Arbeit geht weiter. „Weil das eine Hoffnung für die Menschen ist, die dort gefangen gehalten werden“, sagt Romanowa.

Viele Gegner des Putin-Regimes sind aus Russland emigriert, andere sind geblieben und machen ihre Arbeit im Land weiter, konspirativ, unter prekären Bedingungen. Wie viel Opposition ist in Russland noch möglich? Die Arbeit der NGO sei auch eine Art von Opposition, sagt Olga Romanowa. „Menschen sehen die Möglichkeit etwas zu machen, auch unter diesen Bedingungen.“



Henry Krause, Vorsitzender des Trägervereins der Gedenkstätte Bautzner Straße, begrüßt zum Auftakt der Reihe: „Was uns verbindet: Menschenrechte weltweit“



Ekaterina Schulman beschreibt die aktuelle Menschenrechtslage in Russland: „Die Repressionen nehmen zu“ und es gibt „Zonen, wo Menschen spurlos verschwinden.“

Der Moderator erinnert an den Ort, an dem man hier sitzt. Der Ort, wo Putin früher auch war. Aber auch ein wichtiger historischer Punkt, an dem man sehen konnte, wie ein System, die DDR, zerstört wurde. „Wie sehen Sie die Wahrscheinlichkeiten, dass das System Putin auch kaputtgeht?“ Bei den aktuellen „Friedensverhandlungen“, in denen vor allem Trump und Putin sowie ihre Unterhändler dominieren, sehen beide Frauen bisher keine großen Anzeichen, dass diese einen Waffenstillstand und einen nachhaltigen, gerechten Frieden bringen werden. Aber eines Tages wird das System Putin zusammenbrechen, das hoffen sie. „Das Regime in Russland stützt sich auf Persönlichkeiten und Verbindungen, das verschafft ihm Stärke“, sagt Ekaterina Schulman. Man sehe am Assad-Regime in Syrien, dass solch ein Regime auch schnell fallen könne. Die Prognose für Russland sei schwierig. „Aber die Erfahrung aus der Geschichte ist, dass solche Regimes selten ihre Anführer überleben.“

Am Ende will der Moderator wissen: Was kann Deutschland tun, um die Arbeit zu unterstützen. Die Antwort von Olga Romanowa kommt schnell: „Geben Sie der Ukraine Waffen“, sagt sie. Und sie erinnert daran, dass man auch kleine Dinge tun könne. Briefe an Gefangene in russischen Haftanstalten schreiben zum Beispiel.

Das könne man auch von Deutschland aus machen. Für die Häftlinge in Russland sei es wichtig, nicht vergessen zu werden.

Mit Verweis auf diese Veranstaltung wurde die NGO Russischsprachige Demokratinnen und Demokraten e. V. von der Russischen Generalstaatsanwaltschaft als „unerwünschte Organisation“ eingestuft. Zur Begründung erklärte der Pressedienst der Russischen Generalstaatsanwaltschaft: „Trotz der erklärten Förderung demokratischer Werte handelt es sich tatsächlich um eine antirussische Struktur, die darauf abzielt, Vertreter der sogenannten Welle der demokratischen Auswanderung aus Russland zu konsolidieren... [und] die russischsprachige Diaspora in Sachsen ideologisch zu indoktrinieren.“ Zudem würde RDD die russische Führung diskreditieren.

Die SLpB hat mit Bestürzung diese Einstufung von RDD als „unerwünschte Organisation“ zur Kenntnis genommen. Die SLpB unterstützt die wichtige Arbeit von RDD. Der Verein bietet in Sachsen wichtige Informationsangebote zur aktuellen Lage in Russland. Mit seinem zivilgesellschaftlichen Engagement baut RDD eine wichtige Brücke zu demokratischen Akteuren in der russischen Gesellschaft.



Der fanatisch verlängerte Krieg

Von Michael Bartsch

► **Eine Radtour durch den Schluckenauer Zipfel und die deutschen Nachbarorte erinnerte an die letzten Kriegswochen 1945, fanatische Durchhaltebefehle und die Folgen der Vertreibung.**

Diese Radtour glich in mehrfacher Hinsicht einer Fahrt in die Vergangenheit. Mit dem 11. Mai lag der Termin genau 80 Jahre und drei Tage nach der Kapitulation des „Dritten Reiches“ 1945. Der 11. Mai war damals der erste Friedenstag im äußersten Norden des Schluckenauer Zipfels, wo zunächst weitergekämpft wurde. Die Tour verfolgte aber auch die Spuren ehemals blühender Ortschaften, die entweder verschwunden oder stark geschrumpft sind. Sie war zugleich eine sehr gegenwärtige in diesen unfriedlichen Zeiten, indem sie an die jahrzehntelang nachwirkenden brutalen Folgen von Hass und Krieg erinnerte. Mit der heiteren Mischung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigte sie zugleich die Kräfte der Akzeptanz und Verständigung zwischen Nachbarn auf, die Leid und gegenseitigen Verletzungen vorbeugen.

Leicht überwindbare Sprachgrenzen

Es klang deshalb angenehm doppeldeutig, wenn es zur Begrüßung am Bahnhof von Šluknov hieß: „Zuerst müssen wir klären, dass wir einander verstehen!“ Petra Zahradníčková sprach so für den Mit-Veranstalter Hillersche Villa, ein soziokulturelles Zentrum in Zittau und im Dreiländereck. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung war auf dieser vierten Tour im Grenzgebiet zum dritten Mal ihre Kooperationspartnerin.

Gemeint hatte Frau Zahradnickova natürlich die Verständigung über unterschiedliche Muttersprachen hinweg. Eine erste „Volkszählung“ am Bahnhof unter

den rund 45 Teilnehmern ergab eine klare Zweidrittelmehrheit für die tschechischen Teilnehmer. Nur zwei sprachen Polnisch und bekamen ihren Privatdolmetscher. Ins Deutsche wurde per Mobilempfänger simultan übersetzt. Denn der Reiseführer durch die Region und durch die letzten Kriegstage Radek Andonov ist ein Tscheche. Seine Ankündigung als Historiker dementierte er gleich zu Beginn. Eigentlich gelernter Elektrotechniker, hat er sich nur gründlich mit der Regionalgeschichte im 20. Jahrhundert befasst und engagiert sich in einem Heimatverein.

Kinder waren nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich willkommen. Die fünf oder sechs „Kleinen“ dankten es mit vorbildlichem Einsatz und bildeten meistens die Spitzengruppe. Aber auch der Durchschnitt der langgezogenen Radlergruppe erwies sich als sportlich. Ein einziges Rad versteckte einen modischen Akku.

Landschaftszauber und patriotischer Heimatstolz

Das nötigt umso mehr Respekt ab, als die 40 Kilometer durch hügeliges Gelände mit Steigungen bis zu zehn Prozent führten. Etwa 500 Höhenmeter waren zu bewältigen. Die Soldaten der im April 1945 heranrückenden Zweiten Polnischen Armee, um die es bei dieser Exkursion vor allem ging, sollen diese Wellen oberhalb des Böhmisches Beckens und unterhalb des Lausitzer Berglandes auf Höhen zwischen 300 und 500 Metern schon als Gebirge wahrgenommen haben. Sogar eine Sprungschanze wartet auf zurückkehrende Winter.

Der inspirierenden, ja idyllischen Landschaft ohne Schrofheiten konnten die historischen Brüche nichts

Links: Die Gruppe hält an der Grenze mit ihren Rädern.



Mit dabei: eine Person in Uniform der damaligen 2. Polnischen Armee und begleitete die Tour bis Lobendava auf einem historischen Fahrrad.

anhaben. „Eine der schönsten Regionen Deutschlands“, schwärmt denn auch Teilnehmer Hartmut Anders aus Kirschau. Er lobt aber auch die selbstverständlich praktizierte Nachbarschaft, nicht nur beim günstigeren Tanken für tschechische Kronen. Anders spricht aber auch von einer spürbaren Verslossenheit des Menschenschlags hier, verglichen etwa mit der offeneren Atmosphäre in Prag. Mit einem sich nur langsam entwickelnden Tourismus seit dem EU-Beitritt Tschechiens 2004 könnte sich das ändern. Von einem „großen Zauber“ der Region spricht Reiseführer Andonov. Die Radwege auf tschechischer Seite können jedenfalls schon als zauberhaft gelten und beschämen manche Buckelpiste in Sachsen.

Traditionalismus und Patriotismus begegnet einem vor allem auf deutscher Seite, wenn man von Sohland nach Šluknov anradelt. „Gottes Segen und des Bauern Hand / schützen Volk und Vaterland“, steht auf einem Banner. Auf der Tour stößt die Gruppe in Wehrsdorf dann auf einen beinahe anachronistisch anmutenden Umzug zur Erinnerung an 300 Jahre Kirchweihe. Zuvor liefen die frommen Dorfbewohner über den Kirchsteig hinüber nach Lipová, damals Hainspach.

Auffallend gut gepflegt sind auch auf der tschechischen Seite Mahn- und Gedenksteine an die deutschen Gefallenen des Ersten Weltkrieges. Relativ gut erhalten zeigen sich Familiengräber auf den Friedhöfen. Kurz hinter der Grenze steht am Radweg nach Lobendava, früher Lobendau, ohne Spuren tschechischen Protestes ein dunkler Gedenkstein „an die Vertreibung der Sudetendeutschen“. „Die Toten mahnen“, heißt es am Fuß, und der profunde Regionalhistoriker Radek Andonov weist an den zahlreichen Haltepunkten der Tour wiederholt auf die Verbrechen beider Seiten hin. Richtung Lobendava fällt an einem tschechisch bewohnten Haus sogar ein kunstvoll gefertigtes und wohlgepflegtes Schild „Schmiede“ auf. In der bemerkenswerten Kirche hängt unverändert ein Banner des „Ostergängervereins Lobendau“.

Hitler als „Erlöser“ der Sudetendeutschen

Alle Fahrtteilnehmer wissen, dass tolerante Nachbarschaft hier überhaupt nicht selbstverständlich war. Die Erzählungen von Radek Andonov illustrierten darüber hinaus den besonderen Anlass dieser Tour, nämlich daran zu erinnern, wie verbissen noch in den letzten Kriegstagen und darüber hinaus um Rückzugswegen für die Reste der Wehrmacht und für deutsche Flüchtlinge gekämpft wurde.

Der Hobbyhistoriker greift dabei auf die Prägungen der Region durch die Österreich-Ungarische Monarchie zurück. Der Schluckenauer Zipfel galt als Schmiede, als Zentrum der Metallbearbeitung und der Textilindustrie. Bis zu fünftausend Firmen soll es gegeben haben. Umso härter traf sie die Weltwirtschaftskrise nach 1929, und umso größer war dann die Bereitschaft der Sudetendeutschen, Hitler zu wählen und ihm nach der Annexion 1938 zuzujubeln. „Sie haben in ihm den Erlöser gesehen.“ Andonov berichtet von einem Deutschenanteil von 95 bis 98 Prozent in den Dörfern, von solchen, in denen gerade ein einziger Tscheche anzutreffen war, und nur in Städten wie Liberec oder Česká Lípa stellten sie 10-15 Prozent der Einwohner.

Verbrechen in einem aussichtslosen Krieg

Wie der von den Deutschen begonnene Krieg auf sie selbst zurückfallen würde, deutete sich am 13. Februar 1945 an. Bis hierher soll der Feuerschein des brennenden, etwa 60 km Luftlinie entfernten Dresden zu sehen gewesen sein. Asche und Papierfetzen flogen bis in den Schluckenauer Zipfel.

Militärisch greifbar wurde die drohende Niederlage dann nicht nur durch den Vormarsch der Roten Armee. 1944 war in Polen eine zweite polnische Armee gebildet worden. Angeblich ein Versuch, Polen durch Kommunisten zu infiltrieren, weil etwa ein Drittel der Führungsfunktionen durch die Rote Armee besetzt wurden. Aber das Gegenteil sei wahr, sagt Radek Andonov. Hier hätten Patrioten und ehemalige Partisanen gegen die Nazis gekämpft. Ein Freund von ihm aus dem Heimatverein erschien in einer Uniform der damaligen 2. Polnischen Armee und begleitete die Tour bis Lobendava auf einem historischen Fahrrad.

Sowjetische und polnische Soldaten stießen zunächst 1945 bis fast nach Dresden vor, schlossen am 19. April die Festung Bautzen ein. Doch in den Tagen bis zum 26. April fällt ihnen die letzte erfolgreiche deutsche Panzeroffensive in der Oberlausitz in den Rücken. Mindestens 5000 Tote und die doppelte Zahl an Verwundeten sind auf polnischer Seite zu beklagen.

Zugleich begehen beide Seiten entsetzliche Kriegsverbrechen. Am 22. April verbrennen in Niederkaina bei Bautzen polnische und sowjetische Soldaten 200 Volkssturmmänner in einer Scheune. Am selben Tag töten in Guttau ebenfalls bei Bautzen Deutsche das medizinische Personal und die Verwundeten eines polnischen Feldlazaretts. Radek Andonov berichtet von der Exhumierung eines Massengrabes mit 104 Leichen erst im Jahre 1961 bei Uhyst, die Hälfte deutsche Deserteure, die übrigen Russen und Polen.

Für die Bewohner der auf der Radtour besichtigten Orte dauerte der Krieg noch etwa zwei Tage länger. Andonov weiß über die Vorgänge speziell um Lobendau viel vom ehemaligen Pfarrer namens Posselt. Am 7. Mai seien die Polen herangerückt. Aber verbissen hätten sich 200 deutsche Männer mit nur zwei Geschützen auf die Verteidigung des Ortes eingerichtet, der schließlich eingeschlossen wurde. Ein Rückzugsweg nach Westen Richtung Dresden und Westalliierte sollte unbedingt freigehalten werden.

Die einfachen deutschen und polnischen Soldaten hatten keine verlässlichen Informationen über den Stand der Entscheidungsschlacht um Berlin. Neben vielen historischen Fotos hatte Radek Andonow auch ein Flugblatt des Großadmirals Karl Dönitz mitgebracht, der nach dem Selbstmord Hitlers am 30. April 1945 die letzte provisorische Reichsregierung führte: „Kapitulation kommt nicht infrage!“ So fielen noch am 8. Mai



In der großen Dorfkirche von Lobendau sind noch immer Einschüsse von damals zu sehen.

in Lobendau 12 Männer, einer am nächsten Tag. In der Gewölbendecke der großen Dorfkirche sind noch Einschüsse zu sehen. Andonow vergleicht mit dem Prager Aufstand und der Befreiung, die „nur“ 30 Tote forderte.

Dramatischer Bevölkerungsschwund

Die Folgen der Vertreibung der Sudetendeutschen und des Gegenhasses auf sie wurden auf dieser Radtour wiederholt augenfällig. Häuser, ja ganze Ortsteile konnte man anhand historischer Fotos nur noch imaginieren. Andonov schätzt, dass in diesem Gebiet nach 1945 zehn oder elf Dörfer komplett abgesiedelt wurden. Severni zählt nur noch ein Viertel der ehemaligen Einwohner. In Lobendau waren es vor dem Krieg 1 600, in besten Zeiten sogar die doppelte Anzahl, worauf die große Kirche noch hindeutet. Heute sind es noch 250. Fugau im äußersten schmalen Nordzipfel des Zipfels ist nicht mehr auffindbar, wurde in den 1950-er Jahren dem Erdboden gleichgemacht. „Es war politisch nicht gewünscht, dass Menschen in Grenznähe leben“, sagt Radek Andonov. Man habe Angst gehabt, dass sich Deutsche hier wieder ansiedeln, die nach kommunistischer Ideologie als „feindliche Elemente“ galten.

Seit mehr als 20 Jahren sind diese ehemaligen Feinde freundliche Mitglieder der Europäischen Union. Bei einer Station der Radtour erläuterte Landeszentralen-Referent für Europa und Internationales Ivo Vacík auf dem großen Spiel- und Rastplatz in Steinigtwolmsdorf anhand eines selbst entwickelten EU-Spiels zentrale Entwicklungen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Ziel war es, eine Brücke von der historischen Situation im Jahr 1945 zur aktuellen Lage zu schlagen.

Die Teilnehmenden hatten die Gelegenheit, markante Ereignisse – beginnend mit der Gründung der Montanunion 1951 bis hin zum Maastricht-Vertrag 1993 – kritisch zu reflektieren. Im deutsch-tschechisch-polnischen Teilnehmerkreis wurden darüber hinaus mehrere aktuellen Thesen der europäischen Sicherheitspolitik kontrovers diskutiert.

Der nachbarschaftlichen Stimmung im Pulk tat das keinerlei Abbruch. Es hätte nur noch die abschließende Einkehr in ein Wirtshaus bei böhmischem Bier gefehlt. Das aber muss man zwischen Šluknov/Schluckenau und Schirgiswalde lange suchen.



Im Programm „Daß ein gutes Deutschland blühe - Wie ein andres gutes Land“ blicken der Schauspieler Roman Knižka und das Ensemble OPUS 45 auf das Nachkriegs-Deutschland, ein Land zwischen Apokalypse und Aufbruch, die Konfrontation der Deutschen mit den Gräueltaten des NS-Regimes und das Schicksal jüdischer KZ-Überlebender. Fotos: Corinna Mehl

Erinnerungskultur und politische Bildung

Von Roland Löffler

📌 **Im Jahr 2025 jährte sich der 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges. Ein wichtiges Datum der internationalen, der europäischen und natürlich auch der deutschen Geschichte.**

Der 8. Mai 1945 beendete nicht nur die Kriegshandlungen, er sorgte – dank der Intervention der Alliierten – auch für die Befreiung vom Nationalsozialismus, eine Leistung, die das deutsche Volk aus eigener Kraft

nicht geschafft und in großen Teilen auch nicht angestrebt hatte. Die Zahl der Widerstandskämpfer war zu klein, ihre Durchschlagskraft zu gering. Mit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges ist auch die Teilung Europas von 1945–1990 verbunden, die auch zum Aufbau zweier deutscher Staaten führte. 2025 brachte auch das 50. Jubiläum der KSZE-Schlussakte von Helsinki, die ein wichtiger Markstein auf dem Weg zu den friedlichen Revolutionen in Ost-Mitteuropa war.

Erinnerungskultur und politisch-historische Bildung

Historische Bildung ist immer eng mit der politischen Bildung verbunden. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung widmete sich deshalb 2025 verschiedenen Aspekten der historischen Erinnerung, wie die folgenden Beiträge beispielhaft erzählen werden. Ein Schreibseminar in Plauen ging sehr präzise und umfänglich dem Kriegsende im Mai 1945 nach.

Roland Löffler hielt zwei Vorträge zur Entwicklung der deutschen Erinnerungskultur in der DDR, der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland. Anlass war die Eröffnung von Gedenktafeln zu den Todesmärschen im Erzgebirge sowie Rahmen der ähnlich gelagerten Waldenburger Ausstellung „Hunger auf Leben. Das Schicksal von 1.100 Jüdinnen und Juden und die Stadt Waldenburg im Kriegsjahr 1945“. Er verwies auf ideologisch je anders geprägte Auseinandersetzungen mit den Jahren 1933-1945. Erst nach 1990 habe sich die Erinnerungskultur nämlich viel breiter als zuvor aufgestellt – sei es in den überarbeiteten Gedenkstättenkonzepten in den neuen Bundesländern, der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Wehrmacht, der Justiz, der Polizei, des Auswärtigen Amtes, privater Unternehmen, die z.B. beim Einsatz und der Ausbeutung von Zwangsarbeitern eine unrühmliche Rolle spielten. Auch einzelne Opfergruppen wie Sinti und Roma oder Homosexuelle erhielten erst in den letzten Jahren eigenständige Gedenkorte in Berlin.

Vielfältige Angebote und Zusammenarbeiten

Mit unterschiedlichen Formaten oder Kooperationen Landeszentrale widmeten sich der Auseinandersetzung mit spezifischen Themen der nationalsozialistischen Herrschaft. Besonders hervorzuheben ist die Kooperation bei Debatten zur in der deutschen Presse sehr positiv wahrgenommenen Sonderausstellung „Nationalsozialismus in Görlitz – 80 Jahre Kriegsende“ der Görlitzer Sammlungen. Fragen des Widerstands gegen die NS- und die DDR-Diktatur, lokalpolitische Erinnerungen, aber auch der Umgang der Bundeswehr und staatlicher Gedenkstätten mit diesem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte wurden Expertenrunden diskutiert.

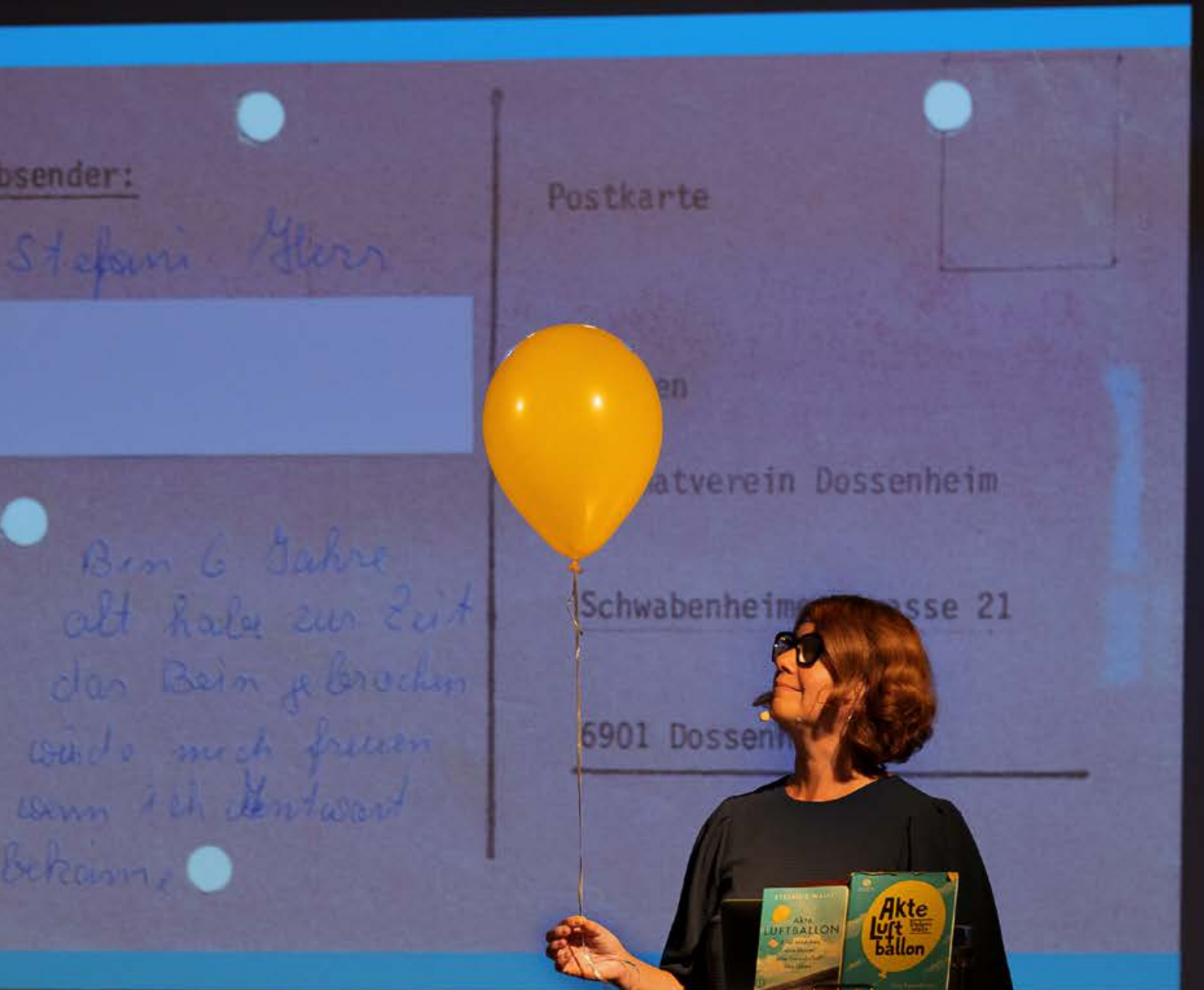
Zusammen mit dem Deutschen Hygiene-Museum Dresden und der Evangelischen Hochschule Dresden lud die Landeszentrale am 13. Mai 2025 zu einer Buchpräsentation und Podiumsdiskussion zur Biopolitik in den 1930er Jahre ein. Zu diesem dunklen Kapitel deutscher Geschichte hatten der Marburger Kirchenhistoriker Prof. Dr. Jochen-Christoph Kaiser und der Berliner Historiker Dr. Uwe Kaminsky nach jahrelanger Forschungstätigkeit eine Quellenedition der Proto-



Roman Knížka liest Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen – von Grauen, Schuld und Verdrängung in den Jahren nach 1945.

kolle des „Ständigen Ausschusses für Rassenhygiene und Rassenpflege“ der Inneren Mission 1931–1938 herausgegeben. Die Edition zeigt deutlich, wie sich seit Anfang der 1930er Jahre auch evangelische Theologinnen und Theologen, Medizinerinnen und Mediziner, Juristen und Juristinnen und Fürsorgekräfte aus diakonischen Einrichtungen mit Fragen der Eugenik (Erbgesundheitslehre) und der Euthanasie (also der Tötung von behinderten oder als sozial minderwertig betrachteten Menschen) auseinandersetzten. Das Deutsche Hygiene-Museum erwies sich daher als passender Ort für diese Buchvorstellung, da es in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus deutschlandweit zu den führenden Einrichtungen zur Verbreitung eugenischen Denkens gehörte.

Das breite Portfolio an historisch-politischen Angeboten rundeten wie in jedem Jahr unsere Studienreisen mit der Polizei nach Mittelbau-Dora sowie mit Schulklassen nach Auschwitz sowie unsere Publikationen zu unterschiedlichen Aspekten wie Antisemitismus, Zweiter Weltkrieg und seine Folgen sowie zur Geschichte des Nationalsozialismus ab.



Warme Mädchenfreundschaft im Kalten Krieg

Von Michael Bartsch

► Zum 35jährigen Jubiläum der Deutschen Wiedervereinigung flankierte eine deutsch-deutsche „Erlebnislesung“ die Begegnung der Landeszentralen von Baden-Württemberg und Sachsen in Chemnitz.

„Omnia vincit amor!“ Dieser lateinische Spruch Vergils von der alles überwindenden Liebe hätte über einem Lese- und Liederabend im Chemnitzer Soziokulturellen Zentrum „Subbotnik“ stehen können. Aus einem Zufallskontakt wächst eine berührende Mädchenfreundschaft und trägt über deutsch-deutsche Grenzen und Jahrzehnte hinweg. Fürwahr eine passende Geschichte am Vorabend des 3. Oktober.

Dem Zufall half die damals sechsjährige Stefanie aus Heidelberg allerdings etwas nach. Einen quietschgelben gasgefüllten Luftballon wollte sie unbedingt haben und schickte ihn am 20. März 1977 auf eine Reise ins Unbekannte, versehen mit ihrer Anschrift. Die daraus erwachsende herzerwärmende Erzählung würde der deutsche Bürokratismus heute wahrscheinlich verhindern, denn in vielen Fällen braucht man für einen Ballonaufstieg eine Genehmigung zur Luftraum-Sondernutzung.

Beginn einer deutsch-deutsche Brieffreundschaft

Es klingt nach einem erfundenen Filmdrehbuch, aber nach drei Tagen landete der Ballon mit seiner Adresskarte tatsächlich und wurde gefunden, und zwar weit hinter dem Eisernen Vorhang auf dem Acker einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft LPG der DDR. Denschütz heißt das winzige Dorf bei Lommatzsch und Meißen. Ein Opa brachte den geheimnisvollen Boten der fernen weiten Welt seiner Enkelin

Anke, ebenfalls sechs Jahre jung. Dank beider Mütter, die zunächst die Post für ihre gerade erst schulpflichtigen Töchter verfassten, entspann sich so eine stabile deutsch-deutsche Brieffreundschaft.

Deren Zustandekommen ist eine hübsche Anekdote, mit Flaschenpost-Abenteuern vergleichbar. Außergewöhnlich aber ist aus Ost-Perspektive Post von Kindern und Schülern auch an unbekannte Partner in Ländern des bösen Klassenfeindes nicht. Im frühen Englischunterricht wurde beispielsweise auch der briefliche Austausch mit Schülern auf der britischen Insel durch die Schule vermittelt – ähnlich wie der übliche mit Kindern in der Sowjetunion.

Wie sich der Austausch zwischen Stefanie und Anke unter deutsch-deutschen nachbarschaftlichen wie feindlichen Aspekten entwickelte, beschreibt Autorin Stefanie Wally im Buch „Akte Luftballon“. Sie tourt mit „Erlebnislesungen“ damit eben auch bis nach Chemnitz, am Klavier begleitet und unterstützt von Paul Taube, einem geborenen Greifswalder.

Pädagogische Herausforderung: deutsch-deutsche Geschichte

Der Chemnitzer Anlass am Vorabend des Tages der deutschen Einheit ist freilich ein besonderer. In den vergangenen Jahren haben die Landeszentralen für Politische Bildung in Baden-Württemberg und

Autorin Stefanie Wally, Fotos: Johanna Baschke

Sachsen ihre Verbindungen und ihren Austausch wiederbelebt, berichtet die für diese Chemnitzer Begegnung verantwortliche Heike Nothnagel. Man könnte darin auch eine Reminiszenz an das Jahr 1990 sehen. Denn die Stuttgarter Zentrale stand Pate beim Aufbau der sächsischen, die quasi als Außenstelle der Baden-Württembergischen in Dresden gegründet wurde.

Geplant war zum 35. Jahrestag des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik anfangs ein gemeinsamer Schülerwettbewerb, verrät Heike Nothnagel. Aber dieses Mittel ist nicht mehr besonders originell, und vor allem besteht große Unsicherheit, wie die Vorgeschichte und die ambivalenten Folgen der staatlichen Einheit den heutigen Heranwachsenden pädagogisch zu vermitteln sind. Darüber wollte man sich erst einmal deutsch-deutsch verständigen. In Stuttgart hatte man schon mit Stefanie Wally zusammengearbeitet, lud sie nach Chemnitz ein. Ihre Performance gestaltete nun den Einstieg in einen dreitägigen Austausch im Projektbüro der Landeszentrale am „Nischel“ und im urig-anarchistischen Chemnitzer „Subbotnik“. Das Soziokulturelle Zentrum steht beispielhaft für ein in Chemnitz häufiger anzutreffendes Milieu, mit dem die Kulturhauptstadt aber bislang auch „the unseen“ war, wie es im Slogan für dieses Kulturjahr heißt. Im Publikum saßen folglich überwiegend Lehrkräfte, elf aus Baden-Württemberg, drei aus Sachsen.

Was als „Brief aus einem fremden Land“ in der Geschichte begann, setzte sich zwischen den beiden Mädchen schon fast ritualisiert fort. Dreimal im Jahr, zum Geburtstag, zu Weihnachten und im Urlaub. Seitens Ankes durchsetzt von Schilderungen „aus einem fremden Land“, die die verschiedenen Lebenswelten offenbaren. Konsum und Intershop für den Kontrast-

Musikalische Exkurse sind weit mehr als zeitgenössisches Sujet.



einkauf, mutmaßliche Postöffnungen durch die Stasi, oder dass man in der DDR kein Mickey-Mouse-T-Shirt tragen durfte. Westpakete, in die keine Bücher oder Schallplatten gepackt werden durften, östlicher Dank dafür mit Stollen und Erzgebirgsschnitzereien.

„Wir waren Freundinnen, Seelenverwandte“

Auch die Eltern schreiben schließlich, Ankes Eltern laden sogar zur Konfirmation in die Lommatzcher Pflege ein. Doch Stefanies Mutter darf als Sekretärin des Bürgermeisters nicht in die DDR einreisen, ihr ultrakonservativer Vater will nicht. Später geht es um existenzielle Laufbahnfragen. Für ein gehobenes Gastrostudiium hätte Anke in die Einheitspartei SED eintreten müssen, wie es zumindest für Führungskräfte der besseren Hotels mit westlichen Gästen in der DDR unabdingbar war.

Nach elf Jahren Wartezeit wird dann noch vor dem Mauerfall eine erste persönliche Begegnung möglich. Stefanies Schulklasse fährt zum Schuljahresabschluss nach Berlin, für einen Tag sogar am 22. Juni 1988 nach Ostberlin. Beide Mädchen erscheinen nicht als renitente Typen, sprechen eher über typische Themen Siebzehnjähriger. „Wir waren Freundinnen, Seelenverwandte“, konstatierten sie danach. Im Herbst 1988, also in der Gorbatschow-Ära, kann Stefanie Anke sogar zu Hause besuchen, vor allem Schloss Moritzburg, denn den dort gedrehten Kultfilm „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“ kannte man auch im Westen.

Solidarität nicht für Andersdenkende

Lange erscheint die Mädchenfreundschaft anrührend offen und ehrlich und nur gestreift von den Auswirkungen des Kalten Krieges und der Systemkonkurrenz. Als gereifte Frau hält sich die Autorin rückblickend im Gespräch zwar für ein „politisiertes Mädchen“. Immerhin trat sie den Jusos bei. Am Buch aber fällt auf, dass ausschließlich die DDR als Problemland erscheint, aus der unbefangenen Sicht eines heranwachsenden Mädchens logischerweise als Verursacherin erzwungener unnatürlicher Distanz. Nicht ansatzweise hinterfragt Stefanie Verhältnisse in ihrer angestammten Bundesrepublik, die aber auch nicht penetrant verklärt oder als das bessere Deutschland dargestellt wird.



Umso stärker wirken gegen Ende die vorgetragenen Passagen von „Wut und Frustration“, die Stefanie nach Ankes verhiertem Studium befielen. Sogar ihre Westkontakte hätte die Freundin abbrechen müssten. Der real existierende Sozialismus sei eben nicht so frei wie behauptet oder sogar von ihr angenommen, empört sich Stefanie nun, die von ihren DDR-Reisen Marx und Engels und das Programm der SED mitbrachte. Solidarität gelte offenbar nicht für Andersdenkende. Für Freundin Anke schmiedete sie schon „naive“ Fluchtpläne aus der DDR, die sich 1989 erledigten. Eine tiefe Enttäuschung für einen erwachenden kritischen Geist, der nunmehr auch hinter die eigenen gewohnten Verhältnisse blickt: „Bei uns zu Hause werden nur die Ellenbogen ausgefahren!“

„Hinterm Horizont geht ´s weiter“

Das trägt Stefanie Wally ohne Attitüden eher schlicht vor, und manchmal singt sie auch gemeinsam mit Pianist Paul Taube. „Über sieben Brücken mußt Du geh ´n“ in den Versionen von Karat und Peter Maffay sogar als deutsch-deutsches Duett. Taube bietet sich mit zahlreichen Anklängen an niveaувollen DDR-Pop

nicht an, knallt dann aber auch das unsägliche „Die Partei, die Partei, die hat immer recht“ von Louis Fürnberg dagegen. Alle finden sich wieder bei Karussell „Als ich fortging“ oder bei „The Wall“ von Pink Floyd. Und alle singen am Schluss bei Udo Lindbergs „Hinterm Horizont geht ´s weiter“ mit.

Es wirkt folgerichtig nach einem Schlussappell, ja einer kleinen Predigt am Ende einer „Lesung im Zeichen von Respekt und Menschlichkeit“, so die Autorin. Sie plädiert für Zuversicht und Zivilcourage und für eine Freiheit, für die man jeden Tag auf- und eintreten müsse. „Wir leben in einem großartigen Land, dass wir nicht wieder Hass und Hetze opfern dürfen!“ Und nationalstaatlichem Kleingeist.

Worauhin Pianist Paul Taube sowohl die Haydn-Melodie des „Liedes der Deutschen“ als auch Beethovens Vertonung von Schillers Ode an die Freude anstimmt. Noch tiefer saß die Pointe eines liebenswürdigen und charmanten Grußvideos, das die Ko-Heldin der Mädchengeschichte Anke selber aufgenommen hatte. Eine passendere Einstimmung auf ihre Wochenendbegegnung konnten sich Lehrerinnen und Lehrer aus BaWü und Sachsen und die Landeszentralen kaum wünschen.

Wie sind Vorgeschichte und Folgen der Deutschen Einheit den heutigen Heranwachsenden pädagogisch zu vermitteln? Deutsch-deutsche pädagogische Diskurse am Rande der Lesung in Chemnitz.



Thomas Bärsch (ZDF-Journalist), Markus Meckel (letzter Außenminister der DDR), Nancy Aris (sächsische SED-Opferbeauftragte) und Laurenz Frenzel (Junge Liberale) debattieren zu 35 Jahre Deutsche Einheit. Moderiert von Roland Löffler (v. li.). Fotos: Oliver Killig

Kein Beitritt auf Augenhöhe

Von Michael Bartsch

📌 **Offen und frei von Beschönigungen debattierte die Landeszentrale am 4. Dezember über das deutsch-deutsche Verhältnis 1989/90 und die Ursachen wieder einsetzender Entfremdung nach 35 Jahren formaler staatlicher Einheit.**

Eine solch niveauvolle Debatte über den schon 35 Jahre währenden deutschen Vereinigungsprozess kann man jederzeit und nicht nur am 3. Oktober führen. Zwei Monate nach dem Feiertagstermin hätte es der Brücke kaum bedurft, die Landeszentralen-Direk-

tor Roland Löffler schlug. Denn auch die Landeszentrale wurde vor 35 Jahren gegründet. Der Anlass führte in diesem Sommer schon die Sachsen und die Pate stehende Partnerzentrale aus Baden-Württemberg in der Kulturhauptstadt Chemnitz zusammen.

Direktor Löffler kehrte mit einem Vergleich dann auch bald zum Hauptthema des Abends im Saal der Landeszentrale zurück. Auch in einer Ehe sei nach 35 Jahren, also zwischen silberner und goldener Hochzeit, nicht mehr alles frisch. Aber sie halte!

Geliefert wie bestellt?

Der Abend mit dem Untertitel „Vom Werden und Wachsen einer demokratischen Gesellschaft“ schlug einen Bogen von den Protesten gegen die Herrschaft der morbiden SED 1989 über das Vereinigungsjahr 1990 bis zu Analysen des deutsch-deutschen Befindens heute. Schon die kritisch formulierte Einladung ließ ahnen, dass dies aber kein Feiertagspodium als Einstimmung auf einen anschließenden Sektempfang werden würde. „Geliefert wie bestellt?“ fragte der Haupttitel. Formulierungen von einem „bisweilen fast überstürzt anmutenden Prozess“ und einer „Wohlstandserwartung“ neben dem Freiheitswillen passen auch im Jahr 35 neuer deutscher Zeitrechnung noch nicht so recht ins Master Narrative. Ein Buffet mit Wein und Schnitzchen bot die ebenfalls Geburtstag feiernde Landeszentrale im Foyer trotzdem.

Markus Meckel als Aktiver und Kritiker des Vereinigungsprozesses

Angesichts der Ambivalenzen und Widersprüche bei der späteren Bewertung der entscheidenden Umbruchsphase erwies es sich als ein guter Griff, mit Markus Meckel den letzten Außenminister der DDR einzuladen. 1952 geboren, darf der Theologe und Pastor uneingeschränkt der DDR-Opposition zugerechnet werden, gründete mit seinem Freund Martin Gutzeit am 40. „Republikgeburtstag“ 7. Oktober 1989 die sozialdemokratische Partei SDP. Zeitzeugen wissen, wie wenig ernst man ihn und andere überzeugungsgeleitete Idealisten im Westen und bei den 2+4-Verhandlungen zur Zukunft Deutschlands nahm.

Meckel sprach in seinem Eingangsstatement sehr persönlich und verbarg seine widersprüchlichen Wahrnehmungen nicht. „Ich treffe eine Menge Menschen, die nicht gerade in Freudenschreie ausbrechen“, beschrieb er seine heutigen Eindrücke. Und doch bleiben für ihn die Jahre 1989/90 eine „Sternstunde der Geschichte“, in der sein unerfüllbar scheinender Wunsch nach dem Leben in einer Demokratie in Erfüllung ging. Trotz der immer lauter werdenden Rufe nach schneller und bedingungsloser Vereinigung beider deutscher Staaten, trotz der Missachtung durch die DDR-Bevölkerung verteidigt Markus Meckel bis heute das Prinzip der Selbstdemokratisierung der DDR-Diktatur, um auf Augenhöhe und als Subjekt mit der Bundesrepublik verhandeln zu können. Zur ersten

freien Volkskammerwahl am 18. März stimmten nur noch 2,9 Prozent für die im Bündnis 90 vereinigten Bürgerrechtler. Eine Tatsache, die in allen Feiertags-Lobreden auf die friedlichen Revolutionäre des Herbstes 1989 beharrlich unterschlagen wird.

„Wir sind die Erfinder des Einigungsvertrages!“

Ja, die deutsche Einheit kam, weil wir es wollten, bestätigt Meckel heute. Aber der damalige Kanzler der Bundesrepublik Helmut Kohl „hat seine Zeichnung in den Köpfen verankert“. Meckel fordert deshalb ein anderes Narrativ. „Wir sind überhaupt nicht respektvoll behandelt worden!“ Noch heute frage ihn ein westdeutscher Student, wie es damals gewesen sei, „als die DDR zu Deutschland kam“. Im Podium bekräftigte er später, dass für ihn nur ein selbstbestimmter demokratischer Weg zur unvermeidlichen Einheit infrage kam. Für Helmut Kohl und die Bundesrepublik offenbar keine Selbstverständlichkeit. „Wir sind die Erfinder des Einigungsvertrages – daran hatten die gar nicht gedacht!“



Er bezeichnet es deshalb als „Katastrophe“, dass kein einziges Buch die ziemlich einseitigen Verhandlungsprozesse damals nachzeichnet. Sorge schwang abschließend bei dem nur wenige Monate amtierenden ehemaligen Außenminister mit, als er mahnte: „Wir brauchen Selbstbewusstsein, auch, um die damals erkämpfte Demokratie zu verteidigen.“

„Man muss sich nicht wundern, dass Menschen das heute nicht als ihre Einheit ansehen“. Nancy Aris, sächsische SED-Opferbeauftragte, zum Prozess der Wiedervereinigung.

Endlich Demokratie, aber nicht unbedingt gleich der Beitritt

Nach der Öffnung der Diskussion ins Publikum brachte ein aus Westdeutschland stammender Gast ebenso unverblümt und ehrlich deren Perspektive ein. „Der Westen war stolz auf sein Grundgesetz und die Entwicklung der Bundesrepublik. Er hatte 1990 auch etwas zu verlieren!“ Das daraus folgende Eingeständnis sprach dann aber niemand mehr aus: Die auf einen schnellen Beitritt drängenden Ostdeutschen haben auch den Westen verunsichert.

Zunächst aber bekam Markus Meckel Unterstützung im Podium vom ZDF-Journalisten Thomas Bärsch. Anschaulich schilderte er seinen inneren Zwiespalt 1989. Er wollte als junger Mann weg aus der DDR, trampelte auch im Sommer nach Ungarn, landete über dessen halboffene Grenzen in Wien und schließlich in Bremen. Aber er wollte trotz guten Starts dort seine Heimat nicht verlieren. Der Gedanke „Der Westen macht weiter und die DDR kommt dazu“ behagte ihm auch nicht.

Überraschend deutlich grenzte sich die sächsische SED-Opferbeauftragte Nancy Aris vom herrschenden Master Narrative ab. Sie hatte zuvor schon viele Jahre in der Behörde gearbeitet, die zunächst für den Umgang mit Stasi-Unterlagen zuständig war. Aris teilte nicht einmal Markus Meckels noch bis ins Frühjahr 1990 anhaltende Euphorie. Bis zum Mauerfall ja, „elektrisierend“ sei das gewesen, aber mit dem Wahlsieg der Allianz für Deutschland aus CDU und DSU am 18. März konnte sie sich nicht mehr identifizieren. „Erst einmal selbst das Land verändern statt zu schnelle Weichenstellung!“ Den damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) bezeichnete sie als arrogant. Er habe nicht auf Augenhöhe diskutiert. „Man muss sich nicht wundern, dass Menschen das heute nicht als ihre Einheit ansehen“. Auf den Einwand von Moderator Roland Löffler, es habe sich doch um ein legitimes übliches Verfahren gehandelt, antwortete Nancy Aris mit einem Vergleich zu heute. Eine Elitetruppe habe damals verhandelt, wenn auch unter dem Druck eines Großteils der DDR-Bevölkerung. Bedenken und Einwände hätten keine Chance gehabt.

Ein nachgeborener erst Zwanzigjähriger relativierte den kritischen Rückblick und stützte doch unbeabsichtigt manche Thesen. Laurenz Frenzel ist Vorsitzender der Jungen Liberalen in Leipzig, engagiert sich ehrenamtlich und gewann einen Preis im Wettbewerb „Jugend debattiert“. Ja, Markus Meckels Erzählungen und der gewaltfreie Umsturz in der DDR spielten im Schulunterricht praktisch keine Rolle. Nach seinen Zugehörigkeitsgefühlen gefragt, beschrieb Frenzel einen wohl typischen Mix dieser Generation. Gefühlter Sachse, Deutscher, Europäer, Ostdeutscher jedoch eher durch die Zuschreibungen anderer. „Ich kann eine ostdeutsche Identität nicht klar abgrenzen, aber im Ausland fühle ich mich spontan mit Ostdeutschland verbunden.“

Umso klarer grenzen offenbar Medien ab. Mit dem Aufkommen von AfD und Pegida habe der Osten überproportionale Programmanteile beim ZDF erhalten, berichtet Thomas Bärsch. Und erklärt den Bedarf an Ost-Erklärungen mit der Ahnung, dass hier die Vorläufer auch für Prozesse im Westen wachsen, etwa beim Rechtsextremismus. Eine Schiefelage in der Wahrnehmung aber bestätigt auch der Journalist. „Ein Bericht über den Einheitstag ist immer ein Bericht über das Beitrittsgebiet, das Hinzugekommene, der Westen setzt immer den Maßstab.“



Journalist Thomas Bärsch (li.), geboren in der DDR, kam im Sommer 1989 über Ungarn in den „Westen“, verfolgte den Wiedervereinigungsprozess aus Bremen und berichtet heute aus Dresden für das ZDF.



Laurenz Frenzel plädiert für das Verstehenwollen. „Warum fragen Westdeutsche immer nach Nazis, gerade wenn die Zivilgesellschaft funktioniert wie in diesem Chemnitzer Kulturhauptstadtjahr?“

Lebenswerter Osten, aber ein unberechenbares Volk

Aber läuft nicht auch einiges im Osten besser, wollte Moderator Löffler wissen? Und gab selbst einige Stichworte vor: Frauenerwerbstätigkeit, Kinderbetreuung, Kultur. Der junge Laurenz Frenzel fügte dem noch Vorzüge für Studierende hinzu, bezahlbare Wohnungen, aber auch lebenswerte Kleinstädte. „Warum fragen Westdeutsche immer nach Nazis, gerade wenn die Zivilgesellschaft funktioniert wie in diesem Chemnitzer Kulturhauptstadtjahr?“ Am Schluss plädierte der Student für Interesse und Verstehenwollen statt pauschaler Narrative.

Stimmen aus dem Publikum bedauerten auch, dass Altkanzler Willy Brandt mit seiner Prognose nicht recht behielt, jetzt wachse zusammen, was zusammengehört. Ein relevantes Thema ist weiterhin die schwindende Akzeptanz von Parteien, ausgenommen die AfD. Warum trauen ihr so viele Bürger mehr zu als den etablierten Parteien? Die Erinnerung an 1989 sei heute wichtig für die Motivation, Demokratie selbst zu gestalten, an die Veränderbarkeit von erstarrten Zuständen zu glauben, meinte eine 61-Jährige.

Ein Rentner warf eine im demokratietheoretisch-historischen Diskurs viel zu wenig beachtete ketzerische Frage auf, nämlich die nach der Rolle des „Volkes“, seiner Verführbarkeit und seinen Irrtümern. „Ohne Volk wären 40 Jahre DDR nicht möglich gewesen!“ Andere Völker hätten später den Brexit oder Donald Trump gewählt. „Wir sollten alle nach Hause in die Familien und in die Arbeitskollektive gehen und gerdücken, was Populisten darstellen!“

Auf Irrtümer der „Wir sind das Volk“-Rufer von 89/90 hatte zuvor ja auch schon die SED-Opferbeauftragte Nancy Aris zumindest angespielt. Im Schlusswort wünschte sie sich eine „Graswurzelbewegung des gegenseitigen Kennenlernens“. Und sie wolle sich hier nicht immer wie eine Zoobewohnerin fühlen. „Wie der Westdeutsche tickt, fragt niemand!“ Der Schlusswunsch des einstigen Wehrdienst-Totalverweigerers Markus Meckel überraschte. „Die Ukraine sollte den Krieg gewinnen und Deutschland einen wesentlichen Anteil daran haben.“ Dafür gab es den stärksten Beifall des Abends.



Welches Europa brauchen wir?

Plädoyer für eine realistische Europapolitik

Von Katrin Buchholz

Der Migrationsforscher Gerald Knaus plädiert für eine realistische und zugleich idealistische Europapolitik. In seinem Vortrag in Glauchau und einem weiteren in Chemnitz hinterfragte er gängige Narrative und warb für eine EU, die sich ihrer friedensstiftenden Rolle neu bewusst sei, auch mit Blick auf aktuelle Fluchtbewegungen und die europäische Erweiterung.

„Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt“, darin waren sich westliche Staats- und Regierungschefs nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 schnell einig. Gerald Knaus, Gründungsdirektor der European Stability Initiative, einer Denkfabrik in Berlin, stellt diese Äußerung im Stadttheater in Glauchau infrage: Europa war auch in den vergangenen 35 Jahren ein Schauplatz der Kriege, der Vertreibung und des Völkermords. Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien sind laut dem Experten für Südosteuropa nur ein Teil des Gewaltgeschehens in den 50 europäischen Staaten des Europarats nach dem Fall des Eisernen Vorhangs.

Nur wollte das die europäische Mehrheit des Westens, die mit der Gründung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) das „goldene Zeitalter“ ausgerufen hatte, nicht sehen. Denn die kriegerischen Auseinandersetzungen traten nur in den Staaten auf, die nicht oder noch nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörten.

Grenzzaun an den EU-Außengrenzen zwischen der spanischen Exklave Ceuta und Marokko.
Foto: IMAGO / photosteinmaurer.com



Gerald Knaus und Dr. Roland Löffler, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, zusammen auf der Bühne.

Knaus, aus Funk und Fernsehen aufgrund seiner Expertise in Migrationsfragen bekannt, setzt hier mit einer Vision für Europa an. 2024 hat der europäische Kontinent die größten Fluchtbewegungen seit den 40er-Jahren erlebt. Die sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen, die damit einhergehen, lassen sich an den Wahlerfolgen der Rechtspopulisten in ganz Europa ablesen. Wer Frieden möchte, braucht nicht weniger EU, sondern mehr. Das war auch die Konsequenz nach dem „Schock von Kosovo“: Zwischen 1998 und 2008 hat sich die EU von 12 auf 27 Mitgliedsstaaten vergrößert. Das Projekt Europa, so der Österreicher Knaus, muss heute stärker das Friedensnarrativ der Gründerjahre bemühen, um die EU zusammenzuhalten und die Erfolgsgeschichte fortzusetzen.

„Es fehlen realistische, aber auch idealistische Ziele.“ Konkret schlagen er und seine 25-jährige Tochter in dem im August erscheinenden Buch „Welches Europa brauchen wir? Ein Plädoyer für eine realistische Europapolitik“ vor, den zehn Beitrittskandidaten mehr Anreize zu geben, den europäischen Kurs fortzusetzen. Brüssel könnte dazu den Staaten den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum anbieten – ganz ähnlich, wie auch sein eigenes Land Österreich vor dem eigentlichen Beitritt im Jahr 1995 schon europäisch sozialisiert wurde. Es sei im Interesse der Beitrittskandidaten, die vier Grundfreiheiten zu erhalten, auch ohne im Europäischen Rat mit einem Stimmrecht vertreten zu sein. Eine Win-win-Situation auch für Europa? Natürlich habe so eine Geste einen politischen Preis, allein schon die Gefahr, sich politische Konflikte wie in Transnistrien (Moldau) ins europäische Haus zu holen. Aber das Interesse sollte auf europäischer Seite überwiegen. Allein Deutschland habe im vergangenen Jahr, so Knaus, mehr nach Polen als nach China exportiert.

Aber auch Knaus ist Realist und weiß nur zu gut um die Gelingensbedingungen erfolgreicher Think-Tank-Arbeit. Die Idee zum Türkei-Deal auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, erst wenig beachtet und nur in Medien diskutiert, musste lange brachliegen, bevor sie – mehr oder weniger zufällig – durch ein Dossier der niederländischen Botschaft in die Hände eines niederländischen Politikers fiel und so an den niederländischen Premierminister herangetragen werden konnte. Dieser, auf der Suche nach Ideen für die beginnende EU-Ratspräsidentschaft, griff den Gedanken eines Deals mit der Türkei auf und machte daraus europäische Politik. Bleibt zu hoffen, dass die Vision des Friedens auch zeitnah eine Stimme wie jene von Jean Monnet findet und den Weg auf die Schreibtische der europäischen Hauptstädte findet.



Im ehemaligen Werftarbeiterstadtteil Bremen-Gröpelingen erinnert eine Betonskulptur an die erste Generation der sogenannten Gastarbeiter, die in den Sommerferien zwischen Deutschland und der Türkei pendelten, oft mit einem Ford Transit. Foto: Credit IMAGO / Eckhard Stengel

„Deutschland ist meine zweite Heimat“

50 Jahre Deutsch-Vietnamesische Beziehungen



Vietnamesische Bierhalle in Dresden mit kleinen Tischen, Erdnüssen und dem typischen vietnamesischen Bierglas nach einem Entwurf von Le Huy Van. Fotos: Thai Hoa Dam

Von Marla Fiedler

Im Dresdner Weltclub feiern Menschen aus Vietnam und Deutschland mit Reden, Bier und Kulinarik das 50. Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Vietnam.

Der Erfurter Michael Campioni produziert monatlich bis zu 300 Tonnen Thüringer Wurstspezialitäten, in Vietnam. Vor 25 Jahren begann er in dem Land mit einer Bratwurst-Firma. Seitdem ist er in dem südostasiatischen Küstenstaat heimisch geworden. Sein Sohn hat eine Familie gegründet und die Firma übernommen. Campionis bester Freund ist der Künstler Le Huy Van. Beide eint die Erfahrung einer zweiten Heimat: „So wie Le Huy Van sagt, er habe in Deutschland eine zweite Heimat gefunden, kann ich sagen, ich habe in Vietnam eine zweite Heimat gefunden.“

Das Wetter spielt mit, als am 23. September im Dresdner Weltclub ein zweites Hanoi entsteht und eine Ausstellung des Künstlers Le Huy Van feierlich eröffnet wird. Genau 50 Jahre zuvor nahmen die Bundesrepublik Deutschland und Vietnam gemeinsame diplomatische Beziehungen. Beide Länder erfuhren eine Teilung und Wiedervereinigung, so ist die Geschichte der gemeinsamen Beziehungen äußerst vielfältig. Die vergangenen 50 Jahren waren durch kulturellen Austausch, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit sowie durch viele persönliche Geschichten geprägt.

Dass man in Hanoi zwischen verschiedensten Thüringer Bratwurstständen und in Dresdens Alaunstraße nunmehr zwischen 16 Vietnamesischen Restaurants auswählen kann, zeigt, wie eng Vietnam und Deutschland inzwischen miteinander verbunden sind.

Eine lange facettenreiche Geschichte

Doch die deutsch-vietnamesische Geschichte reicht weiter zurück. Schon in den 50er Jahren kamen Kinder aus Vietnam in die DDR nach Moritzburg und Dresden und gingen dort zur Schule. Der Designer und Künstler Le Huy Van war eines dieser Kinder. Später studierte er an der Kunsthochschule Burg Giebichenstein in Halle bei Hannes H. Wagner. Heute ist Le Huy Van Direktor einer Kunstschule in Hanoi. Mit seinen Grafiken und mit seinem Industriedesign erlangte er weit über die vietnamesischen Grenzen hinaus einen hohen Bekanntheitsgrad. Sein bekanntester Entwurf ist ein Bierglas, welches überall in den Straßen Hanois zum Einsatz kommt und auch bei dem Fest im Weltclub. Ein Teil des Weltclubs an diesem Sonntag zur vietnamesischen Bierhalle mit den typischen kleinen Plastikhockern und Tischen. Die Gäste saßen dort, knabberten Erdnüsse und konnten live mit Le Huy Van sprechen, der online zugeschaltet war.

Le Huy Van spricht perfekt Deutsch. Zusammen mit anderen Ehemaligen übersetzt und veröffentlicht er deutsche Literatur. Besonders Goethe ist stark gefragt. Le Huy Van steht für die vielfältigen und langfristigen Verbindungen zwischen den beiden Nationen.

In Dresden leben viele Vietnamesen, die seit den 1970er Jahren ins Land kamen, sowie deren Kinder und Enkelkinder. Zuerst kamen Studierende und Auszubildende in die DDR. Mitte der 1980er gab es dann ein

sogenanntes „Vertragsarbeiterabkommen“ zwischen der DDR und Vietnam. Viele Menschen aus Vietnam sollten den Arbeitskräftemangel in den Betrieben in der DDR ausgleichen.

Die Bundesrepublik Deutschland begann ihre diplomatischen Beziehungen nach dem Ende des Vietnamkrieges (oder wie er in Vietnam genannt wird: dem Verteidigungskrieg gegen Amerika). In dieser Zeit kamen viele „Boatpeople“, Südvietnamesen, die über das Meer vor der sozialistischen Regierung flohen, in die alte Bundesrepublik. Die heutigen Beziehungen sind strategischer, wirtschaftlicher und kultureller Art und die beiden Länder stehen, trotz ideologischer Unterschiede und Krisen, in engem Kontakt zueinander.

Die Kultur stand auch zum Jubiläumstag im Weltclub im Mittelpunkt. Eingeladen hatten Hung Cao The, der Weltclub Afropa e.V., die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung und vielen Freiwilligen der vietnamesischen Community in Dresden. Zu Beginn gab es Musik mit traditionellen vietnamesischen Instrumenten und Gesang. Es folgten Tänze, in denen die Tänzerinnen wunderschöne Seidengewänder unterschiedlicher vietnamesischer Minderheiten präsentierten. Vietnam ist multikulturell. Es leben 54 ethnische Gruppen in dem Land, die Kinh (Viet) bilden die größte Gruppe.



Links: Huong Thanh An, stellvertretender Vorsitzender der buddhistischen Gemeinde Sachsens, erinnerte neben der großen Unterstützung von DDR und BRD für Vietnam auch an schwierige Situation der Vertragsarbeiter der DDR. Foto: Astrid Otto | Rechts: Kein Fest ohne Essen. Oang Saenger hatte extra eine kleine Garküche aufgebaut und einen Kräutergarten angelegt.





Eröffnung der Ausstellung von Le Huy Van.

Licht und Schatten

Es folgten Reden, die die vielfältigen Beziehungen zwischen Deutschland und Vietnam aufgriffen. Huong Thanh An, der stellvertretende Vorsitzende der buddhistischen Gemeinde Sachsens, wünscht sich, dass die Geschichte der Vietnamesen und Vietnamesinnen in der offiziellen Geschichtserzählung mehr Beachtung finden. Neben der großen Unterstützung der DDR und der BRD in Vietnam müsste auch über die Bedingungen der Vertragsarbeiter der DDR gesprochen werden. Sie hatten keine gesellschaftliche Teilhabe, ihre Unterbringung war prekär und besonders hart traf es vietnamesische Frauen: Sie mussten sich im Falle einer Schwangerschaft zwischen einer Abtreibung oder einer Rückkehr nach Vietnam entscheiden.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands war die Situation der Vietnamesinnen ungeklärt und führte zu vielen unfreiwilligen Ausreisen oder prekären Lebensrealitäten in Deutschland. Huong Thanh An appellierte, diesen Teil der Geschichte und Gesellschaft aufzuarbeiten und sichtbar zu machen. Gleichzeitig freute er sich über die vielfältigen und tiefen Verbindungen zwischen den beiden Nationen, die gefeiert werden sollten.

Roland Löffler, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politischen Bildung, begrüßte, dass die Veranstaltung auch auf die von Huon Thanh Anh angesprochenen Verhältnisse aufmerksam macht. Die politische Ausrichtung der DDR zeige sich in der Geschichte der vietnamesischen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen und es ist wichtig, darüber zu sprechen, dies sei auch eine Aufgabe der politischen Bildung. „Die vielen Menschen mit vietnamesischen Wurzeln in Deutschland fallen selten auf, doch es gibt im Rundfunk, im Fernsehen, im Journalismus oder auch im

Design zahlreiche prominente junge Menschen, die aus vietnamesischstämmigen Familien kommen. Dieser Tag ist ein guter Anlass, genauer auf die gemeinsame Geschichte zu schauen.“ so Roland Löffler.

Wie in den Straßen von Hanoi

Neben historischen und politischen Auseinandersetzungen kam an diesem Tag das Essen nicht zu kurz. Das Essen ist in der vietnamesischen Kultur sehr wichtig. Viele Teilnehmerinnen brachten Köstlichkeiten mit, die mit großer Begeisterung probiert wurden. Auch eine kleine Garküche war aufgebaut, in zwei Töpfen köchelte das Essen, genau wie in den Straßen von Hanoi. Die vietnamesische Küche ist ohne Kräuter undenkbar und so hatte Oang Saenger anlässlich der Feierlichkeiten einen vietnamesischen Kräutergarten im Weltclub angelegt. Sie erläuterte die kulinarische und medizinische Bedeutung der Kräuter: „Vietnam war über lange Zeit im Krieg, mit China, Frankreich und Amerika. Die Menschen hatten wenig und versteckten sich oft in den Bergen. Sie konnten kaum Gemüse anbauen oder lagern, außerdem gab es keine Medizin. Die Kräuter waren dann die Medizin, wenn du Bauchschmerzen hast, nicht schlafen kannst, eine Entzündung hast, für alles gibt es die richtigen Kräuter.“

Es war ein Tag voller Gespräche, Wiedersehensfreude, Wertschätzung für die vietnamesische Community in der sächsischen Gesellschaft, aber auch mit dem Appell, die deutsch-vietnamesischen Beziehungen in all ihren Facetten zu beleuchten, sie geschichtlich als auch politisch intensiv aufzuarbeiten.



Hybride Wanderausstellung
der Sächsischen L...

Die Sächsische Landesbibliothek...

Hybride Wanderausstellung...

Maltreser

Jüdische
Gemeinschaft

„In dem Moment, wo die Frau die Kerze anzündet, beginnt der Schabbat.“

Dr. Ruth Richter ist seit 2000 Lehrkraft der jüdischen Gemeinschaft in Chemnitz. 2004 zog sie die Führung der jüdischen Gemeinde Chemnitz über sich. Die jüdische Gemeinde hat heute 100 Mitglieder. Sie ist eine lebendige Gemeinde und die Schabbat am Freitagabend ist gut besucht. Im Alltag spielen die jüdische Musik, die Synagoge, die Jugend und Trauungen und die jüdischen Feiern eine große Rolle. Die jüdische Gemeinde wird regelmäßig nach Chemnitz, aber auch in andere Städte wie Berlin, Frankfurt, Köln und München besucht.

Im Jahr 2010 wurde die Synagoge in Chemnitz wieder eröffnet. Die jüdische Gemeinde in Chemnitz ist die zweitgrößte in Deutschland. Die Synagoge in Chemnitz ist ein wichtiges kulturelles und religiöses Zentrum für die jüdische Gemeinde in Chemnitz.

Wahrnehmen – Informieren – Begegnen

Zur Didaktik der hybriden
Ausstellung „Sichtbare Vielfalt.
Religionen in Sachsen“

Von Verena Böll

Seit Juli 2024 wandert die SLpB-Ausstellung „Sichtbare Vielfalt. Religionen in Sachsen“ durch den Freistaat begleitet von der Webseite religionen-in-sachsen.slpb.de. Beide Ausstellungselemente folgen dem didaktischen Konzept der Wissensvermittlung durch biographische Begegnungen.

Konzentriert schauen die Neuntklässler auf die Bilder, die verteilt auf dem Boden liegen. Sie suchen sich alle eine Bildkarte aus. Zu fünf arbeiten sie in Teams heraus, was zu sehen ist, was es bedeutet und welche Fragen sie dazu haben. Anschließend ordnen sie die Bildkarte einer der ausgestellten Religionsgemeinschaften zu. Sie recherchieren auf der Webseite und präsentieren dann ihre Ergebnisse der Klasse.

Der abgestimmte Einsatz von didaktischen Karten und digitalem Angebot ist eine Möglichkeit zur Erkundung der Ausstellung. Die Bildkarten, auf denen die acht Protagonisten der Ausstellung sowie Bauten wie Kirche, Synagoge, Moschee oder Tempel, Rituale, Feste und Speisen abgebildet sind, sind Teil einer Didaktik, die spezifisch auf Begegnung ausgerichtet ist. Sie soll die Neugier der Schülerinnen und Schüler auf die religiöse Landschaft Sachsens wecken. Die Methode der biografischen Begegnung ermöglicht einen leichten Zugang zu den Gläubigen und baut Hemmschwellen ab.

Querschnitt durch die religiöse Vielfalt Sachsens

Seit 1990 veränderten Zuwanderungen aus dem Westen Deutschlands und dem Ausland die Zusammensetzung der sächsischen Gesellschaft. Für viele Zugewanderte ist Religion grundlegend für das eigene Selbstverständnis bzw. Identität, den gelebten Alltag und die Ausrichtung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Bei religiösen Menschen bestimmt der Glaube die Lebensentwürfe und die Zeiteinteilung.

Die Gläubigen der Ausstellung gehören der Eritreisch-Orthodoxe Tewahedo Kirche Dresden, der Polnisch Katholischen Mission Bautzen, der sorbischen Evangelischen Kirchengemeinde Schleife, der Jüdischen Gemeinde Chemnitz, der Ahmadiyya Gemeinschaft Zwickau, dem Islamischen Kulturzentrum der Bosniaken in Leipzig e.V., der Vietnamesisch-Buddhistische Gemeinschaft Bad Gottleuba-Berggießhübel und der Indian Association Dresden e.V. an.

Die Auswahl bietet einen chronologischen und thematischen Querschnitt durch die religiöse Vielfalt Sachsens. Die Gemeinschaften sind mindestens zweisprachig, neben dem Deutschen wird bei der Religionsausübung beispielsweise Sorbisch, Polnisch oder Tigrinja (Eritreer) gesprochen. Alle großen Religionen sind vertreten, Buddhismus, Christentum, Hinduismus, Islam, Judentum. Mit der jüdischen und der sorbischen Gemeinden werden zwei der ältesten in Sachsen verankerte Religionen portraitiert, mit der hinduistischen eine der jüngsten Religionsgemeinschaft vor Ort. Gläubige von allen hier acht ausgestellten Religionsgemeinschaften lebten schon während der DDR-Zeit in Sachsen.



Direkte Begegnungen öffnen Türen

Bei interaktiven Führungen, Workshops und Podiumsgesprächen werden gezielt Gesprächsmöglichkeiten mit den Protagonisten der Ausstellung angeboten. Beispielsweise konnten Pflegefachkräfte bei einer Veranstaltung zum Tod im Buddhismus im Gespräch mit Huong Thanh An, dem stellvertretenden Vorsitzenden der vietnamesisch-buddhistischen Gemeinschaft in Bad Gottleuba-Berggießhübel, ihr Fachwissen über den Umgang mit Sterbenden erweitern.

Aber auch bei öffentlichen Veranstaltungen, wie Ausstellungseröffnungen, ist es wichtig, dass viele Protagonisten präsent sind, so auch am 3.3.2025 im Tietz in Chemnitz. Die Aufsteller waren um die dort ausgestellten 290 Millionen Jahre alten verkieselten Holzsteine aufgebaut. Das war ein starkes Bild. Die Protagonisten standen bei ihren Ausstellungstafeln und kamen mit den Gästen direkt ins Gespräch.



Direkt von der Ausstellungstafel auf die Webseite

Die Gläubigen schauen offen von den beleuchteten Ausstellungstafeln. Auf den Rückseiten finden die Besucher kurze Hintergrundinformationen, weitere Fotos und QR-Codes, die zur Webseite mit biografischen Interviews und vertiefenden Inhalten führen.

Hier öffnen sich für die Besucher die persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Dimensionen der acht Religionsgemeinschaften. Die Kombination von Wanderausstellung und umfassendem digitalem Angebot ist zielgruppengerecht, nachhaltig und kompetenzfördernd.

Die digitalen Informationen sind für jede Religionsgemeinschaft in drei aufeinander aufbauende Bereiche gegliedert: Im Bereich Wahrnehmen kommen die Gläubigen durch die Interviews zu Wort. Bei Informieren werden Basisinformationen zu den Religionen und ihrer Geschichte sowie Präsenz in Sachsen präsentiert. Im Bereich Begegnen gibt es zur Kontaktaufnahme die Adressen der Ansprechpartner. Die seit einiger Zeit durchgeführte Kartographierung aller Religionsgemeinschaften in Sachsen (Leitung Dr. Harald Lamprecht) ist hier mit einer interaktiven Karte Religion vor Ort integriert.



Bildungsszenarien für Schule, Behörden und Weiterbildung

Das didaktische Material zur Ausstellung hat einen eigenen Reiter auf der Webseite. Dort sind acht Bildungsszenarien für den Einsatz in Schulen, Behörden und bei Weiterbildungen abrufbar. Genannt sei hier die Anleitung zu „die Begegnung aktiv vorbereiten in der Expertengruppe“. Lernende werden zu Experten für das Gespräch mit den Gläubigen. Die acht Anleitungen entstanden in Kooperation mit dem Theologisch-Pädagogischem Institut Moritzburg (Johanna Fabel) und Heike Nothnagel (SLpB).

Wirkung

Religion und Politik sind ein spannendes Tandem. In Sachsen leben viele Menschen, für die die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft grundlegend ist. Die Gesellschaft spiegelt dies jedoch nicht und hat teilweise Vorbehalte vor Religionen oder Religionszugehörigkeit. Hier setzt die Methodik der Ausstellung an: Aufklärung durch Begegnung gestalten und so Neugier, Empathie und Religionskompetenz in den Kommunen, Schulen und öffentlichen Trägern zu fördern.

Dank engagierter Lehrerinnen und Lehrer konnte die Ausstellung bereits in Schulen multiperspektivisch eingesetzt werden und die Jugendlichen starteten,

weitere Religionsgemeinschaften vor Ort zu erkunden. Die Reichweite der hybriden Ausstellung übersteigt unsere Erwartungen, sie wirkt regional durch Präsenz und überregional durch die Webseite. Die Protagonisten der Ausstellung wie Dr. Ruth Röcher, Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Chemnitz, werden immer wieder auf die Ausstellung angesprochen und so wird die Methode der biografischen Begegnungen fortgeschrieben. In diesen Gesprächen fällt oft der Satz: „Ich wusste gar nicht, wie vielfältig unser Sachsen ist“. Die sächsische Gesellschaft ist heterogen, darüber informiert die Ausstellung „Sichtbare Vielfalt. Religionen in Sachsen“ – in Präsenz und digital, aber immer mit biografischen Begegnungen.

Hintergrund:
Im Herbst 2026 erscheint der Band zur Ausstellung „Religionen in Sachsen“ als Heft 3 der „Sächsischen Heimatblätter“. Die Kooperationspartner sind die Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen, Katholische Erwachsenenbildung Sachsen, die Malteser, Arbeit und Leben und das Theologisch-Pädagogische Institut Moritzburg.

„Wir haben zu wenig Reflexionsräume.“

Warum politische Bildung für die Polizei wichtig ist

Interview Thomas Platz

Im Frühjahr 2025 startete das Projekt „DU, Demokratie und Uniform“. Nachdem in den letzten Jahren zunehmend SLpB-Angebote für Polizeigruppen gebucht wurden, gibt es nun ein spezielles Blaulichtangebot der Landeszentrale. Ein Gespräch mit Holger Löwe, von der Hochschule der Sächsischen Polizei, Dr. Alexander Fehre, von der Bundespolizeidirektion Pirna und Andreas Heinrich, Projektleiter DU.

Beginnen wir mit dem Titel „DU, Demokratie und Uniform“. Warum dieser Projekttitel?

Holger Löwe: Die Idee kam im Rahmen einer Veranstaltung zur politischen Bildung. Wir stehen mit unserer Uniform für diese Demokratie, wir repräsentieren den Staat. Daher ist es wichtig, dass sich Uniformierte auch in ihrer Aus- und Fortbildung mit politischen Themen beschäftigen. Aber besonders gefällt mir das „DU“. Gerade das „DU“ ist bei Uniformierten, egal ob Polizei, Feuerwehr oder THW geläufig, man duzt sich, versteht sich als Familie und man steht füreinander ein. Den Aspekt falsch verstandenen Korpsgeistes will ich nicht verschweigen. Auch diesen Zwiespalt zu thematisieren, sollte ein Teil des Projekts sein.

Alexander Fehre: Für mich ist die Reflexion von Demokratie und die Rolle der Polizei als Hoheitsträger dabei der entscheidende Punkt. Und tatsächlich die gesamte Bandbreite von der Polizei über Zoll, Feuerwehr und THW – die gesamte Blaulichtfamilie. „Demokratie und Uniform“ bringt es einfach auf den Punkt.

Andreas Heinrich: Das Stichwort Kameradschaft versus Korpsgeist habe ich mir gleich aufgeschrieben, das wäre schon ein Veranstaltungsthema.

Welche Ziele verbindet die Polizei mit politischer Bildung?

Alexander Fehre: Die Gesellschaft wandelt sich, wir erleben eine sehr dynamische Zeit. Nicht selten stehen Uniformierte mitten in gesellschaftlichen Spannungsfeldern. Da ist es wichtig, dass Polizistinnen und Polizisten einen klaren Wertekompass haben - dass sie nicht nur rechtssicher handeln, sondern auch in dem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext angemessen. Das ist ganz entscheidend für die Akzeptanz hoheitlichen Handelns - besonders in diesem Bereich haben sich in den letzten 100 Jahren die Erwartungen an Staatsdiener in Uniform grundlegend gewandelt.

Ein Beispiel ist der stete Wandel im Bereich der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Grenzpolizei. Früher gab es in Europa ein festes Grenzregime mit Schlagbäumen. Mit der Erweiterung des Schengen-Raumes und offenen Grenzen innerhalb der europäischen Union hat sich dies umfassend gewandelt. Bis dahin, dass 2015 die Grenzschützer plötzlich zu den ersten Repräsentanten einer gesellschaftlich breit verankerten Willkommenskultur geworden sind. Jetzt, zehn Jahre später, geht die gesellschaftliche Erwartung und politische Realität wieder Richtung stärkere Kontrolle



und Steuerung. Und mittendrin stehen Menschen in Uniform mit klarem Dienstverständnis, eigenen gesellschaftlichen Erwartungen und persönlicher Empathie. Keine Bundespolizistin und keinen Bundespolizisten lässt es kalt, wenn Familien ankommen, die über 30 Stunden in einen Laster eingepfercht waren. Es lässt „die Blaulichtfamilie“ aber auch nicht kalt, wenn sie wegen der gesetzlichen Diensterfüllung angegriffen oder angefeindet wird.

Politische Bildung ist aus meiner Sicht kein modisches Zusatzprogramm, sondern integraler Bestandteil polizeilicher Aus- und Fortbildung. Polizistinnen und Polizisten können unsere demokratischen, gesellschaftlichen Werte nur aktiv vertreten, wenn sie diese regelmäßig gemeinsam reflektieren. Dazu brauchen wir viel mehr Raum zur Reflexion – gerade auch mit Partnern der politischen Bildung.

Holger Löwe: Unsere Rolle muss ganz klar sein. Bei aller Vielfalt der gesellschaftlichen Diskurse, die sich auch in den persönlichen Positionen der Polizisten widerspiegelt, ist klar, dass wir für unsere Freiheitlich-demokratische Grundordnung stehen, auch wenn wir bei Versammlungen eingesetzt sind, auf denen unser Staat und unsere Demokratie in Frage gestellt werden. Wir schützen aber nicht primär diese Versammlungen, wir schützen das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit, dabei sind Inhalt und Art der Versammlung sekundär, solange sie im gesetzlichen Rahmen bleiben. Ich habe viele derartige Versammlungen als Polizeiführer erlebt und weiß um die Herausforderung für uns Polizisten. Es ist wichtig, als Uniformträger und Mensch präsent zu sein

und mit klarer Haltung auch diskutieren zu können. Gern wird die Polizei als ein Spiegelbild der Gesellschaft bezeichnet. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Polizisten, die auf der Straße für Demokratie und demokratische Prinzipien stehen, sollten noch viel sensibilisierter sein, als andere Menschen in unserer Gesellschaft.

Wir müssen uns regelmäßig hinterfragen. Wo steht die Polizei? Und wo werden wir gesehen? Gerade das Versammlungsgeschehen zeigte einen deutlichen Wandel. Früher gab es mal eine Versammlung von rechts, eine Versammlung von links. Heute ist die Bandbreite viel weiter. Bis Anfang der 2000er Jahre hatte die Polizei eine einfache Orientierung: der Rücken immer zu rechts und das Gesicht zu links. Es schien klar, wer einen deutschen Beamten angreifen würde und wer nicht. Das hat sich gewandelt. Insbesondere Kräfte am rechten Rand der Gesellschaft versuchen immer wieder, die Polizisten für sich zu instrumentalisieren. Da kommt es darauf an, den Polizisten das nötige Rüstzeug mitzugeben.

Alexander Fehre: Noch ein Gedanke zur Polizei als Spiegelbild der Gesellschaft und als Rahmen für das Projekt DU, der nicht unwichtig ist. Wer Polizist wird, unterstützt und verkörpert mit seinem Dienst aktiv das staatliche Gewaltmonopol und ist bereit, sich ihm diesem Spannungsfeld zu bewegen. In der Regel stehen Polizistinnen und Polizisten damit eher für konservative Werte und betrachten gesellschaftliche Entwicklungen stärker im Kontext von Sicherheit als andere Teile der Bevölkerung. Auch dies bedarf der regelmäßigen Reflexion.

Polizisten sind „Menschen in Uniform mit klarem Dienstverständnis, eigenen gesellschaftlichen Erwartungen und persönlicher Empathie.“ (Alexander Fehre) Foto: IMAGO / Robert Michael

Andreas Heinrich (Projektleiter D&U, v. li.), Holger Löwe (Hochschule der Sächsischen Polizei) und Dr. Alexander Fehre (Bundespolizeidirektion Pirna) im Gespräch zum Projekt „DU, Demokratie und Uniform“.



Wie ist der Stand der politischen Bildung für die Polizei in Sachsen?

Holger Löwe: Alle bei der sächsischen Polizei kennen politische Bildung. Sie gehört zur Grundausbildung, das haben wir in den letzten Jahren deutlich ausgebaut. Aktuell arbeiten wir an einer Studienreform, auch da wollen wir die gesellschaftspolitische Bildung stärken. Mit unseren Netzwerkkoordinatoren für Demokratiearbeit sind wir auf einem sehr guten Weg. Kritisch sehe ich die verfügbaren Ressourcen in der Fortbildung.

Alexander Fehre: Politische Bildung ist auch bei der Ausbildung der Bundespolizei Standard. Das Entscheidende ist aber aus meiner Sicht die Fortbildung parallel zum täglichen Dienstbetrieb. Das ist wie Brot backen, nur weil ich es theoretisch gelernt habe, braucht es trotzdem viel Erfahrung, damit mir das Brot nicht verbrennt. Daher sind für uns bei den jungen Kolleginnen und Kollegen in den ersten Dienstjahren Formate wichtig, in denen man eigene Erwartungen und die Realität des Polizeialltags immer wieder abgleichen kann. Dabei ist mir wichtig, dass wir vom Bild des „Frontalunterrichtes“ wegkommen, dass wir offene Gesprächssituationen schaffen und kontrovers diskutieren – politische Bildung als politische Reflexion verstehen. Das geht eigentlich nur face-to-face, mit viel gemeinsamer Zeit und abseits vom Tagesstress.

Holger Löwe: Das kann ich nur bestätigen. Neben dem inhaltlichen Angebot gehört zu einer guten Fortbildung der Abstand zum Dienstbetrieb, um sich einlassen zu können. Das geht nicht zwischen zwei Terminen. Wichtig ist mir auch das Netzwerken, daher sind Präsenzveranstaltungen unverzichtbar.

Was kann die SLpB als externer Partner beitragen?

Alexander Fehre: Wir haben sehr gute Erfahrungen mit Gastreferenten. Diese sind ein wesentlicher Faktor im Fortbildungsbereich. Externe Partner bringen in den unterschiedlichsten Themenbereichen eine spezifische Fachlichkeit mit, die wir selber nur mit sehr viel Mühe und hohen Kosten aufbauen könnten. Davon abgesehen, bringen Partner von außerhalb der Blaulichtfamilie auch andere Perspektiven und Erfahrungen mit. Das ist besonders wertvoll bei kritischen Fragen oder Positionen, denen wir uns aus der Binnensicht so vielleicht nicht immer stellen würden.

Holger Löwe: Diese echte Kontroversität hilft uns. Es ist etwas anderes, wenn der Polizeitrainer sagt, ich bin heute mal der Demonstrant und spielt Kollegenschelte, oder echte Kritik zum Thema Polizeigewalt vorgetragen wird. Es gibt Themen, die können Externe glaubwürdiger und damit den gesamtgesellschaftlichen Diskurs breiter abbilden, was uns Polizisten eine tiefere Reflexion eröffnet. Außerdem sind Externe auch keine Vorgesetzten, was die Freiheitsgrade erhöht. Wir erleben, dass dieser Bruch mit polizeilichen Routinen die Akzeptanz in einer Fortbildung steigern kann.

Alexander Fehre: Ein gutes Beispiel sind die Veranstaltungen mit Dr. Christoph von Marschall, dem Diplomatischen Korrespondenten der Chefredaktion des Tagesspiegels. Mit seiner journalistischen Erfahrung ordnet von Marschall tagesaktuelle Nachrichten und das große Weltgeschehen anders ein, als das ein Fachlehrer auch mit viel Erfahrungswissen kann und öffnet so ganz neue Perspektiven für die Kolleginnen und Kollegen.

Wird es bei DU besondere Angebote für die Polizei geben?

Andreas Heinrich: Wir planen für DU klassische Themen zu Extremismus, Reichsbürger und Populismus. Wir wollen für Polizistinnen und Polizisten eine Informationstankstelle sein. Aber auch Diskursplattform, wo wir mit methodischen Ansätzen mehr Raum zur Reflexion geben und für die Akzeptanz der politischen Bildung werben wollen. Ausschließen will ich keine Themen. Wir fassen auch heiße Eisen an, wenn Bedarf besteht – so gesehen ist die Blaulichtfamilie eine ganz normale Zielgruppe.

Holger Löwe: Wenn wir den Bedarf nicht ansprechen, können wir es auch lassen. Niemand hat etwas vom Abhaken gefühlter Pflichten. Zu einer guten Fortbildung gehört, neben der inhaltlichen Ausrichtung, auch der Faktor aus dem Tagesstress rauszukommen, sich darauf einlassen zu können. Und zu einer guten Fortbildung gehört auch Netzwerkbildung und gegenseitige Reflexion und Erfahrungsaustausch, deswegen können wir auf Präsenzveranstaltungen nicht verzichten. Leider gibt es bei DU ein limitierendes Element. Wir werden nur Einzelveranstaltungen anbieten, weil wir keine Ressourcen für aufeinander aufbauende Angebote für die gleichen Teilnehmenden haben. Inhaltlich sehe ich keine Grenzen, methodisch aber schon. Trotzdem sollten wir hier mutig sein und mehr Workshops mit mehr Mitmach-Charakter anbieten.

Alexander Fehre: Leider fehlt uns wegen der hohen Einsatzbelastung die Zeit für mehrtägige Veranstaltungen. Aber warum nicht mal Mittag-bis-Mittag-Veranstaltungen versuchen? Wir investieren einen Fortbildungstag und gewinnen einen wertvollen Abend für Gespräche. Thematisch plädiere ich sehr für Offenheit und neue Perspektiven in der gesamten Bandbreite von Meinungen oder Standpunkten im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Wie breit ist das Angebot von DU geplant?

Andreas Heinrich: Im ersten Halbjahr 2025 sind 20 Veranstaltungen geplant. Angesichts der aktuellen Haushaltslage sind die Spielräume leider eng, für DU kürzen wir in anderen Bereichen. Im zweiten Halbjahr wollen wir gern auf weitere 30 Veranstaltungen erhöhen. 50 Veranstaltungen plus x sollten wir jährlich hinbekommen. Hinzu kommen Gedenkstättenfahrten, die SLpB ohnehin für Polizistinnen und Polizisten anbietet. Aber wir werden mit DU nicht alle Uniformierte in Sachsen erreichen, so realistisch müssen wir die Ressourcen bewerten.

Alexander Fehre: Ich sehe das aktuell noch eingeschränktere Angebot nicht zwingend kritisch, weil es auch jetzt schon einen Multiplikatoren-Effekt gibt. Wenn Kolleginnen und Kollegen aus einer Dienstgruppe an Veranstaltungen teilnehmen, ist ja auch ein Ziel, dass sie Impulse mitnehmen und sich in der Dienstgruppe dazu austauschen und im besten Fall weiter diskutieren. Und wir müssen uns bewusstmachen, dass DU ein tolles Ergänzungsangebot aber keinen Ersatz der politischen Bildungsarbeit innerhalb der Bundes- und Landespolizei darstellt.

Holger Löwe: Entscheidend ist auch nicht die Masse. Wichtig ist, dass wir das Angebot bedarfsgerecht in die einzelnen Organisationseinheiten bringen. Ich baue da auf die polizeilichen Netzwerkkoordinatoren für Demokratietarbeit. DU wird nur erfolgreich, wenn wir auf die Bedürfnisse reagieren, die uns zurückgemeldet werden. Nur so wird DU eine gute Strahlkraft und Wirksamkeit entwickeln.



Andreas Heinrich: Mir ist noch ganz wichtig zu erwähnen, dass wir trotz der aktuell begrenzten Ressourcen dieses Projekt nicht nur für die Polizei Sachsen und die sächsischen Teile der Bundespolizeidirektion Pirna auflegen, sondern explizit die ganze Blaulichtfamilie ansprechen. So ist z.B. auch die Kooperation mit dem Hauptzollamt Dresden sehr weit fortgeschritten und ich möchte an dieser Stelle auch andere Blaulichtorganisationen auffordern, sich bei Interesse bei uns zu melden.

Holger Löwe: „Wir schützen aber nicht primär diese Versammlungen, wir schützen das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit, dabei sind Inhalt und Art der Versammlung sekundär, solange sie im gesetzlichen Rahmen bleiben.“ Polizei sichert einen Naziaufmarsch am 15. Februar 2025 in Dresden. Foto: IMAGO / Hami Roshan



Kontrolle oder Freiheit –

Queere Lebenswege in der DDR

Von Anton Zuschke

Am 25. März 2025 fand im Martin-Luther-King-Zentrum Werdau eine von sieben Veranstaltungen unter dem Titel „Queer in der DDR – Gespräch mit Zeitzeug:innen und Expert:innen“ statt. Die Veranstaltungsreihe beleuchtete in Kooperation mit der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dem Landesverband Soziokultur Sachsen e. V. und dem Sächsischen Volkshochschulverband die Lebensrealitäten queerer Menschen in der DDR.

Unter der Moderation von Barbara Wallbraun, der Regisseurin des Dokumentarfilms „Uferfrauen – Lesbisches L(i)eben in der DDR“, diskutierten die Zeitzeugin Elke Prinz und Historikerin Dr. Teresa Tammer, Stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, über persönliche Erfahrungen, historische Entwicklungen und die heutige Erinnerungskultur.

Leben als queere Person in der DDR: Unsichtbarkeit und Widerstand

Zu Beginn des Gesprächs betonte Teresa Tammer die gesellschaftliche Grundhaltung in der DDR gegenüber queeren Menschen: „Die Gesellschaft war sehr deutlich homophob.“ Obwohl die DDR Homosexualität 1968 entkriminalisierte und damit früher als die Bundesrepublik agierte, waren homosexuelle Menschen weiterhin struktureller Diskriminierung ausgesetzt. Insbesondere der § 151 StGB-DDR, der sexuelle Kontakte

zwischen Erwachsenen und Jugendlichen kriminalisierte, führte zu anhaltenden Unsicherheiten und möglichen Repressionen.

Elke Prinz berichtete eindrücklich von persönlichen Erlebnissen und den wenigen Freiräumen, die sich queere Menschen erkämpfen konnten. Sie erinnerte sich an die Situation, als ihr Vater sie mit ihrer Freundin im Bett überraschte, und beschrieb den Mut, den es erforderte, in der Öffentlichkeit Hand in Hand durch den Ort zu laufen. „Wir haben es einfach gelebt!“, fasste sie ihre Haltung zusammen. Sie wies gleichzeitig darauf hin, dass die strukturellen Unterschiede zwischen Ost und West unübersehbar waren: „Während in der DDR nur zwei Bücher zum Thema Homosexualität verfügbar waren, gab es in der Bundesrepublik ganze Buchläden.“

Kirchliche Räume spielten eine besondere Rolle als Treffpunkte für die queere Community. Dort fanden Partys und Kontaktmöglichkeiten statt, oft mit Aushängen in Schaukästen. Diese Orte boten Schutz, waren jedoch stark von der Toleranz einzelner Pfarrerinnen und Pfarrer abhängig. Tammer merkte an, dass die Existenz solcher Nischen zugleich verdeutlichte, dass es im öffentlichen Raum kaum andere Begegnungsmöglichkeiten gab.

Staatliche Kontrolle und Überwachung

Ein zentrales Thema war die systematische Überwachung durch das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi). Während es laut Tammer keine flächendeckende Erfassung queerer Menschen gab, standen Arbeitskreise und Clubs, in denen sich die Szene politisierte, unter intensiver Beobachtung. Die Stasi sah in diesen Gruppen ein Mobilisierungspotenzial und schleuste Informelle Mitarbeiter (IM) in Leitungs-kreise ein. Telefonüberwachung, Postkontrollen und die Angst vor strafrechtlicher Verfolgung gehörten für engagierte Personen zum Alltag.

Während einige IM hofften, durch ihre Berichte an die Stasi die queere Community sichtbar zu machen, führte genau diese Form der staatlichen Einflussnahme zu weiterer Stigmatisierung, Vertrauensverlust und Verfolgung innerhalb der Szene. Tammer's Fazit: „Man musste immer damit rechnen, strafrechtlich verfolgt zu werden, vor allem die engagierten Menschen.“

Politische Veränderungen und die Zeit der Wende

Die Zeit der Friedlichen Revolution 1989/90 markierte einen Wendepunkt auch für queeren Aktivismus in der DDR. In dieser Phase wurde der § 151 abgeschafft, was einen wichtigen rechtlichen Fortschritt für queere Menschen bedeutete. Eine der positiven Entwicklungen jener Zeit war die Gründung des Schwulenverbandes in Deutschland (SVD) in der DDR, aus dem später der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) hervorging. Tammer hob hervor, dass Vereine wie der Gerede e. V. in Dresden oder der RosaLinde Leipzig e. V., die in der DDR entstanden, bis heute wichtige Anlaufstellen sind.

Doch die Wendezeit war auch für Elke Prinz von Konflikten geprägt. Sie berichtete von Ausgrenzungserfahrungen innerhalb der westdeutsch geprägten Lesbenbewegung: „Weil wir ein Kind hatten, haben wir uns für die West-Lesben disqualifiziert.“

Gegenwart und Ausblick: Herausforderungen bleiben

Trotz rechtlicher Fortschritte wie der Eheöffnung und des Selbstbestimmungsgesetzes besteht laut Tammer weiterhin Handlungsbedarf. Insbesondere Transpersonen seien in der Gesellschaft stark von Diskriminierung betroffen. Besorgniserregend sei zudem das Erstarken autoritärer und nationalistisch orientierter Kräfte, die aktiv die Rechte von marginalisierten Gruppen in Frage stellen und deren Diskriminierung vorantreiben.

Ein weiteres Problem sieht Tammer in den zunehmenden finanziellen Kürzungen: „Die Bildungsarbeit durch Vereine geht verloren.“ Ohne ausreichende Förderung drohe ein Verlust der historisch-politischen Bildungsarbeit, die essenziell sei, um queere Geschichte zu bewahren und Diskriminierung entgegenzuwirken.

Abschließend plädierte Tammer dafür, bestehende Strukturen zu stärken und zu pflegen. Die Sichtbarkeit queeren Lebens sei heute größer als je zuvor, aber die Errungenschaften seien keineswegs gesichert. Der Abend machte deutlich, dass die Auseinandersetzung mit der queeren Geschichte der DDR nicht nur eine historische Notwendigkeit ist, sondern auch eine politische Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft darstellt.

„Queer in der DDR – Gespräch mit Zeitzeug:innen und Expert:innen“ war eine Veranstaltung im Rahmen des Projektes „Kontrovers vor Ort“ in Kooperation mit der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Volkshochschule Zwickau und dem Martin-Luther-King-Zentrum Werdau.

Impressum

Herausgegeben von

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung
Schützenhofstraße 36
01129 Dresden
✉ E-Mail: info@slpb.sachsen.de
🌐 Internet: slpb.de

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Sämtliche Verwertung, auch auszugsweise, bleibt vorbehalten.

Dresden, April 2026

Druckexemplare sowie eine Online-Version sind abrufbar unter:
www.slpb.de

Redaktion

Thomas Platz, Telefon: 0351 / 85318-21

Fotos

Wenn nicht anders angegeben: SLpB

Satz und Gestaltung

CaroGraphics — www.caro.graphics


Verteilerhinweis


Diese Informationsschrift wird von der SLpB im Rahmen ihres Auftrages herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.


Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Schützenhofstraße 36

01129 Dresden

 0351 85318-0

 0351 85318-55

 info@slpb.sachsen.de

 www.slpb.de



Öffnungszeiten der Publikationsausgabe und Bibliothek:

Montag	09:00–11:30 Uhr
Dienstag	09:00–11:30 und 13:00–16:00 Uhr
Mittwoch	13:00–16:00 Uhr
Donnerstag	14:00–18:00 Uhr

LANDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE
BILDUNG



Freistaat
SACHSEN